Atomwaffen und Sozialismus — Seite 6

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 50 vom 11. Dezember 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Friedensdemonstrationen — gab es am 5. Dezember in zahlreichen Städten. Hier die größte in Hamburg, an der sich mehr als 30000 Menschen beteiligten. Gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß fanden auch in Baden-Württemberg, in den Städten in deren Umland die Pershing II stationiert werden sollen, Aktionen statt. In Heilbronn, Ulm und Schwäbisch-Gmünd beteiligten sich rund 13000 Menschen an diesen Demonstrationen.

Im Winter zwei Millionen Arbeitslose?

Arbeitslosenquote im November bei 6,4 Prozent

NÜRNBERG. — Die offizielle Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik und Westberlin ist im November um 124007 auf 1489976 angestiegen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,9 auf 6,4 Prozent. Damit haben wir den höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht. Bei diesem traurigen Rekord aber wird es nicht bleiben. Der Chef der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, gab bekannt, daß man in diesem Winter „auf jeden Fall an die Schwelle von zwei Millionen Arbeitslosen" herankommen wird.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet die jetzige Arbeitslosenzahl eine Steigerung um 522400 oder 54 Prozent. Besonders radikal stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren: um 67,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf jetzt 139643. Ebenso sind auch die Ausländer besonders stark betroffen: Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen stieg gegenüber dem Vorjahr um 69,2 Prozent auf nunmehr 209342. Das bedeutet, daß 9,9 Prozent der hier lebenden Ausländer als Arbeitslose registriert sind.

Bei all diesen Zahlen gilt es zu berücksichtigen, daß Hunderttausende von Menschen gar nicht mehr als Arbeitslose geführt werden. Ihre Dunkelziffer wird gegenwärtig offiziell auf 800000 geschätzt. Genau besehen haben wir also schon jetzt über zwei Millionen Arbeitslose.

Bei all dem ist zu bedenken, daß zur Zeit riesige Rationalisierungskampagnen in den verschiedensten Produktionszweigen, sowie im Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich laufen, daß ferner durch die staatliche Rotstiftpolitik allein im nächsten Jahr zusätzlich mindestens 50000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet werden und schließlich und endlich, daß die aktuelle Wirtschaftskrise mir ihren Pleiten, Stillegungen und Massenentlassungen noch gar nicht voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen hat.

Mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Laufe des nächsten Jahres ist daher überhaupt nicht zu rechnen. Eher damit, daß sie sich bei ca. zwei Millionen einpendeln wird.

Damit wird sich auch die „Krisenspirale" von Arbeitslosigkeit — Haushaltslöchern — Rotstiftpolitik — noch mehr Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr noch hektischer drehen. Unweigerliche Konsequenz: Die Lage der arbeitenden Bevölkerung wird sich weiterhin verschlechtern und zwar in äußerst drastischer Form, falls es nicht gelingt, diese Spirale zu bremsen.

Von der Regierung und den im Bundestag vertretenen Parteien ist in dieser Hinsicht allerdings keinerlei Hilfe zu erwarten. Was not tut, das ist daher die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze im Kampf gegen die Unternehmer und Rotstiftpolitiker; das ist die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich; das ist ein machtvoller gewerkschaftlicher Widerstand gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Dazu muß allerdings der Kurs der Sozialpartnerschaft, wie ihn die jetzige DGB-Führung verfolgt, aufgegeben, muß in unseren Gewerkschaften endlich eine klassenkämpferische Politik durchgesetzt werden.

An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens

Genossen Enver Hoxha

Dortmund, 24. November 1981

Liebe Genossen,

im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands sende ich Euch, der gesamten Partei der Arbeit Albaniens und dem ganzen albanischen Volk unsere herzlichen brüderlichen Kampfesgrüße und Glückwünsche zum 37. Jahrestag der Befreiung und des Siegs der Volksrevolution.

Auf Eurem 8. Parteitag, der kürzlich stattfand und bei dem wir die Ehre hatten, zu Gast zu sein, habt Ihr Bilanz gezogen über die zurückliegenden fünf Jahre und neue bedeutende Perspektiven eröffnet. Mit dem revolutionären Elan, der heute Albanien kennzeichnet, und unter Führung Eurer Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze hat sich die albanische Arbeiterklasse und das ganze albanische Volk bereits daran gemacht, die wichtigen neuen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus und der Landesverteidigung zu verwirklichen. Dabei wünschen wir Euch viel Erfolg.

Eure Siege sind auch unsere Siege. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in Albanien, die konsequente Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes und der prinzipienfeste Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus ist eine Ermutigung in unserem Kampf gegen Bourgeoisie und Reaktion, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Revisionismus und Opportunismus, für den Sieg des Sozialismus.

Wir sind stolz und froh, mit Eurer Partei in fester Kampfeinheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verbunden zu sein, und wünschen, daß diese sich im Interesse unserer beiden Parteien immer weiter entwickelt.

Mit revolutionären Grüßen

Ernst Aust
Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Widerstand gegen Rotstiftpolitik

Auch Postgewerkschaft kündigt Streik an

KASSEL/BONN. — Am vergangenen Montag demonstrierten in Kassel rund 5000 Kollegen aus den Betrieben gegen die Bonner Rotstiftpolitik. Inzwischen hat nach der ÖTV und der Eisenbahnergewerkschaft auch die Postgewerkschaft einen Streik gegen die beabsichtigte Lohnkürzung im öffentlichen Dienst angekündigt. Auf dem Beamtentag des DGB in Bonn kündigten ebenso die gewerkschaftlich organisierten Beamten Kampfmaßnahmen an.

In Kassel protestierten ca. 5000 Arbeiter mit einem Sternmarsch und einer Großkundgebung gegegen die Sparpolitik der Bundesregierung. Die Aktion, zu der der DGB/Kassel aufgerufen hatte, stand unter dem Motto: „Wir leisten Widerstand gegen Rotstiftpolitik".

Stürmischen Beifall erhielt Detlef Hensche vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier, als er auf der Kundgebung erklärte, weder Lohnverzicht noch Schonung der Bonner SPD/FDP-Regierungskoalition, sondern ein konsequenter gewerkschaftlicher Kampf gegen Lohnabbau, Rotstift und Arbeitsplatzver-

werkschaften müßten sich jetzt mit aller Kraft gegen die von Kapital und Regierung angestrebte lohn- und sozialpolitische Wende zur Wehr setzen.

Das Vorstandsmitglied der Deutschen Postgewerkschaft, Gerd Ferdinand, erklärte am Wochenende: „Bei der Bundespost sprechen alle Anzeichen für einen Arbeitskampf". Der 11. Beamtentag des DGB lehnte die Bonner Sparpläne „kompromißlos" ab und kündigte Aktionen der Beamten an. Der Offenbacher ÖTV-Kreisvorsitzende Guntermann kündigte an: „Der Arbeitskampf wird härter werden als alles, was wir bisher er-

Massenaktionen der Studenten

Kommunistische Studenten rufen zur Beteiligung auf

DORTMUND. — Am Montag den 7. Dezember begann die Kampagne der Studenten gegen die Bildungs- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Über 150 der 190 bundesdeutschen Hochschulen erlebten Aktionen verschiedenster Art. An zahlreichen Großuniversitäten gab es völligen Vorlesungsboykott. Aber auch viele kleine Institute, an denen die politische Betätigung normalerweise geringer ist, sahen ihre bisher größten Aktionen.

Die Regierungspolitik des Sozialabbaus und der Streichung im Bildungsbereich trifft die Studenten vor allem an zwei Punkten: zum einen werden die Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten drastisch verschlechtert, zum anderen wird das Bafög real wesentlich gekürzt, was für sehr viele Studenten direkt materielle Not bedeutet.

Die Aktionen vom Montag, zu Beginn der Kampagne, zu der der VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) aufgerufen hatte, zeigten die Bereitschaft sich zu wehren auch in diesem

die Kommunistischen Studenten, der Studentenorganisation der KPD, war es da klar, daß man diese Kampagne, diesen Kampf nach Kräften unterstützen muß, zumal der VDS längst nicht alles Nötige tat, um den Aktionen die mögliche Breite zu geben.

Dabei war es bezeichnend, daß bei all diesen Aktionen auch stets die schärfste Kritik an der Aufrüstungspolitik der Bundesregierung geübt wurde, denn die Kampagne zielt ja auch darauf ab, daß klar gemacht wird, daß die unsoziale Sparpolitik der



Demonstrierende Studenten im Kampf gegen Rotstiftpolitik

Kommentar der Woche

Helmut Schmidt und Erich Honecker treffen zusammen. Ein Gipfeltreffen der beiden deutschen Staaten ist keine Alltäglichkeit. Man muß lange zurückschauen, um die letzten zu finden.

Und eben dieses Treffen war schon mehrmals geplant und wurde wieder verschoben. Verschoben aufgrund von Ereignissen, die außerhalb der deutsch-deutschen Beziehungen standen. Sei es wegen Polen und der dortigen Entwicklung, sei es wegen der Anspannung der Beziehung zwischen den beiden Supermächten.

Und von den DDR-Organen, wie auch von Bundesbehörden wurde es auch eindeutig formuliert: Die innerdeutschen Beziehungen können sich angeblich überhaupt nur so entwickeln, wie es die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten und ihren imperialistischen Blöcken erlauben. Man sollte dies noch einmal unterstreichen: Von beiden Regierungen werden also die innerdeutschen Beziehungen von anderen Faktoren, von Faktoren, die von den beiden imperialistischen Supermächten geschaffen und bestimmt werden, diktiert, werden Grenzen und Möglichkeiten gesetzt.

Gipfeltreffen

Kann man denn auch anderes erwarten von Kräften, die dazu bereit sind, ihre Länder zum Aufmarschgebiet eines neuen Krieges zu machen, die dafür eintreten, ihre Staaten zu Atomrampen für einen neuen Krieg zu machen?

Kann man von ihnen erwarten, daß sie in anderen Bereichen deshalb die nationalen Interessen Deutschlands besser vertreten als auf dem grundlegenden Gebiet der Friedenssicherung? Bestimmt nicht. Aber erstaunlich ist es schon, wie offen hier Eingeständnisse gemacht werden, darüber, daß man nicht gedenkt, Schritte zu einer besonderen Zusammenarbeit zu unternehmen. Weder von Souveränität noch von einer — sonst so oft betonten — besonderen Bedeutung der Deutschlandfrage ist da noch in irgendeiner Form die Rede.

Dementsprechend sind denn auch die konkreten Ausgangspunkte für dieses Gipfeltreffen. Keinerlei konkreten Ziele, keinerlei konkreten Absprachen werden vorbereitet. Nach dem Motto: Wenn sich die großen Brüder treffen, tun wir das auch, aber wozu eigentlich?

Man müsse die Rückschläge in der Deutschlandpolitik der letzten Zeit zu überwinden versuchen, so die Ausgangsposition des Bundeskanzlers vor diesem Treffen. Ähnlich tönte es auch in der DDR.

Die Schritte, die zu tun wären, um die Beziehungen zu verbessern, liegen auf der Hand. Aber die können beide Seiten solange nicht tun, wie sie die nationale Souveränität mißachten und solange der Revanchismus in Bonn gepflegt wird.

Gegenseitige staatliche Anerkennung, Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag, alle solche Maßnahmen wären ohne Zweifel Schritte zu einer besseren Lage. Der Katalog der Möglichkeiten wäre lang, würden hier ernsthafte und positive Absichten bestehen. Aber: Der Bonner Revanchismus sieht seine Wiedereroberungspläne nur unter NATO-Kommando zu verwirklichen und die DDR leugnet im Interesse des sowjetischen Strebens die Existenz einer deutschen Nation. Beide herrschenden Klassen sehen sich besser dastehen, wenn sie an der Seite der jeweiligen Supermacht ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgen.

Und ausbaden müssen dies die Deutschen — hüben wie drüben. Die einen werden als Bürger eines minderwertigen Staates dargestellt, den anderen wird es erschwert, zu Besuch zu fahren.

Und dies ist dann auch alles, was an praktischer Deutschlandpolitik geschieht, sei es auf Gipfeln, sei es auf sonstigen Treffen von Vertretern der beiden deutschen Staaten: Mal werden die Besuchsmöglichkeiten verbessert, mal verschlechtert — und das je nach Weltkonjunktur in Sachen Politik. Ein wahrhaftes Armutszeugnis. Denn natürlich ist es wünschenswert, wenn Besuchsregelungen erleichtert werden, wenn man dabei nicht regelrecht ausgenommen wird. Aber Deutschlandpolitik ist das noch lange nicht. National ist das nicht, trotz vieler nationalistischer Phrasen. Souverän ist das auch nicht, trotz aller Beteuerungen. Und geeignet den Frieden sicherer zu machen — wodurch eigentlich?

Nein, gerade in solchen Treffen zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß es nur die Alternativen gibt, die Reaktion die deutsche Spaltung weiter vertiefen zu lassen oder einen Kurs der Neutralisierung beider Staaten, der Herstellung wahrhaft besonderer Beziehungen zwischen den deutschen Staaten zu steuern — diese Regierungen werden das nicht tun.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

SPD in der Krise

Die Rechten formieren sich zum Angriff

Helmut Schmidt wird auf dem SPD-Landesparteitag in Bremen ausgepfiffen. Rechtsaußen Annemarie Renger organisiert in Bonn eine Unterschriftenkampagne gegen Parteichef Brandt. Am Freitag berät die Bundesschiedskommission der SPD über den Ausschluß des Bundestagsabgeordneten Hansen. Vom Ausschluß ist auch MdB Coppik bedroht. In der SPD kracht es an allen Ecken und Enden, deutlicher als je zuvor sind die Widersprüche in der Partei aufgebrochen.

Für den größten Wirbel sorgte am Wochenende ein Thesenpapier, verfaßt vom stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Grundwertkommission, dem Politologie-Professor Löwenthal. Annemarie Renger, Galionsfigur der rechten Kanalarbeiter-Fraktion, machte aus diesen Thesen eine Unterschriftenaktion, deren Stoßrichtung sich eindeutig gegen die „Integrationspolitik" des Parteivorsitzenden Brandt richtet. Zu den Unterzeichnern des Papiers gehört neben Fraktionschef Wehner vor allem die Riege der ultrareaktionären Gewerkschaftsbonzen wie Hauenschild (IG Chemie), Schmidt (IG Bergbau), Döding (NGG) — und natürlich fehlt auch Georg Leber, Ex-Kriegsminister und früherer Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden nicht.

Löwenthal war in seinen Thesen, die sich auf eine Untersuchung der gegenwärtigen Lage der SPD beziehen, zu der kaum sensationellen Schlußfolgerung gekommen, daß die Partei gegenwärtig ihren Einfluß auf Jungwähler verliert, daß gleichzeitig aber auch die sogenannten Stammwähler (vor allem Arbeiter) zunehmend abwandern. Das pfeifen ja eh schon die Spatzen von den Dächern. Bei Meinungsumfragen wird der SPD momentan nur noch ein Wählerpotential von einigen Punkten über 30 Prozent zugestanden — ein absoluter Tiefpunkt.

Interessant ist nun, worin Löwenthal die Ursachen für diesen rasanten Niedergang der SPD in der Wählergunst sucht. Und da macht es sich der Politologie-Professor wahrlich sehr einfach. Er konstruiert einfach zwischen den beiden Gruppen der Jung- und der Stammwähler einen Widerspruch und erklärt, die SPD müsse sich entweder für die eine oder für die andere Gruppe entscheiden. „Die Sozialdemokratie kann also die gegenwärtige Identitätskrise nur überwinden, wenn sie sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung — für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger entscheidet."

Der Herr Professor schreckt bei seinen „wissenschaftlichen" Thesen auch vor der plumpesten Demagogie nicht zurück, wenn er etwa behauptet, die sogenannten Aussteiger würden „überwiegend auf Kosten der berufsmäßigen Mehrheit" leben. Derlei Sprüche haben wir ja immer dann gehört, wenn es galt, die „schweigende Mehrheit" gegen eine Protestbewegung der Jugend aufzuhetzen.



Vor allem der Massenwiderstand gegen die NATO-Aufrüstung bereitet der SPD große Schwierigkeiten

Der wesentliche Trick in Löwenthals Thesen aber besteht darin, daß er einerseits die gesamte kritische Jugend, die der SPD nicht mehr folgen will, als Aussteiger abqualifiziert und ihren Protest in eine grundlegende Feindseligkeit gegen die „Industriegesellschaft" verfälscht. Und daß er andererseits die Interessen der werktätigen Stammwähler mit denen dieser „Industriegesellschaft" gleichsetzt. Im Grunde haben seine Thesen also nur die alte Lüge, antikapitalistische Protestbewegungen würden Arbeitsplätze gefährden, zu einem Grundsatzpapier aufgeblasen.

Hermann Heinemann, Chef des mitgliederstärksten SPD-Bezirks Westliches Westfalen und Mitunterzeichner der Löwenthal-Thesen, hat das in einem „Bild"-Interview am Montag denn auch wesentlich einfacher so ausgedrückt: „Wer zum Beispiel gegen Kernkraft, Startbahnen, notwendigen Straßenbau oder für überzogenen Umweltschutz eintritt, gefährdet noch mehr Arbeitsplätze." Nun ist es ja — um nur einmal das Thema Kernkraft herauszugreifen, seit langem bekannt, daß abgesehen von den unwägbaren Risiken für Leben und Gesundheit der Werktätigen, die mit der Anwendung der Atomenergie verbunden sind, der Bau und Betrieb von Kohlekraftwerken wesentlich mehr Arbeitsplätze sichert als der von AKWs. Nur paßt diese Alternative eben nicht ins Konzept der Elektro- und Energiemonopole. Und daß ein „überzogener Umweltschutz" Arbeitsplätze vernichten soll, ist ja auch höchst sonderbar. Er geht allerdings an die Profite der Konzerne.

Und da liegt der Hase im Pfeffer. Die Interessen der „Industriegesellschaft", die hier gegen die jugendliche Protestbewegung gestellt werden, entpuppen sich als die Profitinteressen des Kapitals. Und die sind allerdings denen der Werktätigen vollständig entgegengesetzt. Umgekehrt aber haben gerade die arbeitenden Menschen das größte Interesse an einem wirksamen Umweltschutz, weil sie schließlich die ersten Opfer der Umweltverseuchung sind. Ebenso verhält es sich mit den anderen Feldern, auf denen die jugendliche Protestbewegung aktiv geworden ist — vom Kampf für ausreichenden Wohnraum bis zum Friedenskampf.

Hier Widersprüche zwischen den Werktätigen und der „kritischen Jugend" zu konstruieren ist pure Demagogie. Und die soll nicht zuletzt davon ablenken, was die wirklichen Ursachen der jetzt zu beobachtenden Talfahrt der SPD sind. Dabei brauchte man, um diese Ursachen zu erkennen, nur auf den erwähnten Landesparteitag der SPD in Bremen zu sehen. Dort waren es eben nicht „Aussteiger", sondern Delegierte aus den Betrieben, von denen Schmidt ausgebuht wurde. Wobei diese Funktionäre ja nur der unter ihren Kollegen vorherrschenden Stimmung Ausdruck gegeben haben. Zu Recht nämlich fühlen sich die Werktätigen, die vor gut einem Jahr noch für das kleinere Übel gestimmt haben, um Strauß zu verhindern, von der Bonner SPD-Regierung verraten und verkauft.

Und die ultrarechten SPD-Führer, die jetzt mit dem Thesen-Papier Stimmung machen und sich als Interessenvertreter der Stammwähler aufspielen, denken natürlich nicht im Traum daran, etwa den Kahlschlag im Sozialbereich wieder rückgängig zu machen oder irgendwelche Maßnahmen gegen die Arbeitsplatzvernichtung durch die Kapitalisten zu ergreifen. Was sie wollen, ist eine knallharte und rücksichtslose Vertretung der Monopolinteressen. Ihnen paßt es nicht, daß die Brandt, Glotz oder Vogel nach der Protestbewegung schielen und sich auch schon mal (wie in Westberlin gegenüber den Hausbesetzern) auf Kompromisse einlassen. Statt Kompromisse — Knüppel frei fürs Kapital, das ist ihre Devise.

Im Vermittlungsausschuß

Einig nur gegen Sozialempfänger

BONN. — Die in der letzten Woche begonnenen Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat um die Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt waren nach mehreren Tagen noch ohne jedes Ergebnis. Nur eins war klar: Der Vorsteuerabzug für Firmenautos soll doch nicht gestrichen werden. Und: Das Bundessozialhilfegesetz soll novelliert (ergänzt) werden.

Wobei die Stoßrichtung auch dieser Maßnahme eindeutig ist. Denn es ist das Ziel der Bundesländer, ihre eigenen und die Haushalte der Gemeinde ebenfalls einer sozialen Rotstiftkur zu unterziehen sprich:

Die Sozialhilfe soll gekürzt werden. Dabei werden auf der einen Seite alle denkbaren Beispiele von prassenden Sozialempfängern herbeigezerrt und rundweg unterstellt, das träfe auf viele zu. Und auf der anderen Seite ist damit der Rundschlag auch in den Gemeindehaushalten fürs erste abgeschlossen — denn nach den bisherigen Kürzungen für Kindergärten, Schulen usw., alles im Bereich von Ländern und Gemeinden, fehlte nun noch der direkte Angriff auf die Sozialhilfe.

Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt kann folgender Vergleich zeigen. Die Bundesleistungen für solche jugendlichen Arbeitslose, die noch nie gearbeitet haben, sollen gestrichen werden. Ein Betrag von 170 Millionen Mark. Das zumindest müßte von der Sozialhilfe übernommen werden, die aber keinen höheren, sondern einen niedrigeren Etat erhält. Also wird die Kürzung darüber liegen müssen.

Wie sehr diese Sparpolitik klassenmäßig geprägt ist, den Reichen dient und den arbeitenden Menschen schadet, zeigt das bereits erwähnte Gegenbeispiel. Der Verzicht auf die Streichung des Vorsteuerabzugs für Firmenautos — auf Verlangen der CDU und FDP sofort akzeptiert — bedeutet einen fortgesetzten Steuerausfall von 600 Millionen Mark jährlich.

Zur gleichen Zeit, da so „gespart" wird, wird ebenfalls bekannt, daß aus dem Berliner Stadthaushalt so nebenbei sage und schreibe 93 Millionen Mark für die Gaunereien eines Garski bezahlt werden müssen — was natürlich niemand in Frage stellt, denn die Banken wollen ihr Geld.

Das sind zwei — verhältnismäßig sehr geringe — Maßnahmen, mit denen auf 700 Millionen Mark mit zwei Federstrichen verzichtet wird. Und solche Beträge, die müssen dann eben von den Armen, von den Empfänger von Sozialhilfe, wieder herbeigeholt werden. Und so wird dann gestrichen, werden Krankenhäuser und Kindergärten geschlossen und so weiter und so fort. Das Programm der Bonner Parteien und des Kapitals liegt klar auf der Hand. Ihre Losung heißt: Die Armen sollen die Krise bezahlen.

Und dieser Spieß muß umgedreht werden. Wie es jetzt ist, ist es ein bisher in der Bundesrepublik einzigartiger Raubzug gegen soziale Errungenschaften der Werktätigen. Eine Ausgewogenheit in den Kürzungen wäre bestenfalls eine Ungerechtigkeit, die den Reichtum vergrößern und die Armut vermehren würde. Deshalb gibt es für alle, die nicht zu den Reichen und Mächtigen im Lande gehören nur die Losung: Die Reichen sollen die Krise bezahlen! Gerade so, wie es die KPD in ihrer wirtschaftspolitischen Erklärung unterstrichen und gefordert hat.

Zulagentarife im öffentlichen Dienst gekündigt

Die Lohnräuber strecken ihre Klauen aus

Millionen Lohnabhängige betroffen / einheitlicher Streik tut not

BONN/DÜSSELDORF. — Am Montag letzter Woche besiegelten die Dienstherren im öffentlichen Dienst einen lohnpolitischen Generalangriff auf die Gewerkschaften: In sämtlichen Bereichen wurden die Tarifverträge über die allgemeinen Zulagen für Arbeiter gekündigt. Mit diesem Schritt soll eine allgemeine Kürzung von Löhnen, Gehältern und Besoldung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ermöglicht werden. Die Lohnräuber haben ihre Klauen ausgestreckt.

Die ÖTV-Gewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner haben im Gegenzug — um einen einheitlichen Widerstand zu ermöglichen — die Zulagentarifverträge für Angestellte gekündigt. Gleichzeitig hat die ÖTV die öffentlichen Dienstherren aufgefordert, „unverzüglich Verhandlungen über eine neue Fassung dieser Tarifverträge mit uns aufzunehmen".

Sollten diese Verhandlungen scheitern, so muß nach dem Beschluß der Großen Tarifkommission der ÖTV der Hauptvorstand der Gewerkschaft unverzüglich die Maßnahmen für den Streik ergreifen.

Über eventuelle Kampfmaßnahmen der Eisenbahner berieten am Montag, den 7. Dezember der Hauptvorstand und die Bezirksleiter der GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands). Es dürfte eigentlich keine Frage sein, daß der unglaubliche Versuch, den schwer arbeitenden Eisenbahnern in die Brieftasche zu greifen, nur im Sinne der alten Kampfparole der Arbeiterbewegung beantwortet werden kann: **Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!**

Es ist erklärtes Ziel der Regierung, mit dieser ersten Lohnkürzung seit dem Bestehen der BRD nicht nur durch ein empörendes Sonderopfer der Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst bluten zu lassen, sondern zudem auch als Bahnbrecher für die Gesamtwirtschaft einen entscheidenden Durchbruch zu einer Wende in der Lohnpolitik zu vollziehen.

Das ist eine Politik genau nach dem Muster der Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning in den Jahren vor 1933. Genau vor 50 Jahren, am 8. Dezember 1932, trat Brünings vierte Notverordnung in Kraft. Sie bedeutete eine Kürzung der Einkommen im öffentlichen Dienst um 10 Prozent. Die Tolerierung dieses Lohnraubes durch die damalige Gewerkschaftsführung war eine der Verrätereien, durch die die Widerstandskraft der Arbeiterklasse in verhängnisvoller Weise geschwächt wurde.

Die reformistische Gewerkschaftsführung verhinderte damals jeden einheitlichen und konsequenten Widerstand der im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften gegen die Lohnraubpolitik der Regierung Brüning und der Kapitalisten in der Privatwirtschaft. Als dann 1933 die Nazis an die Macht gekommen waren, schickte die ADGB-Führung eine Ergebenheitserklärung an Hitler, in der sie sich mit der Versicherung ihrer loyalen Haltung gegenüber dem faschistischen Regime andiente. Hitler jedoch befahl seinen Schergen die Zerschlagung der Gewerkschaften.

Die jetzt von der Bundesregierung eingeleitete einprozentige Lohnkürzung ist sicherlich von erheblich kleinerem Kaliber als die Brüningschen Einschnitte. Dennoch gilt aber hier ganz klar die Devise: Wehret den Anfängen!

Immerhin sind 4,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte von dem Sonderopfer betroffen. Von ihnen gehören 70 Prozent den unteren und mittleren Einkommensgruppen an. Allein 1982 will die Regierung durch die Lohn- und Gehaltskürzung mehr als 2 Milliarden Mark „einsparen" (d. h., sie will diese Milliarden aus den Lohntüten der Kollegen in die Tresore der Rüstungskonzerne und Bankmagnaten umleiten).

Vier Millionen Werktätige im öffentlichen Dienst könnten den Herren in Bonn die Suppe gewaltig versalzen, würden sie vom DGB einheitlich, geschlossen und konsequent in den Kampf geführt! Man braucht sich nur einmal auszumalen, was los ist, wenn auch nur einen Tag lang in Stadt und Land sich weder eine Eisenbahn, noch ein städtisches Nahverkehrsmittel bewegt und wenn gleichzeitig die Bundespost, die städtische Müllabfuhr, die Schulen und Kindergärten und sämtliche Ämter und Behörden streiken. Der Regierung würde es so weich wie Butter in den Knien!

Ein einheitlicher, geschlossener Streik in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes würde die wahre Bedeutung des Wortes „Einheitsgewerkschaft" deutlich machen. Damit wäre zweifellos der Anfang zu einem machtvollen, erfolgreichen Widerstand des DGB gegen Rotstiftpolitik, Sozialabbau und lohnpolitische Wende gemacht.





Demonstration gegen Rotstiftpolitik in Stuttgart

Spitzengespräche

Der DGB-Bundesvorstand ist zur Zeit schwer aktiv. Allerdings nicht, weil er die Vorbereitungen für einen Streik trifft, um die Lohnraubpläne von Regierung und Unternehmern zu durchkreuzen. Dafür haben die Vetter, Kluncker, Loderer und Co. doch jetzt keine Zeit, wo sie sich doch ständig zu Gipfeltreffen mit den Herren aus Bonn und den Unternehmerverbänden treffen müssen. Ohne jeden Zweifel gibt es zur Zeit nichts Wichtigeres, als mit den Spitzen der Bundestagsparteien und der Unternehmer sowie mit der Regierung zu sprechen! In einer Situation, wo alle diese Herren sich gegen die Gewerkschaften zur Zerschlagung unseres sozialen Besitzstands verschworen haben, ist es doch um so notwendiger, die grundlegenden Gemeinsamkeiten zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung zu pflegen und auch deutlich zu machen. Oder etwa nicht? Wo bliebe denn sonst der soziale Friede! Und wir haben doch so viel miteinander gemeinsam! Sogar mit Helmut Kohl, dem sogar die Bonner Sparpolitik zu lau und lasch ist. Wer das nicht einsieht, der ist ein Extremist, ein Linkssektierer, ein Gewerkschaftsfeind, ein Kommunist und hat es überhaupt nicht verdient, mit Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Graf Lambsdorff, Otto Esser und unseren sonstigen Sozialpartnern im gleichen Boot zu sitzen. Basta!

Hamburger Großwerft droht die Stillegung

HDW-Hamburg muß erhalten bleiben!

HAMBURG. — Die Hamburger Werke der Howaldtswerke — Deutsche Werft sind von Stillegung bedroht. Damit sind in Hamburg nicht allein die 5000 Arbeitsplätze in den HDW-Betrieben in Gefahr, sondern darüber hinaus 10000 Arbeitsplätze in der Zulieferer-industrie. Im folgenden geben wir Auszüge aus einem Artikel von „Frischer Wind" wieder, der Betriebszeitung der KPD für HDW-Hamburg.

5000 Arbeitsplätze gibt es heute bei HDW. Etwa 3500 gewerbliche, 1150 Angestellte und 250 Auszubildende.

Alle diese Arbeits- und Ausbildungsplätze müssen als gefährdet angesehen werden. Weitere, bis zu 10000 Arbeitsplätze von Zulieferern und Fremdfirmen sind damit ebenfalls nicht mehr sicher.

Schönfärberei des Hamburger Senats vom 28.1.81: „Das Hamburger Werk habe eine günstige Situation" und „eine ersatzlose Schließung bzw. Stillegung des Hamburger Werkes von HDW sei unvorstellbar". (...)

Jetzt aber stellt der Vorstand der HDW die Existenz des ganzen Hamburger Werkes in Frage, wenn nicht binnen eines Jahres eine erhebliche Kostensenkung und gleichzeitig eine Erhöhung der Produktivität erfolgt. Solange — und damit wird aus einem Ultimatum eine Erpressung — solange ist der Vorstand nicht bereit, Neubauaufträge hereinzunehmen.

Eine Leistungssteigerung der Belegschaft um 20 bis 30 Prozent will der Vorstand durch ein Prämienlohnsystem erzwingen und Schichtarbeit einführen. Und dies bei einer Belegschaft, die überaltert ist, die auf Grund der schweren Arbeit einen überdurchschnittlichen Krankenstand aufweist, von der 7 Prozent schwerbehindert sind.

Eine Belegschaft, die stets bereit war, durch hohe Leistung, durch enorme Überstunden und große Einsatzbereitschaft trotz niedrigen Lohnniveaus und schlechter Arbeitsbedingungen den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Wie aber kann ein Vorstand höhere Leistungsbereitschaft erwarten, wenn diese nur teilweise bezahlt wird, und zudem ausdrücklich keine Garantie für die Erhaltung des Schiffsneubaus gegeben wird.



Diese Garantie aber und die damit verbundene Modernisierung des Schiffsneubaus ist der Dreh- und Angelpunkt für die Erhaltung des Hamburger Werkes der HDW! (...)

Jetzt wollen die Eigner, der Bund (vertreten durch Finanzminister Matthöfer), das Land Schleswig-Holstein (vertreten durch Wirtschaftsminister Westphal) und der Salzgitter-Konzern (vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Pieper) der HDW Hamburg endgültig den Garaus machen. (...)

Dagegen aber muß sich der Widerstand, nicht nur der betroffenen Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der HDW richten, sondern der Widerstand aller mittel- und unmittelbar Betroffenen, der gewerkschaftliche und politische Widerstand. Der geplante Tod der HDW Hamburg ist eine politische Entscheidung. Er kann nur durch einen konsequenten Kampf verhindert werden!

Darum fordert die KPD:

- **HDW Hamburg muß bleiben! Keine Trennung vom Werk Kiel!**
- **Erhalt und Modernisierung des Schiffsneubaus!**
- **Keine Privatisierung der HDW — Keine Fusion mit Blohm & Voss!**
- **Beteiligung der Stadt Hamburg an der HDW! Verwendung der Kaufsumme für die Erhaltung der Arbeitsplätze!**
- **Kein einziger Arbeitsplatz darf vernichtet werden!**
- **Keinen Prämienlohn und keine Schichtarbeit auf HDW!**

11. Beamtentag des DGB

Baum wurde mit Pfiffen empfangen

BONN. — Der 11. Beamtentag des DGB, der in der vergangenen Woche in Bonn stattfand, stand völlig im Zeichen der Bonner Lohnkürzungs- und Sonderopferpolitik. Das mußte auch Bundesinnenminister Baum erfahren, der von den Delegierten mit Pfiffen und Gelächter begrüßt wurde.

Noch konsequenter machten es die Delegierten der ÖTV auf dem Beamtentag: Aus Protest über das Auftreten Baums verließen sie den Saal. Dies richtete sich natürlich auch gegen die DGB-Führung, die Baum schließlich zu der Konferenz eingeladen hatte: ausgerechnet den verantwortlichen obersten Vertreter der Dienstherren, der gegenwärtig den hinterhältigen und brutalen Angriff auf die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst unmittelbar durchführt.

In einem Telegramm an Bundeskanzler Schmidt lehnte die Konferenz die Sparmaßnahmen und das Sonderopfer für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes „kompromißlos" ab. Die Konferenz verabschiedete außerdem mit nur einer Gegenstimme einen Initiativantrag der ÖTV-Delegierten, der von der Gewerkschaftsführung fordert, daß sie umgehend „konkrete gewerkschaftliche Aktionen zum Kampf gegen Sonderopfer des öffentlichen Dienstes" einleiten soll.

Auf der Konferenz waren Beamte aus sieben DGB-Einzelgewerkschaften vertreten. Die ÖTV-Delegierten erklärten auf der Konferenz, daß das Koalitions- und Streikrecht auch für die Beamten grundgesetzlich garantiert sei. Verschiedene Redner forderten dementsprechend Aktionen der Beamten gegen die Lohnkürzung im öffentlichen Dienst. In den DGB-Gewerkschaften sind 850000 Beamte organisiert.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Trotz Unvereinbarkeitsbeschluß:

Törk Hansen bleibt Mitglied der IG Metall

Solidarität verhinderte Gewerkschaftsausschluß eines VOLKSFRONT-Mitglieds

LÜBECK. — Die Ortsverwaltung Lübeck der IG Metall stellte den aktiven Gewerkschafter und Antifaschisten Törk Hansen vor die Alternative: entweder Austritt aus der VOLKSFRONT, oder du wirst aus der IG Metall ausgeschlossen. Die Solidarität der IG-Metall-Mitglieder aus dem Betrieb aber zwang die Funktionäre zum Rückzug. Obwohl Törk Hansen erklärtermaßen weiter zu seiner aktiven VOLKSFRONT-Mitgliedschaft steht, bleibt er in der IG Metall.

Seit zwei Jahren ist Törk Hansen Betriebsratsvorsitzender in dem Metallbetrieb Sintermetall in Herrenwyk bei Lübeck. Davor war er in demselben Betrieb Leiter des IGM-Vertrauenskörpers. Törk Hansen wurde auch über den Umkreis von Lübeck hinaus in gewerkschaftlichen Kreisen bekannt: dadurch, daß er die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" mit gründete und in deren zentralem Ausschuß mitarbeitete. Im Herbst 1980 kandidierte Törk bei der Bundestagswahl für die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Törk Hansen gehört dem Präsidium des zentralen Vorstandes der Volksfront an.

Bekanntlich erklärte der DGB-Bundesvorstand etwa vor einem Jahr die Volksfront zur „linksextremistischen Organisation", die in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB einbezogen werden müsse. Daraufhin begann zunächst in der ÖTV und später auch in der HBV eine Ausschlußwelle gegen Volksfront-Mitglieder. Unter den Betroffenen waren, wie auch im Falle des Metallers Hansen, nicht wenige, die von ihren Kollegen in gewerkschaftliche Funktionen bzw. in den Betriebsrat oder sogar zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden waren.

Am 8. September faßte der Beirat der IG Metall den Beschluß, daß die Volksfront in den Unvereinbarkeitsbeschluß der IG Metall einbezogen wird. Begründung: die Volksfront sei eine Tarnorganisation der KPD. Den Beweis für diese ebenso unsinnige wie denunziatorische Behauptung blieben die IGM-Bonzen allerdings schuldig.

Als Törk Hansen von diesem Beschluß erfuhr, steckte er keineswegs den Kopf in den Sand. Er ging stattdessen in die Offensive. Auf einer Belegschaftsversammlung bei Sintermetall berichtete er über den Beiratsbeschluß und machte die Kollegen darauf aufmerksam, daß man sicherlich versuchen werde, ihn aus der IG Metall zu werfen.

Törk Hansens vorsorgliche Warnung an seine Kollegen erwies sich als sehr berechtigt. Auf einer Vertreterversammlung der Lübecker IG Metall, an der auch Törk Hansen als gewählter Vertreter teilnahm, ließ der IGM-Bevollmächtigte Herbert Harder die Katze aus dem Sack: Törk sei Betroffener eines Unvereinbarkeitsbeschlusses; er habe sich jetzt zu entscheiden, „ob er Gewerkschaftsfreund oder Gewerkschaftsfeind" sein wolle; entweder Austritt aus der Volksfront oder Ausschluß aus der IG Metall.



Törk Hansen

Törk machte auf der Versammlung demgegenüber klar, wie absurd der Versuch ist, ihn und die Volksfront in die gewerkschaftsfeindliche Ecke stellen zu wollen.

Dann erschien in der Mitgliederzeitschrift „metall" im Lübecker Lokalteil ein Artikel, der die Angriffe von Harder auf Törk Hansen wiedergab; von Törks Antwort hingegen kein einziges Wort. Eine Methode übrigens, die von Törks Kollegen bei Sintermetall als „Bild"-Zeitungsstil empfunden wurde.

Nun schrieb Törk über die Angelegenheit einen offenen Brief (wir haben ihn nebenstehend auszugsweise abgedruckt), in dem er sich u.a. mit dem Beiratsbeschluß zur Einbeziehung der Volksfront in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auseinandersetzt:

„Der Beschluß gegen die Volksfront ist ja nicht nur deshalb schlimm, weil er sich, ob man es nun will oder nicht, gegen die Gewerkschaftsarbeit bei Sintermetall richtet. Er ist es auch deshalb, weil der Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die Volksfront noch eine Verschärfung der Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden darstellt."

Dieser offene Brief, den Törk an alle möglichen Gewerkschafter verschickte und den er außerdem bei gewerkschaftlichen Funktionärskonferenzen verteilte, löste in der Lübecker IG Metall Diskussionen aus, nicht zuletzt auch in den Vertrauensleutekörpern und Betriebsräten von Lübecker Metallbetrieben. Verschiedentlich wandten sich Kollegen daraufhin an Törk und baten ihn um Materialien bezüglich des Beiratsbeschlusses sowie über die Volksfront.

Gewiß wirkte es sich hierbei sehr positiv aus, daß Sintermetall unter Gewerkschaftern in Lübeck einen guten Ruf als gewerkschaftlich außergewöhnlich aktiver Betrieb genießt, wobei auch der maßgebliche Anteil bekannt ist, den Törk Hansen an diesem Umstand hat.

Es kam nun zu einer Mitgliederversammlung der IG Metall bei Sintermetall. Drei Mitglieder der Ortsverwaltung nahmen an dieser Versammlung teil. Diese Funktionäre mußten in ihren Redebeiträgen zugeben, daß Törk Hansen ein hervorragender Gewerkschafter ist. Dennoch müsse er ausgeschlossen werden, falls er sich nicht von der Volksfront trenne; dies sei nun einmal die Beschlußlage in der IG Metall.

Die Kollegen reagierten mit Empörung. Sie warfen der Ortsverwaltung vor, hier eine „reine Parteipolitik" zu beteiben, der sie sogar die Gewerkschaftsarbeit bei Sintermetall opfern würden.

Es wurde dann der Beschluß gefaßt, daß alle IGM-Mitglieder bei Sintermetall aufgerufen werden, sich in Listen einzutragen, in denen der Ausschluß von Törk Hansen abgelehnt wird. Diese Listen seien von der Ortsverwaltung zu erstellen.

Die Vertreter der Ortsverwaltung erklärten sich mit diesem Beschluß einverstanden. Vermutlich glaubten sie, es würden nicht allzuviele Stimmen für Törk zusammenkommen.

Tatsächlich aber waren es dann 85 von den 105 IGM-Mitgliedern bei Sintermetall, die sich in kurzer Zeit in die Listen eintrugen. Eine überwältigende Mehrheit! Wobei hinzuzufügen ist, daß von diesen 85 Unterschriften zehn von Kollegen stammen, die überhaupt erst jetzt in die IG Metall eintragen, um Törk Hansen gegen den Gewerkschaftsausschluß zu unterstützen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß es absurd und gewerkschaftsschädlich ist, Kollegen wie Törk Hansen aus der Gewerkschaft zu werfen, dies wäre ein schlagender gewesen!

Übrigens kamen bei dieser Auseinandersetzung auch die Reaktionäre unter den IGM-Mitgliedern von Sintermetall aus ihren Löchern gekrochen. Sie initiierten eine Gegenliste, auf der für den Ausschluß Hansens unterschrieben werden konnte. Aber sie scheiterten kläglich. Die paar Unterschriften, die sie erhielten, kann man an einer oder zwei Händen abzählen!

Törk Hansen wandte sich dann in einer schriftlichen Stellungnahme an die Ortsverwaltung. Darin machte er vor allem noch einmal deutlich, daß er ganz klar darauf bestehe, als aktives Volksfront-Mitglied seine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu verteidigen. Ferner betonte Törk in dem Brief, daß die Ortsverwaltung sich nicht durch den Hinweis auf Beschlüsse von oben aus der Verantwortung stehlen könne. Sollte sie seinen Ausschluß vollziehen, dann sei sie auch für die Folgen bezüglich der Gewerkschaftsarbeit bei Sintermetall und für die Vergiftung des Klimas in der Lübecker IG Metall verantwortlich.

Die Ortsverwaltung trug in diesem Fall dann schließlich doch den wohlverstandenen gewerkschaftlichen Interesse Rechnung: Sie faßt einstimmig den Beschluß, daß Törk Hansen Mitglied der IG Metall bleibt. Was nun allerdings von seiten des IGM-Hauptvorstandes in Frankfurt passiert oder nicht passiert, bleibt noch abzuwarten.



Mit Spruchbändern wie „Stop der Arbeitsplatzvernichtung" zogen gestern etwa 100 Arbeiter der Metallhütte durch die Breite Straße zum Rathaus. Der Demonstration, die die Bürgerinitiative zur Rettung der Arbeitsplätze in Herrenwyk organisiert hatte, war ein Auto-Korso von der Metallhütte zur Innenstadt vorausgegangen. Der Organisator der Aktion, Törk Hansen, und 15 Arbeiter der Metallhütte überreichten anschließend Bürgermeister Dr. Robert Knüppel in seinem Amtszimmer eine Resolution. Sie fordern vom Senat eine Garantie für die Erhaltung der Wohnkolonie Kücknitz-Herrenwyk und entscheidende Maßnahmen zur Weiterbeschäftigung der 550 Entlassenen.

Törk Hansen ist in Lübeck als aktiver und kämpferischer Gewerkschafter bekannt. Auch der Widerstand der Kollegen gegen die Stillegung der Metallhütte, ein Nachbarbetrieb von Sintermetall, wurde von Törk Hansen maßgeblich mitorganisiert, wie auch aus dieser Bildunterschrift hervorgeht, die wir den „Lübecker Nachrichten" entnommen haben.



Den Beweis, daß die VOLKSFRONT eine gewerkschaftsfeindliche Organisation ist, können die IGM-Bonzen natürlich nicht führen. Unser Foto zeigt ein Wahlplakat der VOLKSFRONT vom Herbst 1980.

„... ein Stück lebendiger Einheitsgewerkschaft"

Offener Brief des Kollegen Törk Hansen an die Lübecker Ortsverwaltung der IG Metall (leicht gekürzt)

In dem Artikel (der in unserem Bericht erwähnte Artikel in „metall" - Red.) wird das Zitat von Herbert Harder wiedergegeben, in dem er sagt, ich hätte mich zu entscheiden, ob ich Gewerkschaftsfreund oder -feind bin. — Nun, was mich betrifft, so habe ich diese Frage schon lange, spätestens mit meinem Eintritt in die Gewerkschaft, entschieden.

Und wie die Kollegen das beurteilen, die es ja eigentlich wissen müßten, kann man eindeutig an der gewerkschaftlichen Arbeit und den Wahlen bei Sintermetall sehen. Ich bin hier seit zwei Jahren Betriebsratsvorsitzender und war davor VK-Leiter. Die Kollegen haben mich dazu nicht wegen meiner blauen Augen und auch nicht wegen meiner politischen Gesinnung bestimmt, sondern weil sie in ihrer großen Mehrheit eben die Gewerkschaftsarbeit haben wollen, für die ich gemeinsam mit den anderen aktiven Gewerkschaftern im Betrieb einstehe.

So ist der einzige, für den die Frage, ob Freund oder Feind, echt steht, in Wahrheit die Ortsverwaltung der IGM. Und sie wird zur Kenntnis zu nehmen haben, daß man aktive Gewerkschaftsarbeit nicht mit einem Federstrich wegwischen kann, daß der Gradmesser für die Beurteilung dieser Frage in Wirklichkeit ist: wie hat sich der einzelne für die Interessen der Kollegen eingesetzt. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage, warum ist in dieser Zeit die Mitgliederzahl in der IGM in unserem Betrieb um das Doppelte gestiegen?

Warum hat sich die Zahl der aktiven Gewerkschafter vervielfacht? Weil wir klar die Linie verfolgt haben, daß gewerkschaftliche Arbeit ständiger Kampf ist, der uns sicherlich nicht die Gunst des Unternehmers einbringt, aber die Möglichkeit bietet, immer wieder im Betrieb die Sache der Lohnabhängigen zu verteidigen. Das ist eine Grundauffassung in unserer Arbeit und es versteht sich von selbst, daß sich so etwas nicht ohne die aktive Teilnahme und eine Entfaltung der Demokratie verwirklichen läßt.

Deshalb mutet der Spruch von Herbert Harder, Angehörige der Volksfront wollten das demokratische System in der IG Metall beseitigen, geradezu lächerlich an. Oder meint er damit die Tatsache, daß wir in unserer Gewerkschaftsarbeit bei Sintermetall keineswegs mit allem einverstanden sind, was von „oben" kommt? — Daß wir z.B. bei der letzten Tarifrunde eine Urabstimmung zum Tarifabschluß gefordert haben? Oder daß wir eben auch Anträge stellen, z.B. wie man den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Lübeck führen sollte, und daß die IG Metall dazu einen Arbeitskreis einrichten sollte?

Diese Dinge beweisen, daß ich die Demokratie in der Gewerkschaft nicht zerstören will, sondern im Gegenteil für den Ausbau demokratischer Verhältnisse in der IG Metall bin.

Dazu gehört aber eben auch der Umgang mit politisch Andersdenkenden.

Der Beschluß gegen die Volksfront ist ja nicht nur deshalb schlimm, weil er sich, ob man es nun will oder nicht, gegen die Gewerkschaftsarbeit bei Sintermetall richtet. Er ist es auch deshalb, weil der Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die Volksfront noch eine Verschärfung der Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden darstellt.

Die Urheber dieses Beschlusses möchten dies am liebsten leugnen, indem sie die Volksfront kurzerhand zu einer kommunistischen Tarnorganisation erklären.

Warum aber findet man dann in der Begründung zu dem Beschluß nicht ein Wort über das Programm oder die Tätigkeit der Volksfront, woraus die angebliche Gewerkschaftsfeindlichkeit hervorgeht? Nicht ein Wort!

Wer sich die Grundsätze und die Tätigkeit der Volksfront einmal ansieht, wird so etwas auch nicht finden. Die angebliche kommunistische Tarnorganisation ist doch purer Blödsinn. Die Volksfront ist eine erklärte antifaschistisch-demokratische Organisation, und so arbeitet sie auch.

Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß nach unserer Auffassung eine solche Organisation für jeden antifaschistisch Gesinnten offen sein muß, egal ob der einer Partei angehört oder nicht, egal was seine Weltanschauung ist. Dazu gehören auch Kommunisten. Wer deshalb behauptet, die Volksfront sei kommunistisch getragen, begibt sich auf die Ebene eines Strauß, dessen beliebte Methode es ist, einfach alles, was links steht, in einen Sack zu stecken und dann immer tüchtig drauf.

Für einen Strauß waren am 10.10. in Bonn bei der großen Friedensdemonstration ja auch nicht 300000 Kriegsgegner, sondern nur von Kommunisten verführte Menschen. Von Strauß sind wir ja inzwischen einiges gewöhnt, und wer erwartet von ihm schon etwas anderes. Daß aber die DGB-Gewerkschaften sich dieser Praktiken auch bedienen, ist ein Skandal.

Sicherlich haben die Spitzenfunktionäre zum großen Teil andere politische Vorstellungen über Art und Notwendigkeit einer antifaschistischen Bewegung in unserem Land. Das gibt ihnen noch lange nicht das Recht, Andersdenkende auszuschließen. Das jedenfalls hat mit Einheitsgewerkschaft nichts zu tun. Politische Gleichschaltung und Verfolgung politischer Gesinnung stehen im Widerspruch zum Gedanken der Einheitsgewerkschaft.

Mein Platz ist in der IG Metall. Dafür trete ich ein und werde ich auch streiten. Die ungemein solidarische und herzliche Haltung meiner Kollegen im Betrieb, die ja meistens selber andere politische Auffassungen vertreten, sind in dieser Auseinandersetzung eine wichtige Unterstützung. Mit ihrer Solidarität über unterschiedliche Weltanschauung hinweg, vertreten sie für mich ein Stück lebendiger Einheitsgewerkschaft.

IGM: Auseinandersetzung um Lohnforderung

Was bedeutet Reallohnsicherung?

Vertrauensleute-Protest gegen 7,5-Prozent-Empfehlung

FRANKFURT. — Die 7,5-Prozent-Forderungsempfehlung des Hauptvorstandes ist in der IG Metall auf scharfe Proteste gestoßen. So zum Beispiel im Vertrauensleutekörper der IGM eines der größten Betriebe der Metallindustrie: bei Opel-Rüsselsheim. Die entgegen einem Beschluß des letzten IGM-Gewerkschaftstages öffentlich propagierte Vorstandsempfehlung läßt sich mit dem erklärten Ziel der IG Metall — Reallohnsicherung — nicht vereinbaren.

Die schäbige Trickserei, mit der der IGM-Hauptvorstand den Beschluß des Gewerkschaftstages ad absurdum geführt hat, ist nur eines unter unzähligen Beispielen dafür, wie skrupellos die Loderer und Janßen den Mitgliederwillen mißachten. Wenn nötig setzen sie sich sogar über Beschlüsse des höchsten Gremiums der Gewerkschaft einfach hinweg.

Warum diese Bonzen aber so handeln, das liegt im Falle der 7,5-Prozent-Vorstandsempfehlung klar auf der Hand: Es geht ihnen darum, einen konsequenten gewerkschaftlichen Kampf für die Interessen der Mitglieder um jeden Preis zu verhindern, in diesem Falle konkret den Kampf für Reallohnsicherung, die das erklärte Ziel der IG Metall für die Lohnrunde '82 ist.

Zweierlei fällt an der Forderungsempfehlung auf: erstens liegt sie niedriger als die 8-Prozent-Forderung der IGM in der letzten Lohnrunde im vergangenen Frühjahr. Dies wohlgemerkt bei einer jetzt erheblich höheren Inflationsrate.

Lag die Inflationsrate zu Beginn der letzten Lohnrunde bei etwa 5 Prozent, so liegt sie jetzt bereits bei ca. 7 Prozent. Normalerweise stünde dementsprechend doch mindestens eine Forderung ins Haus, die um zwei Prozent höher liegt als die Forderung der letzten Lohnrunde! Und tatsächlich wurden Forderungen in Höhe von 10 Prozent oder höher in fast allen Fällen beschlossen, wo im Betrieb die Kollegen bzw. Vertrauensleute bislang über die Forderung der IGM beraten haben.

Der zweite Punkt ist der, daß die IGM-Führung die bestehende Inflationsrate gar nicht als Kriterium für die Forderung heranzieht, sondern eine geschätzte Inflationsrate vom kommenden Jahr. Diese ist natürlich völlig fiktiv. Sie wird völlig willkürlich mit nur 5,5 Prozent veranschlagt. Das



ist doch ein billiges Betrugsmanöver! Wenn ernsthaft von Reallohnsicherung die Rede sein soll, dann muß doch zumindest die aktuelle Teuerungsrate ausgeglichen werden!

In den Betrieben gab es heftige Proteste gegen das Vorgehen der IGM-Führung. So etwa bei Opel/Rüsselsheim, dem größten Metallbetrieb in Hessen. So auch bei Bosch in Reutlingen. In beiden Betrieben protestierten die IGM-Vertrauenskörper gegen die Forderungsempfehlung.

Außerdem stellten beide Vertrauenskörper alternative Forderungen auf: bei Bosch 180,— DM Festgeld (für die Auszubildenden 120,— DM) und bei Opel 170,— DM Festgeld.

Diese Forderungen sind gewiß nicht sehr hoch. Sie brächten jedoch wenigstens für die unteren Lohngruppen eine klare Reallohnsicherung, wenn sie voll durchgesetzt würden.

In Baden-Württemberg hat der Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler eine Forderung von 100,— DM Sockelbetrag für alle plus 3 Prozent ins Spiel gebracht. Diese Forderung reicht insgesamt nicht aus, um eine Reallohnsicherung durchzusetzen. Allerdings würde auch sie, volle Durchsetzung vorausgesetzt, die unteren Lohngruppen gut abschneiden lassen. Insofern ist diese Forderung sicherlich wesentlich günstiger, als die völlig unakzeptable Forderungsempfehlung Loderers.

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen" lagen Beschlüsse von Regionalen Tarifkommissionen über die IGM-Forderungen noch nicht vor.

Streik für Reallohnsicherung

So unverfroren wie noch nie schreien die Unternehmer und ihre Wasserträger nach Lohnverzicht. Der kommende Tarifabschluß, so trommeln sie aus allen Rohren, müsse auf jeden Fall noch unter dem des vergangenen Frühjahrs liegen. Und dies bei einer Inflationsrate, die heute schon bei ca. 7 Prozent liegt!

Hatten wir bereits in diesem Jahr einen Reallohnabbau von vorsichtig geschätzt etwa 3 Prozent zu verkraften, so will man uns jetzt einen noch drastischeren Lohnverzicht aufbrummen.

Das höchst Merkwürdige an der Sache ist: Die am lautesten solchen unerträglichen Verzicht von uns, den Arbeitern und kleinen Angestellten, fordern, das sind ausgerechnet jene Herrschaften, die in Reichtum und Luxus schwimmen. Es sind diejenigen, die ihre Millionen und Milliarden dadurch „machen", daß sie uns in ihren Knochenmühlen immer brutaler auspressen.

Und ausgerechnet diese Schmarotzer versuchen ihre Lohnverzichtsparolen jetzt im Gewande des sozialen Moralpredigers an den Mann zu bringen: Lohnverzicht sei ein Gebot der Solidarität mit den Arbeitslosen. Wir seien „egoistisch", wenn wir jetzt einen Ausgleich für die Preissteigerungsrate beanspruchen, denn dadurch werde die Schaffung von Arbeitsplätzen unmöglich.

Ausgerechnet die Profithaie, Couponschneider und Börsenlöwen wollen uns auf diese Tour kommen! Ausgerechnet sie! Die gleichen Herren, die um ihres Profites willen skrupellos Arbeitsplätze wegrationalisieren! Die nicht zögern, ganze Fabriken stillzulegen und ganze Belegschaften auf die Straße zu werfen, wenn das nur der Gewinnmaximierung dient!

Lohnverzicht hat noch nie auch nur einen einzigen Arbeitsplatz sicherer gemacht. Und ebensowenig wirken sich etwa Tarifabschlüsse, die noch unterhalb der aktuellen Teuerungsrate liegen, dämpfend auf die Inflation aus.

Diese beiden Kernaussagen der Unternehmerpropaganda werden durch die wirtschaftlichen Daten der vergangenen zwei drei Jahre schlagend widerlegt: während die Löhne real gesunken sind und im vergangenen Frühjahr die Tarifabschlüsse sogar hinter der offiziellen Inflationsrate zurückblieben, haben sich sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Teuerung sprunghaft verschärft!

Arbeitslosigkeit, Inflation und Wirtschaftskrise sind Produkte des Kapitalismus, unvermeidliche Konsequenz eines Systems, in dem Ausbeutung und Profit der eigentliche Zweck der Produktion sind. Die schlimmen sozialen Folgen davon lasten auf uns, den Lohnabhängigen. Wir müssen den Kopf hinhalten, wenn die kapitalistische Wirtschaft verrückt spielt.

Um so mehr gilt für uns, daß wir unsere Interessen kompromißlos verteidigen, daß wir um jeden Groschen Lohn kämpfen müssen. Mit einem Tarifabschluß, der diesmal ganz erheblich unterhalb der aktuellen Infaltionsrate bleibt, wollen die Kapitalisten eine weitere Stufe der „lohnpolitischen Wende" erreichen. Ihr Ziel: Drastische Senkung des Lohnniveaus im Laufe der kommenden Jahre.

Dagegen müssen unsere Gewerkschaften mit aller Macht ankämpfen! Die Sicherung des Reallohnes darf auf keinen Fall eine unverbindliche Parole sein. Reallohnsicherung ist für die Arbeiterklasse als tarifpolitisches Ziel dieser Lohnrunde eine Frage der Selbstbehauptung!

Es ist sonnenklar, daß ohne einen konsequent geführten Streik dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Die Unternehmerverbände haben bereits verkündet, ihre „Widerstandslinie" werde diesmal „noch härter sein als in der letzten Tarifrunde". Das bedeutet: sie wollen uns in die Nähe einer Nullrunde drücken. Demgegenüber kann es nur einen Weg geben, den die Gewerkschaften jetzt ohne Zögern gehen müssen: Den Streik vorbereiten und konsequent die Durchsetzung eines Tarifabschlusses anpacken, der den Ausgleich für die Teuerung tatsächlich bringt und den Erhalt unserer Reallöhne sichert.

IG-Bergbau-Bonzen fordern nur 6,5 Prozent!

A. Schmidt wieder mit dem Dolch im Gewande

HELMSTEDT. — Noch ist der berüchtigte „Dolchstoß-Abschluß" der IGBE-Führung von Ende April dieses Jahres in frischer Erinnerung: In der Metallindustrie hatte sich Ende April die Lage nach monatelangem Kampf entscheidend zugespitzt. Die Tarifkommission der IGM in Hessen hatte einen bereits ausgehandelten faulen Kompromiß (4,7 Prozent bei 13 Monaten Laufzeit) unter dem Druck der Basis zurückgewiesen. In dieser Situation schlossen die Führer der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt und Hans Alker, völlig unerwartet im Steinkohlebergbau ab.

Der Nacht- und Nebelabschluß der IGBE-Bonzen lautete 4,6 Prozent. Dies war ein gezielter Hieb in den Rücken der Metaller! Mit einer beispiellosen Welle von Warnstreiks waren sie bis dahin auf die Verteidigung ihrer Reallöhne zumarschiert.

Jetzt haben die Schmidt und Alker schon wieder ein ähnliches schmutziges Geschäft wahrgenommen: wenige Tage, bevor — unter starken Auseinandersetzungen zwischen Führung und Basis — die ersten Tarifforderungen der IGM in den regionalen Tarifbezirken durch die Tarifkommissionen beschlossen werden, und während kein Mensch damit rechnete, legte in der letzten Woche die IGBE-Führung bei einer aktuellen Teuerungsrate von 7 Prozent eine Lohnforderung von nur 6,5 Prozent fest. Und zwar für die 3 500 Beschäftigten in den Braunschweigschen Kohlenbergwerken.

Ein überdeutliches Signal für krassen Lohnverzicht! Ein Prügel zwischen die Beine der Metaller, die für die diesjährige Lohnrunde die Weichen in Richtung Verteidigung der Reallöhne stellen wollen. Oh, wie werden sich die Herren in den Unternehmerzentralen grinsend die Hände gerieben haben!

"Handelsblatt" Nr. 231 / Mittwoch, 2. 12. 1981

IG Metall

Eine Vierer-Runde?

Von HANS MUNDORF

Der Vorstand der IG Metall hat das Forderungskonzept für die Lohnrunde 1982 festgelegt: 7,5 Prozent mehr Lohn, Abkoppelung der „Tarifrente", die nicht abgeschrieben, sondern nur aufgeschoben ist.

Die 7,5 Prozent, die selbstverständlich nur den Start, nicht aber das Ziel der Runde markieren, müssen doppelt benotet werden: Wer die Wirtschaft nur rational als eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sieht, muß diese Zahl bei weitem zu hoch finden.

Der Volkswirtschaft wie den Arbeitnehmern wäre selbstverständlich mit einem Lohnstop in 1982 besser gedient, wie sich wohl nachweisen läßt, wenn man nicht gerade auf dem Boden der falschen Kaufkrafttheorie des Lohnes steht. Die Forderung von 7,5 Prozent schließt die Möglichkeit einer Null-Runde aus. Wer mit solcher Möglichkeit überhaupt gerechnet hatte, muß enttäuscht sein.

Wer aber die Gewerkschaft als eine demokratische Massenorganisation versteht, deren Mitglieder eben keine Volkswirte sind, muß konzedieren, daß bei der Stimmungslage in den Betrieben die 7,5 Prozent des Vorstandes eher die untere Grenze dessen sind, was eine Gewerkschaft bei einer zur Zeit der Lohnrunde aktuellen Inflationsrate von fast sieben Prozent auch hätte beschließen können. Es gab und gibt in der Basis der IG Metall eine starke Bewegung, die mit einer zweistelligen Forderung antreten wollte, um den tatsächlichen Inflationsausgleich zu erreichen.

Wobei die Basis unter Geldentwertung immer die aktuelle Inflationszahl und nicht eine um den Inflationsimport und den Jahresüberhang bereinigte Jahresdurchschnittsgröße versteht.

Diese Minimalisten einer tarifpolitischen Reallohnsicherung müssen enttäuscht sein. Denn die 7,5 Prozent des Vorstandes sind ein Signal: Die Frankfurter Zentrale konzediert, nachdem sie für die Lohnrunde 1981 immerhin 8 Prozent empfohlen hatte, daß das wirtschaftliche Umfeld sich weiter verschlechtert hat, daß folglich der Abschluß auch unter dem des Jahres 1981 bleiben muß, der von den Arbeitgebern mit 4,9 % und der IG Metall mit 5,2 % bewertet wird. Das heißt im Klartext, daß in der Tarifrunde 1982 der Kampf um die Vier vor dem Komma gehen wird, nachdem 1981 die Fünf umstritten war.

Natürlich wäre volkswirtschaftlich auch ein Abschluß von 4,x Prozent schon eine Niederlage. Für die IG Metall dagegen bedeutete ein solcher Abschluß bei einer Inflationsrate von vielleicht 6,5 Prozent eine schwere interne Kraftprobe, nachdem auch 1981 das Ziel der Kaufkraftsicherung der Löhne nicht erreicht wurde. Denn nach der alten, über Jahrzehnte gültigen Lohnformel der IG Metall hätte neben dem Inflationsausgleich auch noch der Produktivitätszuwachs und ein Umverteilungsbonus verlangt werden können. Wer auszieht, das Gruseln zu lernen, möge sich die entsprechende Zahl selbst ausrechnen.

Wenn die „Neue Solidarität" der Arbeitgeber ausreicht, die von ihnen wahrscheinlich gewünschte Drei vor dem Komma durchzusetzen, dann sollten sie sich warmlaufen. Wenn es Zweifel an dieser Solidarität gibt, wenn am Ende eines die Wirtschaft und das soziale Klima belastenden, im Stil der „Neuen Beweglichkeit" der IG Metall geführten Arbeitskampfes doch die Vier vereinbart würde, dann sollten beide Tarifparteien schleunigst eine Einigung versuchen.

Signal für Lohnverzicht!

Unternehmerpresse lobt IGM-Führung

Die 7,5 Prozent seien *„die unterste Grenze dessen"*, was der IGM-Vorstand sich als Forderungsempfehlung gegenüber der Basis habe überhaupt erlauben können, wenn man an die *„Stimmungslage in den Betrieben"* denke; schließlich existierte doch *„in der Basis der IG Metall eine starke Bewegung, die mit einer zweistelligen Forderung antreten wollte, um den tatsächlichen Inflationsausgleich zu erreichen"*.

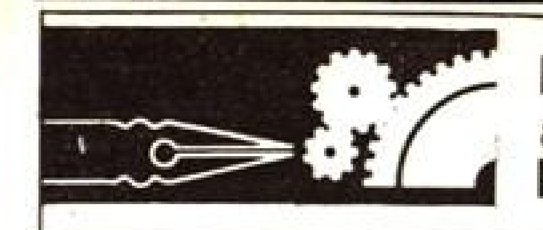
Die Aussage eines Redakteurs der „RGO-Nachrichten"? Sagt diese jemand, dem man „chronische Unzufriedenhait" mit den Forderungen der Gewerkschaftsführung unterstellen könnte? Weit gefehlt! Der die zitierten Aussagen zu Papier brachte, ist über jeden derartigen Verdacht erhaben: es ist Hans Mundorf, stellvertretender Chefredakteur beim „Handelsblatt", dem wohl einflußreichsten kapitalistischen Wirtschaftsblatt hierzulande.

In einem Kommentar weist Mundorf seine Leserschaft (will sagen: die Unternehmer) darauf hin, daß sie sich glücklich schätzen dürfen, mit einer solch niedrigen Forderungsempfehlung aus der Frankfurter IGM-Zentrale davongekommen zu sein; mit diesen 7,5 Prozent habe der IGM-Vorstand *„ein Signal"* gesetzt und zwar in die (vom Unternehmerstandpunkt aus gesehen) richtige Richtung: In die nämlich, daß nicht Reallohnsicherung das Ziel der Metaller der Lohnrunde '82 sein könne; stattdessen werde ein Abschluß angepeilt, der sogar noch unter dem 4,9-Prozent-Abschluß der Lohnrunde '81 liegt.

Mundorf ist nicht der einzige Sprecher des Unternehmerlagers, der in einen öffentlichen Lobgesang auf die IGM-Führung ausbrach. So erklärte der Vorsitzende der baden-württembergischen Metallunternehmer, Hans-Peter Stihl, im „Deutschlandfunk", die 7,5-Prozent-Forderung nehme sich *„einigermaßen vernünftig"* und *„vergleichsweise realistisch"* aus. Stihl hob dabei besonders hervor (wie übrigens auch Mundorf in seinem „Handelsblatt"-Kommentar), daß die IGM in der letzten Lohnrunde bei einer mit 5,3 Prozent im Verhältnis zu heute noch erheblich niedrigeren Inflationsrate eine höhere Forderung, nämlich 8 Prozent aufgestellt hatte.

Auch im Wirtschaftsteil der Wochenzeitung „Die Zeit" wird Loderers Forderung als *„moderat"* gelobt. „Die Zeit" berichtet, daß Gesamtmetall gegen die Höhe der Forderung zwar protestiert habe, aber: *„Hinter vorgehaltener Hand allerdings erkennt auch im Unternehmerlager so mancher an, daß das Volumen von 7,5 Prozent einen ‚Ansatz zur Vernunft' beweise. Offensichtlich, so heißt es dort, habe in der Gewerkschaft ein Lernprozeß begonnen."*

Den Kommentar Mundorfs im „Handelsblatt" haben wir hier vollständig wiedergegeben, denn er spricht Bände darüber, was man davon zu halten hat, wenn ein Loderer oder Janßen das Wort „Reallohnsicherung" in den Mund nimmt: diese Bonzen wollen ganz bewußt und gezielt die Gewerkschaftsmitglieder betrügen!



Zum Artikel „Soll ein sozialistischer Staat Atomwaffen besitzen?" im „Roten Morgen" Nr. 32/81

Liebe Redakteure,

in unserer Zelle diskutierten wir Euren Artikel im RM Nr. 32 „Soll ein sozialistischer Staat heute Atomwaffen besitzen". Dabei gab es bei uns unterschiedliche Meinungen zu diesem Problem. Einig waren wir uns aber darin, daß der Artikel schlecht ist, und zwar aus folgenden Gründen:

Das besprochene Problem ist so schwierig, daß man es nicht so pauschal behandeln kann. Man kann nicht einfach eine konkrete historische Situation nehmen und diese dann verallgemeinern. So bleiben in dem Artikel mehr Fragen offen als beantwortet werden.

Der Konflikt zwischen dem moralischen Anspruch eines sozialistischen Landes und den realen machtpolitischen Bedingungen würde die Entscheidung einer sozialistischen Regierung auch heute nicht leichtfallen. Dies sollte auf jeden Fall deutlicher zum Ausdruck kommen. Ferner müßte man klar sagen, daß im Fall einer sozialistischen BRD keine Atomwaffen gebaut werden. (Auch sozialistische Raketen sind Magneten.)

Als letztes erscheint uns dieser Artikel in bezug auf den Einfluß der Partei auf die Friedensbewegung sehr ungeschickt. „Die Kommunisten sind ja gar nicht wirklich gegen Atomwaffen." Wir möchten Euch deshalb bitten noch einmal einen Artikel zu diesem Thema zu schreiben. Im folgenden die bei unserer Diskussion entstandenen offenen Fragen, vielleicht könnt Ihr sie in Euren Artikel einbauen.

— Die Abschreckung mit der Atombombe ist nur wirksam, wenn die imperialistischen Mächte auch damit rechnen, daß ein sozialistischer Staat sie auch einsetzt. Dies hat aber den gleichzeitigen Effekt, daß sich die Bevölkerung dieser Länder auch von den sozialistischen Ländern bedroht sieht.

— Die Atombombe ist ein Instrument zur Vernichtung der Bevölkerung, sie hat gegenüber konventionellen Waffen eine andere Qualität.

— In dem Artikel wurde gesagt, daß die Sowjetunion mit der Entwicklung der Atombombe das Monopol der USA brach. Dies hätte dann doch aber für die Zukunft bedeutet, daß ein sozialistisches Land die gesamte Palette der Mordwaffen der Imperialisten übernehmen muß (bis hin zur Neutronenbombe) um deren Monopol zu brechen.

— Die Bewaffnung eines sozialistischen Landes kann nicht gleich sein wie die eines imperialistischen Landes. So hat zum Beispiel die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg keine Städte bombardiert.

— Das Argument, die eine Seite braucht jeweils den Waffenstandard der anderen Seite, heißt doch, daß die Politik des Gleichgewichts des Schreckens friedenssichernd ist. Dies wird von uns und Kommunisten aber doch als Schwindel entlarvt. larvt.

Mit solidarischen Grüßen
Zelle West, Stuttgart

***

Liebe Genossen,

mir erscheint die im Leserbrief gestellte Frage in diesem Artikel nicht ausreichend beantwortet. Der Leserbrief weist auf den „besonderen Charakter dieser Waffen als Massenvernichtungsmittel" hin. Die Frage könnte auch formuliert sein: Ist der Einsatz (bzw. die Drohung mit dem Einsatz dieser Waffe überhaupt mit unseren politischen Zielen vereinbar?

Die Antwort anhand der Rüstungsgeschichte nach dem zweiten Weltkrieg zeigt auf, daß die Atombombe in der Hand der imperialistischen USA und die Bombe in der Hand der sozialistischen SU zwei verschiedene Dinge waren. Das leuchtet ein. Aber wirklich überzeugend ist das alles auch nicht...

Gibt es atomare Verteidigung? Schützt denn die Atombombe gegen Atombomben? Ich finde das so nicht richtig. Es sind zweierlei Fragen: 1. Wie sich der sozialistische Staat oder auch kleinere Staaten gegen einen Atomangriff schützen.
2. Wie sie dem Griff nach der Weltmacht Paroli bieten?

Die laxe Behandlung der Frage des Leserbriefes nach dem Schema: Es kommt immer darauf an, wer das Ding in der Hand hat — ist nicht geeignet, unsere Reihen gerade angesichts der breiten pazifistischen Strömungen zu vergrößern.

R., Bochum

***

Liebe Genossen!

Wir meinen, daß in diesem Artikel sehr verkürzt argumentiert wird. Es wird im RM immer vertreten, daß ein sozialistischer Staat nur Verteidigungswaffen hat und, daß der Besitz von Angriffswaffen ein Zeichen dafür ist, daß ein Staat nicht (mehr) sozialistisch ist (SU zum Beispiel). Das heißt also, der Besitz oder Nicht-Besitz von Angriffswaffen hat etwas mit dem Charakter eines Staates zu tun.

In dem o.g. Artikel wird allerdings gesagt, daß der Charakter eines Staates aus einer Angriffswaffe eine Verteidigungswaffe machen kann, weil ein sozialistischer Staat eben grundsätzlich eine friedliche Außenpolitik verfolgt. Wir bezweifeln das nicht, sehen aber einen nicht erklärten Widerspruch zwischen diesem Artikel und vorigen Äußerungen. Wir bitten Euch, dazu noch einmal ausführlicher Stellung zu nehmen.

Wir sind außerdem nicht davon überzeugt, daß der Besitz der Atombombe die Imperialisten vom Angriff auf dieses oder jenes sozialistische Land abbringt, sondern politische Gründe (z.B. Vietnam).

Genossen aus Schöneberg/Westberlin

Leserbriefe

An die Redaktion Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Sozialismus und Atomwaffen — unvereinbar?

Im „Roten Morgen" 32/81 haben wir einen Artikel unter dem Titel „Soll ein sozialistischer Staat Atomwaffen besitzen?" gebracht. Darin wurde eine entsprechende Leserfrage beantwortet, wobei wir im wesentlichen darlegten, warum es richtig war, daß die damals sozialistische Sowjetunion als Reaktion auf die amerikanischen Atomkriegsdrohungen ebenfalls Atomwaffen produzierte. Dieser Artikel hat jedoch — wie wir aufgrund von kritischen Stellungnahmen unserer Leser dazu feststellen mußten — eine Reihe von Fragen offen gelassen.

Das betrifft zum Beispiel den besonderen Charakter der Atomwaffen. Wir Kommunisten werden uns niemals die zynische Denkweise eines Adenauer zu eigen machen, der die Atombombe als einfache Weiterentwicklung der Artillerie bezeichnete oder die eines Weinberger, der jüngst auf die Proteste gegen die Neutronenbombe antwortete: Wozu die ganze Aufregung, jede Waffe tötet doch Menschen.

Tatsächlich handelte es sich bei der Produktion der Atombombe um einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Waffentechnik, vergleichbar etwa mit der Einführung von Feuerwaffen im späten Mittelalter. Diese Bombe ist darauf berechnet, in einem noch nie dagewesenen Ausmaß menschliches Leben zu vernichten und menschlichen Lebensraum zu zerstören. Insofern ist sie ein typisches Produkt, eine Ausgeburt des Imperialismus, der bei der Verfolgung seiner räuberischen Pläne den atomaren Massenmord skrupellos einkalkuliert. Es ist ja bezeichnend, daß die beiden ersten Atombomben nicht etwa als Kriegswaffen im engeren Sinne eingesetzt wurden, sondern die Zivilbevölkerung zweier Großstädte in einem militärisch schon besiegten Land vernichteten.

Angenommen nun, ein Terrorangriff wie er gegen Hiroshima geflogen wurde, träfe das Territorium eines sozialistischen Landes. Sollte dann sozusagen mit gleicher Münze zurückgezahlt werden? Sollten nun im Gegenzug Städte auf dem Territorium des imperialistischen Aggressors in Schutt und Asche gelegt werden? Die Antwort darauf ist ein klares Nein. Denn ein sozialistischer Staat unterscheidet sich nicht nur darin von einem imperialistischen Staat, daß er grundsätzlich eine friedliche Außenpolitik betreibt und nur dann Krieg führt, wenn ihm dieser Krieg durch eine militärische Aggression aufgezwungen wird. Auch in der Kriegsführung gibt es grundlegende klassenmäßige Unterschiede. Und um die zu verdeutlichen, kann man durchaus auf historische Erfahrungen zurückgreifen. Nehmen wir etwa den Krieg gegen Hitler-Deutschland. Während die Anglo-Amerikaner mit ihren Bombergeschwadern systematisch die deutsche Zivilbevölkerung angriffen und die Städte mitsamt ihrer Bevölkerung im Feuersturm untergehen ließen, war die Strategie der Stalinschen Roten Armee darauf ausgerichtet, **ausschließlich** die militärischen Verbände anzugreifen und die Kriegsmaschine des Hitler-Faschismus zu vernichten.

Auch in der Kriegführung selbst kommt also der unterschiedliche Charakter der beiden Gesellschaftssysteme zum Ausdruck. Und das kann ja gar nicht anders sein. Denn die Arbeiterklasse an der Macht verteidigt in einem ihr aufgezwungenen Krieg nicht nur ihre sozialistische Heimat. Sie verteidigt zugleich auch die Lebensinteressen der Klassenbrüder in den Angreiferstaaten. Und dazu gehört natürlich in allererster Linie, daß der sozialistische Staat alles unternimmt, um in einem Krieg das Leben der werktätigen Bevölkerung auch in den Ländern zu schützen, aus denen die Aggression vorgetragen wird.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich eindeutig, daß der Einsatz bestimmter Kategorien von Waffen — und dazu gehören heute vor allem die atomaren Massenvernichtungswaffen — prinzipiell unvereinbar mit einer wahrhaft kommunistischen Politik ist. Wenn also gegenwärtig Breschnew und seine Kumpane immer wieder die nukleare Zerstörung der Bundesrepublik für den Fall eines NATO-Angriffs vom Boden der BRD aus androhen, dann zeigt sich auch darin, daß die heutige Sowjetunion mit dem Sozialismus nicht mehr das geringste gemein hat, sondern vielmehr eine imperialistische Politik verfolgt.

Bedeutet nun aber der Verzicht auf den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, daß ein sozialistischer Staat generell jegliche atomare Bewaffnung ablehnen muß? Diese Frage kann keineswegs ohne Umschweife mit Ja beantwortet werden. Natürlich fällt es schwer, hier eine konkrete auf ein künftiges sozialistisches Deutschland bezogene Antwort zu finden, weil nicht vorhersehbar ist, wie sich die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes im einzelnen entwickeln werden. Es ist jedoch in diesem Zusammenhang möglich — und auch notwendig — einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen.

Solange das imperialistische System nicht weltweit vernichtet ist, wird die Gefahr imperialistischer Kriege weiterbestehen, wird es vor allem auch die reale Gefahr militärischer Aggressionen gegen diejenigen Länder geben, in denen sich die Arbeiterklasse die Macht erkämpft hat. Damit würde sich aber auch die Situation wiederholen, vor die sich die sozialistische Sowjetunion in den Jahren nach dem Sieg über Hitler-Deutschland gestellt sah: eine atomare Bedrohung von seiten des imperialistischen Lagers.

Wie soll einer solchen Bedrohung begegnet werden? Wir haben oben festgestellt, daß ein sozialistischer Staat Verantwortung für die Werktätigen auf der ganzen Welt trägt und sich deshalb niemals auf eine Kriegsführung der Massenvernichtung einlassen wird. Er trägt aber selbstverständlich auch noch eine andere Verantwortung, nämlich gegenüber dem Prozeß der Weltrevolution. Von daher ist es ein Ding der Unmöglichkeit, daß er unter einer atomaren Erpressung durch die Imperialisten kapitulieren und von der Bühne abtreten würde. Das hieße ja, den Imperialisten die Möglichkeit einzuräumen, durch die Drohung mit dem Atomknüppel die revolutionäre Entwicklung in jedem beliebigen Land wieder rückgängig zu machen. Eine kommunistische Partei, die sich auf diese Möglichkeit einließe, könnte also gar nicht mehr ernsthaft die Frage der Revolution stellen.

Welche Alternative zur Kapitulation ist denkbar? Sicher nicht ein passives Abwarten, ob denn die Imperialisten mit ihren Atomdrohungen auch wirklich ernst machen. Wozu der Imperialismus fähig ist, hat er in Hiroshima und Nagasaki gezeigt. Wie sollte er da vor neuen noch größeren Verbrechen zurückschrecken, wenn es um die Vernichtung eines sozialistischen Staates geht? Auch ein solches Abwarten wäre also in höchstem Maße verantwortungslos gegenüber dem eigenen Volk und käme letztlich ebenfalls einer Kapitulation gleich.

So bleibt denn nur eine wirkliche Alternative: Der sozialistische Staat muß energisch alle Maßnahmen ergreifen, um sein Territorium gegen imperialistische Aggressionen, einschließlich atomarer Angriffe, zu schützen. Dazu zählen zunächst einmal selbstverständlich die Zivilschutzmaßnahmen im engeren Sinne. Dadurch allein wird jedoch beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung eine atomare Bedrohung nicht wirksam abzuwenden sein. Es ergibt sich vielmehr auch die Notwendigkeit, die militärische Verteidigung so zu organisieren, daß sie in der Lage ist, das Angriffspotential eines imperialistischen Aggressors auszuschalten.

Was heißt das konkret? Es müßten Waffen entwickelt und aufgestellt werden, mit denen Trägersystem für Atomwaffen erfolgreich abgewehrt, aber auch solche Waffen, mit denen Abschußbasen zerstört werden können. Nur so kann mit Aussicht auf Erfolg einem imperialistischen Atomschlag begegnet werden. Das hieße aber also, daß es sich bei diesen Verteidigungswaffen nach der heutigen Entwicklung der Militärtechnik auch um Raketen mit atomaren Sprengköpfen handeln müßte.

Aber steht das nicht im Gegensatz zu dem, was oben über die prinzipielle Nichtanwendung von Massenvernichtungswaffen gesagt wurde? Durchaus nicht. Denn hierbei handelt es sich um Waffen, die ausschließlich gegen militärische Objekte eingesetzt werden. Also nicht um Bomben vom Hiroshima-Typ, die großflächige Verwüstungen anrichten, sondern um Waffen mit hoher Zielgenauigkeit, die tatsächlich nur das anvisierte Objekt vernichten. Wobei es aber natürlich eine Illusion wäre zu glauben, daß Opfer unter der Zivilbevölkerung in einem durch imperialistische Aggression aufgezwungenen Krieg vollständig vermieden werden könnten.

Der Einsatz von Waffen und gar von Atomwaffen angesichts einer tödlichen Bedrohung durch den Imperialismus ist jedoch — das muß in aller Deutlichkeit gesagt werden — nur die letzte Option für einen sozialistischen Staat. Seine Außenpolitik ist als konsequente Friedenspolitik ja darauf ausgerichtet, von vornherein zu verhindern, daß ein solcher Fall einmal Wirklichkeit werden könnte. Diese Friedenspolitik ist Ausdruck des gesellschaftlichen Systems.

Denn wir müssen uns ja vor Augen halten, daß Aggressionskriege nicht Unfälle der Geschichte sind, sondern der Verwirklichung von Klasseninteressen dienen. So wird die heute drohende Kriegsgefahr im wesentlichen heraufbeschworen durch die Rivalität der imperialistischen Bourgeoisien in den USA und in der SU bei der Eroberung von Rohstoffen, Märkten, Einflußgebieten usw. Das Proletariat an der Macht dagegen hat keinerlei Profitinteressen, die es zur Eroberung fremder Regionen und zur Unterjochung fremder Völker treiben würden.

Deshalb ist die sozialistische Militärpolitik strikt auf Verteidigung ausgerichtet. Deshalb ist auch der Kampf für friedenssichernde Maßnahmen auf internationaler Ebene ein wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik eines sozialistischen Staates. Wobei sich hier natürlich eine Identität mit den Interessen der Werktätigen, mit den Zielen der Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern ergibt.

Sollte sich in einem Land Europas die Arbeiterklasse die Macht erobern, so wäre das eine nachhaltige Schwächung des Imperialismus und zugleich ein nicht zu unterschätzende Stärkung der revolutionären Kräfte in den anderen Ländern. So wie der Sieg der Bolschewiki 1917 den Kampf gegen den imperialistischen Weltkrieg damals auf eine neue Stufe gehoben hat, würde die Errichtung eines sozialistischen Staates auch in der Zukunft der Friedensbewegung völlig neue Perspektive eröffnen. Es wären dann Bedingungen geschaffen, unter denen der gemeinsame Kampf des sozialistischen Staates und der internationalen Friedensbewegung für die Abschaffung der Atomwaffen durchaus Erfolge erzielen könnte.



Neue reaktionäre Ausländererlasse

Wann kommt der Judenstern?

Der Ausländererlaß den der Westberliner Innensenator und Spekulantenfreund Lummer der Öffentlichkeit über Nacht am 20. November präsentiert hatte, schlägt Wellen. Nicht nur, daß verschiedene Länderregierungen, wie die des Herrn Stoltenberg in Schleswig Holstein sich sofort zum Handeln in derselben Richtung veranlaßt sahen. Auch alle anderen Gremien und Einrichtungen, die sich mit diesen Problemen beschäftigten, gingen zu einer konzertierten Aktion gegen die Ausländer über. Dies reichte von den Empfehlungen der Bundesregierung am 1. Dezember bis zu den Empfehlungen des NRW-Städtetages kurz danach. Die erste Dezember-Woche des Jahres 1981 wird als ein Datum in der Entwicklung der Bundesrepublik bestehen bleiben, an dem sie seit langem gesteigerte Kampagne des Ausländer- und Minderheitenhasses einen ersten großen Höhepunkt erlebte, als die offiziellen staatlichen Stellen von der Vorbereitung und von Teilnahmemaßnahmen zum koordinierten Handeln übergingen.

Die große Demonstration in Westberlin hat zwar dazu geführt, daß die besonders brutalen und menschenfeindlichen Bestimmungen des Herrn Lummer zunächst einmal zurückgenommen werden mußten. Aber dafür hat sich jetzt die Bundesregierung — endlich, wie die Reaktionäre sagen — an die Spitze der weiteren Entwicklung gestellt, mit dem Eingriff in die bisher bestehenden familiären Regelungen.

Man muß sich in aller Klarheit vor Augen halten, daß das, was die Bundesregierung da empfiehlt, was der „christliche" Johannes Rau da in Nordrhein-Westfalen unternimmt, daß dies offene Verstöße gegen ganz grundlegende Rechte der Menschen sind. Eingriffe die bedeuten, daß Familien zerissen werden, die bedeuten, daß heiraten faktisch unmöglich wird und andere Auswirkungen von solcher Qualität, die die übliche Menschenrechtsduselei der bürgerlichen Politiker als Heuchelei entlarven.

Dabei stehen an der Spitze innerhalb der SPD jene Vertreter der Großstädte an der Ruhr, die schon seit langem eine der reaktionärsten Parteigliederungen darstellen: Die Riege der Oberbürgermeister, der Stadtdirektoren usw. Kurzum: Die sozialdemokratischen Verwaltungsmannschaften, die in diesen Städten seit Jahrzehnten die politischen Geschäfte führen und deswegen auf ihrer Ebene vollkommen mit dem Kapital verwachsen sind.

Sie begründen die angebliche Notwendigkeit dieser Maßnahmen scheinbar ohne ideologischen Hintergrund, aus purer finanzieller Notwendigkeit. Es ist jene Rundschlagtaktik, die die Bundesregierung in ihrem Kampf zum sozialen Abbau ebenfalls verwendet, jener menschenfeindliche Bürokratismus der hinter Zahlen und Berechnungen Menschen in Not und Elend stürzt.

Die CDU/CSU dagegen schlägt in ihren grundsätzlichen Stellungnahmen zu diesem Problemkreis offen rassistische Töne an. So, wen sie die alte faschistische Überfremdungsthese wieder aufwärmt und die Tatsache konstruiert, Deutschland befinde sich auf dem Weg zum Vielvölkerstaat. Und da sind eben die Völkischen von vornherein dagegen. Abgesehen einmal davon, daß dies nicht stimmt, bei viereinhalb Millionen ausländischer Bürger. Mit allen rechtlichen Mitteln müsse der weitere Zuzug von Ausländern gestoppt werden, dies ist die Position der CDU wie sie von der Fraktionsgruppe für Innenpolitik im Bundestag unter Federführung von Dregger und Spranger ausgearbeitet wurde. Wobei daran erinnert werden muß, daß dies gleichbedeutend mit absoluter Willkür ist, da die ausländischen Mitbürger ohnehin keinerlei Rechte in diesem Staat haben und die angesprochenen rechtlichen Mittel also ohne Ende sind.



Die zunehmenden Demonstrationen der letzten Zeit sind ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen die reaktionäre Ausländergesetzgebung.

Die Taktik, die jetzt gegen die ausländischen Werktätigen in der Bundesrepublik angewandt wird ist ja schon bekannt von dem vorgelagerten Problem der Asylbewerber. Auch dort wurde mit falschen Argumenten gearbeitet — beispielsweise wurden die Tatsachen so zusammengelogen, als sei die Bundesrepublik ein Land, das überdurchschnittlich viele Asylanten aufnehme, was eine Lüge ist. Auch dort wurde durch eine umfassende Kampagne in den Medien, mit unterschiedlichen Ausführungen, das Problem als ein angeblich Zentrales dargestellt, hochgeputscht und wurden Emotionen geschürt. So kam man dahin, daß es heute auf westdeutschem Boden wieder echte Lager gibt, in denen rechtlose Menschen hausen.

Und so soll es jetzt auch bei den ausländischen Kollegen laufen, die hier arbeiten. Das hohe Lied der Familie? — Aber doch nicht für die Ausländer! Es ist nicht viel Protest aus der Kirche gegen den sauberen Herrn von Weizsäcker bekannt geworden, der diese Politik der Zerstörung von Familien betreibt und Kirchentagspräsident war. Einbürgerungsrechte für Ausländer? — Vergiß es! Wir sind schließlich ein Volk... Wahlrecht für Ausländer? (Das es ja immerhin auf verschiedenen Ebenen in einigen westeuropäischen Staaten gibt) — Das geht zu weit! Stattdessen empfehlen Dregger und Co. das politische Betätigungsverbot zu verschärfen und mit Ausweisung zu arbeiten.

„Arbeitsknechte ohne Rechte" das war eine der Parolen auf der Demonstration in Westberlin gegen Lummers Ausländererlasse. Und genau darum handelt es sich. Von Rechte beschneiden kann kaum die Rede sein, denn es gibt ja kaum welche. Die Rechtlosigkeit vertiefen, die Menschen an den Gedanken gewöhnen, daß ihnen über Nacht alles mögliche passieren kann, das ist das Bonner Gebot der Stunde.

„Heute wir — morgen ihr" auch das war eine Parole in Westberlin. Und auch daran ist viel Richtiges. Das Ausspielen von Widersprüchen, die Unterdrückung von Minderheiten in extremer Weise, das Fällen von grundsätzlichen Entscheidungen zunächst nur gegen solche Minderheiten, aber jederzeit ausweitbar, auch das ist eine alte Taktik der Reichen, wenn sie in der Krise ihren Besitzstand wahren wollen.

Die Theorie vom minderwertigen Leben ist in all diesen Maßnahmen bereits beinhaltet. Es sind ja keine Deutschen, nur Ausländer...

Die KPD hat zu dieser rassistischen Hetzpolitik von jeher eine klare Haltung eingenommen. So steht im Statut der Partei, daß jeder Mitglied der KPD sein kann, der seinen Wohnsitz in Deutschland hat. Und so haben wir auch — zuwenige — ausländische Genossen in den Reihen der KPD. Die Partei ist nicht nur aus moralischer Pflicht stets gegen den Rassismus aufgetreten, sondern in der Erkenntniss dessen, daß eine gespaltene Arbeiterklasse nicht siegen kann — und die ausländischen Arbeiter sind Teil dieser Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Und die KPD hat im antifaschistischen Kampf von jeher ein Gewicht darauf gelegt, gegen den Rassismus anzutreten. Nicht nur, weil gerade die deutschen Rassisten soviel Unheil in der Welt verbreitet haben, sondern auch, weil es darum geht, ein Einfalltor des Faschismus zu verstopfen. Gerade hier werden jetzt noch mehr Anstrengungen nötig sein.

Mitgefangen — Mitgehangen oder

Unsichtbare Zeugen

Der erste der Prozesse um den Fall Schleyer ist beendet. Stefan Wisniewski war der Angeklagte und sein — erwartetes — Strafmaß: Lebenslänglich. Die Umstände allerdings, wie dieses Urteil zustandekam, überraschten selbst einen Teil der bürgerlichen Medien, sodaß es einiger Stunden benötigte, bis die Berichterstattung wieder gleichlautend war.

Man hatte keinerlei Beweise für die Beteiligung des Angeklagten an der Entführung und Erschießung Schleyers. Verurteilt wurde er aus zwei Gründen, die beide einer Rechtssprechung, die sich demokratisch nennt — nennt wohlgemerkt — nicht würdig sind.

Da ist zum ersten der in den RAF-Prozessen legalisierte Kronzeuge. Dieser Import aus der amerikanischen Justiz, der dort seit Jahrzehnten von der demokratischen Öffentlichkeit bekämpft wird, da solche Zeugen schon sehr oft ein Meilenstein großer Justizskandale waren, der bestand diesmal angeblich aus zwei Personen. Schriftliche Aussagen — wie sie von westdeutschen Geheimagenten inzwischen die Regel sind — genügten, um den Angeklagten als führendes RAF-Mitglied zu „überführen". Wer oder was diese Kronzeugen sind, ob sie nach oder vor ihren Aussagen Geld bekamen, alles dies hat laut Gericht niemanden zu interessieren.

Und da ist zum Zweiten die „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", die offensichtlich das Prinzip der persönlichen Schuld überlagert. Natürlich nur im Falle der RAF. Man kann ja wohl nicht jedes Mitglied einer nazistischen Terrorbande verhaften und gar verurteilen, nur weil eines ihrer Mitglieder ein paar Bomben unter die Leute gebracht hat. Und außerdem weiß man ja, seit Herrn Boges BKA-Programm, daß Nazi-Bomben eigentlich nicht sehr gefährlich sind. Bei der RAF, ja da allerdings sieht das anders aus. Wer da Mitglied ist, ist auch ein Mörder — so der neue Justizgrundsatz. In diesem Urteil gegen Wisniewski zum ersten Mal angewandt.

Natürlich ist der Weg der Stadtguerilla kein Weg zur Revolution und sein einziger Nutznießer ist die Reaktion. Natürlich sind solche Gruppierungen von Provokateuren durchsetzt. Aber darum geht es gar nicht. Sondern es geht einmal mehr darum, daß aus dem Justizapparat eine immer brutalere Waffe der Reaktion gemacht wird, daß immer mehr angebliche Grundsätze einer irgendwie gearteten Rechtsstaatlichkeit aufgegeben werden, daß unsichtbare Zeugen, Kollektivschuld und — im wörtlichen Sinne — Vorurteile die Regel werden. Und daß sich diese Regel, wie auch die an RAF-Mitgliedern erprobte Isolationshaft — die ja selbst nach Befinden internationaler humanitärer Organisationen ein Instrument der Folter ist — gegen jegliche Opposition anwenden läßt, wenn sie erst einmal alltäglich geworden ist. Das gilt es zu verhindern und deshalb dürfen solche Urteile nicht hingenommen werden!



Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

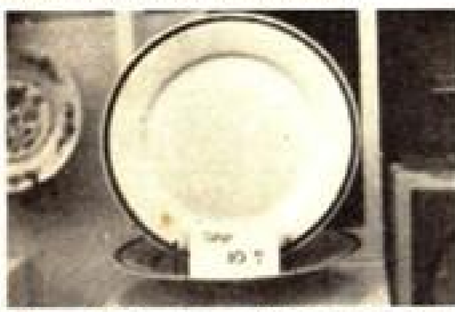
„Die da oben, wir hier unten..."

Alltagsgeschichten aus der DDR

aufgeschrieben von einem Volkskorrespondenten auf einer Reise im Herbst 1981

Preissprünge

Die in der Preislage billigsten Handtücher sind seit einem Jahr nur noch auf einer Seite als Frottee gewebt, die andere Seite ist glatt. Nun könnte man glauben, diese Sparmaßnahme hätte die Handtücher billiger gemacht. Das ist aber nicht der Fall. Sie kosten im Gegenteil noch etwas mehr als früher. Drei Stück davon bekommt man für etwa 16 Mark.



Ein einfacher Steingutteller kostet 10 Mark

Porzellan und Glas sind seit anderthalb Jahren extrem teuer geworden. Eine Tasse mit Untertasse, die damals 1,50 Mark kostete, ist heute nur für 6 bis 8 Mark zu erhalten. Wohlgemerkt: die gleiche Tasse. Kindergedecke stiegen im Preis gleich um das Zehnfache. Was vormals noch 3 bis 4 Mark kostete, kostet heute 13 bis 14 Mark. Noch schlimmer ist es bei Fleischplatten. Konnte man vor einem Jahr noch Fleischplatten für 4 bis 5 Mark bekommen, so muß man sich heute schon 15 bis 25 Mark aus den Rippen schneiden. In ähnlicher Weise haben sie die Preise für Glas verändert. Eine einfache Biertulpe ohne Muster kostet heute, statt 90 Pfennig, mindestens 4 Mark.

Ist das Kind krank...

Ist das Kind krank, kann die Mutter nicht zur Arbeit. Das kommt öfter vor bei kleineren Kindern. Aber in der DDR wird die Mutter für ihr krankes Kind obendrein bestraft. Denn solange sie wegen des Kindes auf der Arbeit fehlt, erhält sie keinen Pfennig Lohn. Muß die Mutter häufiger fehlen, weil sie z.B. mehrere Kinder hat, so kann ein empfindlicher Lohnausfall entstehen. Dieser Zustand, der an frühkapitalistische Verhältnisse erinnert, ist an sich schon schlimm genug. Aber die bodenlose Bürokratie in vielen Betrieben in der DDR macht alles noch viel schlimmer. Ist das Kind um die Mitte des Monats herum krank geworden, selbst wenn es sich nur um zwei oder drei Tage handelt, so passiert es oft, daß bei der Abrechnung, die Mitte des Monats gemacht wird, so getan wird, als bliebe das Kind auch für den Rest des Monats krank. Die Mutter bekommt am Ende dieses Monats nur den Lohn bis zum Beginn der Krankheit des Kindes ausgezahlt. Der Restlohn wird auf den Folgemonat draufgeschlagen. Und am Ende bekommt die Mutter nicht mal, was ihr nach dieser ungerechten Regelung zusteht, denn nun rückt sie meist in eine höhere Lohnsteuerklasse und wird durch höhere Abzüge nochmal bestraft.

Sie leben wie die Fürsten

Willi Sitte, verdienter sogenannter sozialistischer Künstler, ist in der Bevölkerung bekannt und berüchtigt für seine negativen Darstellungen der Arbeiterwelt. Dieser Maler genießt Vorrechte wie ein feudaler Fürst.

Vor einiger Zeit geruhte Herr Sitte, in Halle abzusteigen, wanderte durch die Stadt in Richtung Alten Hafen und entdeckte dort an der Saale ein altes Haus. Sein Malerauge erfaßte sofort den einzigartigen Blick von diesem Haus über Saale und Landschaft und es reifte im Künstler der Wunsch: Dieses Haus oder keines.

Der Fehler war nur: In diesem etwas verkommenen Haus lebte eine arme Familie mit vier Kindern. Welch unpassende Geschichte... Aber der DDR-Staat, für den Herr Sitte alles tut, tat nun endlich auch mal etwas für Herrn Sitte. In kurzer Frist flog die Familie raus, natürlich nicht auf die Straße. Die örtliche Wohnungskommission, von Tausenden von Wohnungsanträgen überschwemmt, sorgte postwendend für Ersatz im Neubauviertel, wo die Familie nun unterkam. Und auf Staatskosten wurde aus dem unansehnlichen Haus an der Saale ein neues Atelier für Willi Sitte gezaubert, wo er sich nun ab und zu an der besonderen Aussicht ergötzen kann. Denn Willi Sitte hat noch mehr Ateliers dieser Art in der DDR.

„Tag der Bauarbeiter"

Was hier berichtet werden muß, ist ungünstig für das Ansehen des DDR-Staates in den Augen der Arbeiterklasse und peinlich für die sogenannten Kommunisten in den oberen Rängen. Selten gerät für den normalen Bürger die Klassenspaltung so krass ans Licht. Denn selten kann einer von unten mal mit seinem Hintern auf einer Hochzeit der Oberen tanzen. Auch diesmal lag es nur an einem Fehler der Regie.



Alex, Urania-Uhr. Das Wort „Solidarität" hat für die Herren in Ostberlin einen bösen Beigeschmack bekommen. Im Herbst 81 bekamen alle Grundeinheiten der SED die zentrale Anweisung, besonders in den Betrieben jede Diskussion über Polen abzubiegen.

Aus Versehen kriegte ein Arbeiter in einer größeren mitteldeutschen Stadt zwei Einladungen zum „Tag der Bauarbeiter". Beide Male ging er hin, mit seiner Frau. Das erste Fest fand statt in einem unansehnlichen Lokal. Arbeiter waren da und einige Meister. Auf langen Tischen, papiergedeckt, stand für jeden Teilnehmer ein Teller mit einem Viertel kalten Broiler (Hähnchen) bereit und ein Stück ekliger, grauer Jagdwurst. Dazu gabs zwei Bier gratis, der Rest an Getränken mußte selbst bezahlt werden. Sonntagsreden, wie aus dem „Neuen Deutschland", machten die Stimmung nicht heiterer, und so verließen die meisten das „Fest" schon zu früher Stunde.

14 Tage später machte sich unser Arbeiterpaar erneut auf zum „Tag der Bauarbeiter". Keiner beschreibt ihr Erstaunen. Großes, flottes Lokal, Leute in Abendkleidern. Von Arbeitern keine Spur, nur Funktionäre aus Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen. Natürlich waren unsere beiden völlig falsch angezogen. Aber sie liessen sich die Gelegenheit nicht entgehen. Und richtig: Der erste Anschein hatte nicht getrogen. Das Fest begann mit einem kurzen klassischen Konzert, so richtig was für die feineren Kreise. Dann wurde die Gesellschaft aufgefordert, sich an einem Bankett gütlich zu tun. Und da war alles: Hummerschwänze und Krimsekt, Fleisch aller Art, gebraten, gegrillt und eingelegt und seltsam zierliche Nester, mit komischen kleinen Eiern — Wachteleier, erfuhren die Freunde später.

Dann wurde getanzt, und um Mitternacht gab es erneut ein Bankett, noch herrlicher als das erste, samt feinsten Weinen und Schnäpsen, und alles umsonst.

Eine Arbeiterin erzählt

Unsere Abteilung gilt nicht als fortschrittlich, denn wir haben nur ein SED-Mitglied bei uns. Diese einzige reicht aber auch, finden wir. Sie ist uns täglich ein lebendiges Stück Warnung.

Vor Jahren wurde sie überredet, in die Partei einzutreten und seither schwankt sie noch mehr als zuvor wie ein Rohr im Wind. Sie jault uns die Ohren voll über die vielen Versammlungen, wo sie hin muß. Überzeugt ist sie nicht, aber austreten schafft sie auch nicht, wirklich ein Bild des Jammers.

Leider ist das nicht das einzige, was sie uns so unsympathisch macht. Wöchentlich bezieht sie mehrere Pakete aus dem Westen. Von der reichen Schwester in der BRD. Das kann sie gar nicht verbrauchen. Und nun versucht diese „Genossin" alles möglich aus diesen Paketen an die Kollegen zu verscheuern. Weichspüler, der im Westen zwei Mark kostet, bietet sie an für 40 Mark, Seife und Instantbrühe für das zehnbis zwanzigfache, na, und das andere westliche Gelumpe. Die schämt sich nicht. Nee, die hat den richtigen kapitalistischen Riecher. Die ja. Deshalb ist sie ja auch in der SED.

„Sozialistische" Großmacht

Die USA kann niemals sozialistisch werden! Warum das denn nicht? Ganz einfach! Weil die DDR nicht noch 'ne zweite sozialistische Großmacht ernähren kann.

Mauer abgebaut?

Wann wird die Mauer abgebaut? — Das weiß ich doch nicht. — Na, Mensch, im Jahre 2009! — Wieso? — Na, da wird die DDR 60 Jahre alt, da kann se rüber!

Diese Karikatur eines „verdienten Malers" schickte uns ein Zeichner, der drüben nicht veröffentlichen kann.



Hübsche Datscha von einem Bonzen in Ostberlin



Die Arbeiter leben in tristen Neubausilos



In vornehmen Klubs tafelt die neue Bourgeoisie



HO-Gaststätte am Prenzlauer Berg, Arbeiterviertel in Ostberlin

Solidaritätskampagne wird fortgesetzt

Wachsende Solidarität mit kommunistischen Oppositionellen in der DDR!

In der letzten November- und der ersten Dezemberwoche fanden die zahlreichen Aktivitäten in der ganzen Bundesrepublik ein wachsendes Echo. Bei einer Vielzahl von Informationsständen in Dutzenden westdeutscher Städte wurden mehr denn je Unterschriften gesammelt, mit denen gegen die politische Inhaftierung kommunistischer Oppositioneller in der DDR protestiert wird.

Von einem solchen Stand berichten die Genossen der KPD Ludwigshafen, daß sich dort ständig Menschentrauben bildeten. Neben 37 Unterschriften, die gesammelt wurden, war auch ein großes Interesse an sonstigen Materialien der Partei zu verzeichnen. Das dabei auftretende Straßentheater konnte ein breits Publikum zur interessierten Diskussion anziehen. Bei einer darauffolgenden Parteiveranstaltung wurden vier Anwesende registriert, die noch nie auf einer KPD-Veranstaltung gewesen waren. Von ähnlichen guten Erfahrungen berichten auch Genossen aus anderen Städten, in denen die KPD oder das Solidaritätskomitee zu Aktionen aufgerufen hatten. Immer wieder zeigte es sich dabei, daß die relativ breite Berichterstattung in den Medien dazu geführt hat, daß eine wesentlich größere Anzahl von Menschen bereits weiß, worum es sich handelt. Auch bei Veranstaltungen in anderen Orten waren zahlreiche Menschen anwesend, die sich für die Politik der KPD neu interessierten.

Durch diese wachsende Öffentlichkeit wird es auch immer klarer, daß es sich bei dem allem nicht um einen Propagandatrick der KPD handelt, wie es die revisionistischen Hetzer behaupten, sondern um eine wirkliche Solidarität mit politischen Gefangenen in der DDR. Dadurch werden auch zunehmend breitere Kreise dazu bewegt, sich in die Sammlung von Protestunterschriften einzureihen. Solche Unterschriften wurden beispielsweise auf einem linken kommunalpolitischen Kongreß in Hamburg mit Erfolg gesammelt.

In die Protestbewegung eingereiht haben sich auch der Landesjugendring des Landes Bremen und der Bremer Stadtjugendring. Dies ist deshalb von großer Bedeutung, weil dies die ersten offiziellen Organisationen sind, die sich dieser Bewegung angeschlossen haben. Für das Honecker-Regime sind natürlich gerade solche Schritte besonders schmerzhaft, wenn sich Organisationen, denen die revisionistische Politik großen Stellenwert zumißt, vom Druck der revisionistischen Propaganda freimachen und gegen den politischen Terror in der DDR Stellung nehmen.

In beiden Gremien wurde — gegen die Stimmen der SDAJ und der rechten Jugendorganisationen — mit Mehrheit eine Solidaritätsresolution beschlossen, in der, unabhängig von den politischen Meinungen, gegen die Verletzung der Menschenrechte, gegen die Verhaftung aus Meinungsgründen protestiert wird.

Diese Resolution wird von diesen Organisationen in der Öffentlichkeit und in anderen Jugendringen verbreitet. Bezeichnenderweise wußte die SDAJ kein besseres Argument anzuführen, als zu behaupten, dieses Thema ginge über die Zuständigkeit des Jugendringes hinaus. Daß sie sich dann bei der Abstimmung allein mit den Rechten zusammenfanden, zeigt, daß die Behauptung, eine solche Kampagne der Solidarität würde nur den Rechten in der Bundesrepublik nutzen, ein erlogenes Stück der revisionistischen Propaganda ist. Im Gegenteil: Es ist den Rechten äußerst unrecht, daß es wirkliche Kommunisten gibt, gegen die ihre am abschreckenden DDR-Beispiel aufgebaute Hetze nicht wirkt.

Auch international wird die Solidaritätskampagne fortgesetzt. Im Zentralorgan der KP Mexikos/ML, „Vanguardia Proletaria" erschien ein ganzseitiger Artikel über die Verhaftung der kommunistischen Oppositionellen in der DDR, in dem die mexikanische Bruderpartei zu Solidaritätsaktionen aufruft. Auch verschiedene revolutionäre Gruppierungen aus Italien bekundeten ihre Solidarität. Aus Portugal erreichte ein Schreiben des Regionalkomitees der PC(r) der Azoren die KPD, in dem diese Genossen der Partei ihre Solidarität bekunden und darüber berichten, wie sie auf ihren Inseln Aktionen organisiert haben.

Amnesty International hat, wie uns das Solidaritätskomitee berichtete, in einem Schreiben verschiedene Gruppen ihrer Organisationen in einigen Ländern über die Ereignisse informiert und sie gebeten, eine entsprechende Arbeit zu beginnen.

So wie die DDR-Organe gezwungen waren, die westdeutschen Teilnehmer an der Solidaritätsaktion am Alexanderplatz schnell wieder frei zu lassen, weil die Öffentlichkeit zu groß war, so können sie auch dazu gezwungen werden, ihre Lüge von den nichtvorhandenen politischen Gefangenen — die Begründung für die Ablehnung der Annahme der bisher gesammelten Protestunterschriften — zurückzunehmen. Nötig dafür ist die weitere Fortsetzung der Solidaritätskampagne!

Solidaritätskomitee für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR

PRESSEMITTEILUNG

Staatssicherheitsdienst versucht Fotografen des Solidaritätskomitees zu erpressen!

Im Zusammenhang mit einer Aktion, die das Solidaritätskomitee am 21.11.81 in Berlin/DDR auf dem Alexanderplatz durchführte (vier Mitglieder des Komitees ketteten sich dort an), wurden auch drei weitere Personen verhaftet, die fotografiert hatten. Einer von ihnen war Uwe Kuhl, Arbeiter aus Westberlin, der im Auftrag des Solidaritätskomitees dort fotografieren wollte.

Uwe Kuhl wurde vom Staatssicherheitsdienst dazu erpreßt, eine Erklärung zu unterschreiben, in der er sich zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit verpflichtet! In Verhören, die von Samstag, 21.11., ca. 14.00 Uhr bis Sonntag gegen 4 Uhr morgens dauerten und Sonntag nachmittag fortgesetzt wurden, versuchte der Staatssicherheitsdienst immer wieder, von Uwe Kuhl Informationen über die KPD, Sektion DDR (wegen des Vorwurfs der Unterstützung der KPD waren acht bis zehn kommunistische Oppositionelle in der DDR verhaftet worden), aber auch über die KPD in Westberlin und in der Bundesrepublik zu bekommen. Ihm wurde gedroht, er werde nur dann um eine langjährige Haftstrafe in der DDR herumkommen, wenn er Namen nenne; ein Vernehmer drohte ihm, er werde ihm „ein paar in die Fresse hauen" usw. Als sich herausstellte, daß Uwe Kuhl die verlangten Informationen gar nicht geben konnte, änderte der Staatssicherheitsdienst seine Taktik. Am Sonntag las ein Offizier des Staatssicherheitsdienstes Uwe Kuhl eine Erklärung über die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst vor. In der Erklärung hieß es sinngemäß, daß der Unterzeichnende sich verpflichtet, mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten, ihm Informationen zu liefern und mit einem gewissen „Wolfgang" in Kontakt zu treten. Der Offizier forderte Uwe Kuhl mehrmals auf, er solle diese Erklärung unterzeichnen und drohte ihm, er werde sonst wegen „schweren Rowdytums" für fünf Jahre ins Gefängnis kommen. Angesichts dieser Drohungen sah Uwe Kuhl keine andere Möglichkeit mehr, wieder freizukommen, als die verlangte Unterschrift zu leisten. Er wurde dann am Montag, den 23.11., wie auch die vier Personen, die sich auf dem Alex angekettet hatten, zur sechs Monaten Gefängnis verurteilt und aus der DDR ausgewiesen.

Das Solidaritätskomitee protestiert aufs Schärfste gegen diese ungeheuerlichen Methoden des Staatssicherheitsdienstes. Wir meinen, daß es auch Aufgabe insbesondere der Berliner Presse ist, die Öffentlichkeit über diese kriminellen Methoden, Angehörige der Bundesrepublik für den Staatssicherheitsdienst der DDR zu Spitzeldiensten zu erpressen, zu informieren.

Weitere Informationen erhalten sie über die Berliner Kontaktadresse des Solidaritätskomitees: Ilse Schaake, Gerichtstraße 84, 1000 Berlin 65, Tel.: 4624533 (nach 16.30 Uhr).

Sozialer Friedensdienst — eine Losung von Kriegstreibern?

ZK der SED droht jungen DDR-Christen

Ende November beschäftige sich das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit der Forderung nach einem sozialen Friedensdienst, wie er in der DDR als Alternative zur Wehrpflicht in der Nationalen Volksarmee vor allem von jungen Christen gefordert wird. Bisher waren für diese Forderung rund 5000 Unterschriften gesammelt worden.

Wer erwartet hatte, daß sich die Häupter des Honecker-Regimes im Angesicht der Friedensbewegung im Westen zurückhalten, taktisch überlegen würden, ob sie sich nicht bei einem offenen Angriff isolieren würden, der sah sich rundherum getäuscht.

Diese Unterschriftensammlung sei „friedens-, verfassungs- und sozialismusfeindlich" — so war die offizielle Stellungnahme des Zentralkomitees der SED. Vorgetragen hatte diese absurde These der SED-Sekretär von Cottbus, Werner Walde. Seine Hetze gegen diese Forderung begründete er mit der nicht weiter ausgeführten Behauptung, die gesamte DDR sei Friedensdienst, und demnach sei alles, was sich gegen die DDR richte, auch gegen den Frieden gerichtet.

Der Dienst in der Nationalen Volksarmee ist Friedensdienst, die gesamte Republik ist Friedensdienst, Wehrpflichterfüllung ist patriotisch, alles andere eben: siehe oben.

Schlußfolgerung aus der Debatte, in der natürlich kein Wort über eine irgendwie geartete positive Behandlung dieser Forderung fiel, war ein Beschluß zur Arbeit der Freien Deutschen Jugend, die verpflichtet wurde, im März nächsten Jahres im ganzen Land Versammlungen abzuhalten unter dem Thema „Der Frieden muß erhalten werden — der Frieden muß bewaffnet sein". Ziel dieser Kampagne sei es, so erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der FDJ, Eberhard Aurich, der auch Mitglied des Zentralkomitees der SED ist, „die Verteidigungsbereitschaft aller Mädchen und Jungen weiter zu erhöhen und die geeignetsten von ihnen für einen militärischen Beruf zu gewinnen."

Man sieht, in der DDR gehen die neuen Kapitalisten brutal gegen die Friedensbewegung vor. Zwar werden die jungen Christen nicht, wie die Kommunistischen Oppositionellen, wegen ihrer Meinung eingesperrt und lebendig begraben gehalten. Aber sie werden von vornherein als Feinde des Friedens dargestellt, diffamiert, in die Agentenecke gestellt.

Diese Taktik, die die Honecker-Leute in allen Bereichen des politischen Lebens anwenden, die mit der Tatsache spekuliert, daß der Bonner Revanchismus die DDR angreift und von daher die verlogene Argumentation stereotyp verbreitet, jede Kritik an der DDR könne nur den Rechten dienen, wird so allmählich übertrieben.

Denn es ist ja nicht zu leugnen, daß sowjetische atomare Aggressionswaffen auf dem Boden der DDR stationiert sind. Und es ist ebensowenig einsichtig, warum der von der Nationalen Volksarmee mitgetragene Überfall auf die CSSR im Jahre 1968 dem Frieden gedient haben soll. So wenig wie der von der DDR-Generalität bejubelte sowjetische Völkermord in Afghanistan. Und so wenig wie die offenen und wilden Drohungen der kapitalistischen Herrscher der DDR gegen die polnischen Arbeiter, die auf derselben Versammlung des ZK der SED ausgestoßen wurden. Niemand zweifelt daran, daß die SED-Führung bereit wäre, sich auch an einem Einmarsch oder Militärputsch in Polen nach Kräften zu beteiligen. Aber dies alles dient dem Frieden, wenn man der DDR-Staatsmacht glauben sollte, und wer etwas anderes meint, ist ein Kriegstreiber.

Ohne Zweifel sollten jene, die in der westdeutschen Friedensbewegung sich so gerne als Vorkämpfer der Einheit darstellen und ständig ihre Bereitschaft verkünden, über alle Weltanschauungsgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten, auch daraufhin angesprochen werden, was sie davon halten, wenn in der DDR ein sozialer Friedensdienst — der etwa unserem Ersatzdienst zu vergleichen wäre — als Forderung von Friedensfeinden, also Kriegstreibern diffamiert wird.

Mit solchen abenteuerlichen Begründungen, die nur dann einen Anflug von Logik bekommen, wenn man die Diktate der SED-Führung von vornherein glaubt, waren in der DDR ja schon Wehrkundeunterricht und erweiterte militärische Ausbildung eingeführt worden.

Man muß nochmals unterstreichen, daß die Nationale Volksarmee keineswegs eine Friedensarmee ist, wie es in der revisionistischen Propaganda nicht bewiesen oder begründet, sondern behauptet wird. Sie untersteht nicht nur dem Kommando der sowjetischen Generäle, die ihre eigene Strategie einer imperialistischen Supermacht verfolgen, sondern sie ist eine aggressive Armee eines kapitalistischen Staates.

Und es ist ja auch eine Tatsache, die allerdings in weiten Kreisen unbekannt ist, daß etwa der DDR-Wehrminister Hoffmann offen über einen gewinnbaren Atomkrieg spekuliert, daß er gegenüber seinen Generalen nicht ganz anderen Worten redet, als in der offiziellen revisionistischen Propaganda verwendet werden.

Noch beschränkt sich die Verhaftung von Friedenskämpfern in der DDR auf die Genossen und Sympathisanten der Sektion DDR der KPD. Und das sind dann, nach derselben revisionistischen Logik wie oben nachgezeichnet, eben keine politischen Gefangenen, sondern „Rowdys". Aber es mehren sich die Anzeichen dafür, und nicht nur wegen der wachsenden Zahl der Unterschriften unter die Forderung nach einem sozialen Friedensdienst, daß auch in der DDR zunehmend eine regimekritische Friedensbewegung entsteht. Deren Forderungen unterstützen wir, unterstützt die KPD, wie sie auch in der Bundesrepublik das Recht auf Kriegsdienstverweigerung unterstützt. Aber es steht abzuwarten, ob nicht bei einer weiteren Ausdehnung dieser Bewegung die SED-Führung plötzlich erkennt, daß auch hier „Rowdys" am Werk sind...

Krisenerscheinungen auch in der kapitalistischen DDR-Wirtschaft

Kürzungen bestimmen den neuen Plan

Am 3. Dezember behandelte die Volkskammer der DDR den neuen Fünfjahrplan der Wirtschaft bis zum Jahr 1985. Die Ergebnisse dieser Beratungen sind durch eine ganze Reihe von Kürzungen in verschiedenen zentralen Bereichen charakterisiert. Auffallend dabei ist insbesondere, daß die Produktionsvorhaben für 1982 zum Teil niedriger liegen als die für dieses Jahr geplanten Ziele, über deren Erreichung noch keine Klarheit besteht.

Zwei zentrale Punkte sind es vor allem, an denen gekürzt werden wird. Dies sind zum einen die staatlichen Investitionen in der Industrie, die von ursprünglich 272 Milliarden Mark in den fünf Jahren auf 256 Milliarden Mark gesenkt wurden. Damit sind also im Jahresdurchschnitt 51,2 Milliarden Mark für diese Aufgabe vorgesehen, ein Betrag, der einen weiteren Rückgang des Anteils der Investitionen am Staatshaushalt bedeutet.

Kürzungen bestimmen auch die gesamte Energieplanung. 6,1 Prozent soll im Jahresdurchschnitt die eingesparte Energiemenge betragen, ausdrücklich aus Ersparnisgründen. Was mit anderen Worten heißt, daß nun auch die DDR zu jenen Staaten des RGW gehört, die aufgrund der ständigen Preiserhöhungen des sowjetischen Öllieferanten ein Sparsamkeitsregime härtester Prägung einrichten müssen, um die Verschuldung nicht übermäßig zu erhöhen. Kürzungen bestimmen aber auch die Entwicklung von Bildung und Verkehr, wo die ursprünglich hochfahrenden Pläne stillschweigend fallengelassen wurden.

Das „Bonbon" für die Werktätigen der DDR soll die Steigerung der staatlichen Ausgaben für den Wohnungsbau sein, der gerade in den letzten Jahren zunehmend zu einer Quelle der ständigen Unzufriedenheit der Arbeiterklasse in der DDR geworden ist, die unter schlimmen Bedingungen abseits der Stadtzentren wohnt. Hier will man offensichtlich mit Versprechungen erst einmal soziale Spannungen erst einmal hinauszögern.

„Peoples Voice" über südafrikanische Rugbytournee

Die größte Demonstration in der Geschichte Neuseelands

12 000 gegen Rassismus und Faschismus

AUCKLAND. — „Peoples Voice", (Volksstimme), das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Neuseelands, berichtete kürzlich über mehrere Wochen hinweg ausführlich über die Ereignisse, die sich rund um die geplante Rugbytournee einer südafrikanischen Mannschaft in Neuseeland abgespielt hatten. Dabei kam es im Verlauf einer Kampagne gegen Rassismus und Faschismus zur größten Demonstration in der Geschichte des Landes, an der sich über 12 000 Menschen beteiligten.

Die Rugbytournee durch Neuseeland war als ein Schritt gedacht, die zunehmende Isolierung der südafrikanischen Rassisten zu durchbrechen. Dafür schien Neuseeland aus zwei Gründen besonders gut geeignet zu sein: wegen der beiderseitigen Vorliebe für Rugby und natürlich vor allem wegen der engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die die Herrschenden beider Staaten seit langem miteinander pflegen.

Aber diese Tournee stieß von Anfang an auf breiten Protest seitens verschiedenster demokratischer Kräfte. Überall, wo die Rugbymannschaft aus Südafrika auftauchte, fanden Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen und andere Protestaktionen statt.

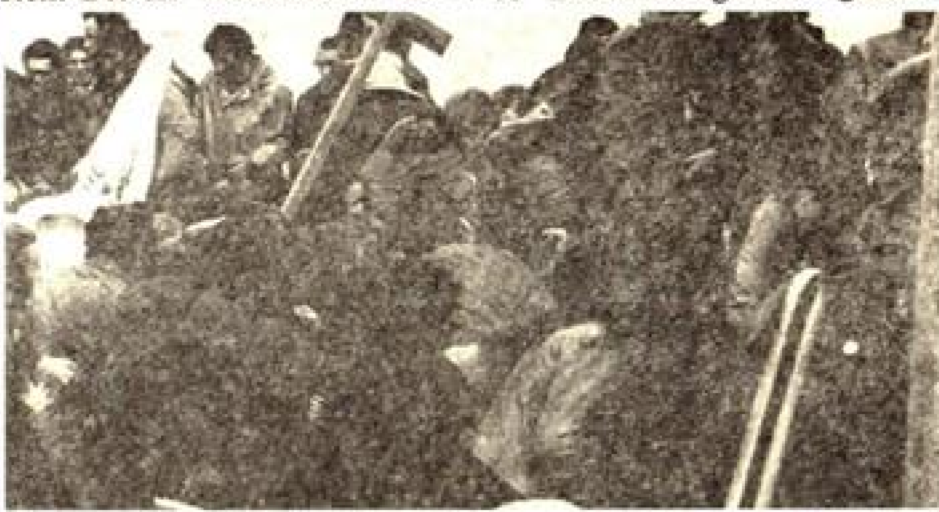
Einen Höhepunkt des Kampfes bildete gleich zu Beginn der Tournee, am 25. Juli dieses Jahres die Besetzung des spielfeldes in Hamiltons Rugby Park durch Tausende von Demonstranten.

Von da ab fanden jene Spiele, die noch ausgetragen wurden, nur noch hinter massivem Polizeischutz und Stacheldrahtbergen statt. In verschiedenen Orten, so berichtet „People's Voice", gab es die ersten Demonstrationen überhaupt, an denen sich überall Hunderte und Tausende von unorganisierten Menschen beteiligten. Der zweite Höhepunkt des Kampfes war dann eben jene Großdemonstration von Auckland.

Dabei hatte sich in der Zwischenzeit der Charakter und das Ziel der Aktionen verändert, bzw. erweitert: jetzt galten die überall organisierten Aktionen zunehmend auch der reaktionären Politik der neuseeländischen Regierung.

Denn diese hatte mit einem in der Geschichte des Landes ebenfalls bisher unbekannten Ausmaß an Polizeiterror versucht, die Bewegung gegen den Rassismus zu unterdrücken, die Tournee ohne Zwischenfälle über die Bühne zu bringen. Dazu hatte sie in allen Medien des Landes eine beispiellose „Recht-und-Ordnung"-Kampagne entfacht, deren Inhalt es war, jeden Demonstranten als Staatsfeind, Antidemokraten und Verbrecher hinzustellen.

Da überall bei diesen Aktionen Fahnen und Parolen der KP Neuseelands zu sehen und zu hören waren, ging die Regierungspartei einfach dazu über, zu behaupten, dies alles seien nur die Aktionen der Kommunisten. Die KP Neuseelands antwortete darauf, daß sie sich selbstverständlich an all diesen Kämpfen nach Kräften beteiligte, daß sie sich bemühe, eine immer stärkere Front der Demokraten und Antifaschisten zu schaffen, aber daß diese Teilnehmer weder alle noch in der Mehrzahl Kommunisten gewesen seien, noch daß es sich dabei um Demonstranten und Aktionen mit kommunistischen Zielen gehandelt habe.



Der Durchbruch: Demonstranten besetzen das Spielfeld in Hamiltons Rugby-Park

Im Gegenteil zeige sich an dieser Reaktion einmal mehr, daß das Kapital stets in jeder Opposition gegen seine Politik die Kommunisten sehe, was nur dazu führen könne, daß sich immer mehr dieser Aktivisten für die Kommunistische Partei und ihre Politik interessieren würden.

Dies sei im Verlaufe dieser Kampagne auch geschehen, betonte „People's Voice" in seiner abschließenden Wertung dieser wochenlangen Kampagne. Unter der Schlagzeile „Kämpft gegen die Entwicklung zum Faschismus" zog das Zentralorgan der KP Neuseelands in seiner Ausgabe vom 14. September die Schlußfolgerungen aus diesen Ereignissen.

In diesem Artikel wurde nicht nur hervorgehoben, daß mit diesen gesamten Ereignissen der demokratische Kampf in Neuseeland, sowohl was seine Breite als auch die politische Klarheit betrifft, auf eine höhere Entwicklungsstufe gekommen sei. Es wurde auch eindeutig unterstrichen und anhand der Ereignisse bewiesen, daß das neuseeländische Kapital einen Kurs der zunehmenden reaktionären Unterdrückung jeder Opposition einschlage, immer reaktionärer auftrete.

Das Auftreten der neuseeländischen Polizei, die nicht nur die Demonstranten, die sich zur Wehr setzten, überfiel, sondern auch Presseleute, Ärzte und Künstler verprügelte, und deren Offiziere als Belohnung eine Reihe Ferienreisen nach Südafrika von dortigen Unternehmern erhielten, hat diese Entwicklung erst richtig verstärkt. Abschließend unterstreicht „People's Voice", daß, wenn es auch nicht gelang, die Tournee völlig zu verhindern, es mit Sicherheit für einige Zeit der letzte Versuch war, offen zur Verteidigung des Rassismus anzutreten.

„Workers Weekly" über den antifaschistischen Kampf

Naziaufmärsche in zwei britischen Städten verhindert!

LONDON. — „Workers Weekly" (Arbeiterwochenzeitung), Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (M-L), berichtet in seiner Ausgabe vom 21. November über die erfolgreiche Verhinderung von Nazi-Aufmärschen in Oldham und Rochdale. Dieses Ereignis stellt einen weiteren Sieg der erstarkenden antifaschistischen und antirassistischen Bewegung in Britannien dar.

Die an zwei Wochenenden nacheinander geplanten Aufmärsche des British Movement wurden durch zahlreiche und intensive Aktionen der antifaschistischen Kräfte verhindert, an deren Zustandekommen das Oldhamer Komitee der Demokratischen Front des Volkes wesentlichen Anteil hatten.

Nicht nur eine intensive Propagandaarbeit und Versammlungen, sondern auch die Vorbereitung handfester Abwehrmaßnahmen durch die Antifaschisten, denen sich große Teile der Bevölkerung anschlossen, bewirkten dieses Ergebnis.

Auch zahlreiche Menschen der verschiedenen nationalen Minderheiten beteiligten sich aktiv an den Abwehrmaßnahmen gegen den Nazi-Aufmarsch. Denn der Nazi-Terror, der heute in Britannien rast, und der ja großen Anteil am Zustandekommen der britischen Jugendrevolte vor einem runden halben Jahr hatte, richtet sich hauptsächlich gegen diese Menschen, wobei das Zusammenspiel der Nazis und der Behörden ersichtlich wird an der neuen Gesetzgebung der Regierung, die Einwanderer ähnlich rechtlos machen will wie sie es beispielsweise hier in der Bundesrepublik sind. Erst wenige Tage vorher hatten Faschisten mit Brandbomben eine Frau und ihre drei Kinder ermordet, was große Unruhe hervorgerufen hat, weil die Verbrecher nicht bestraft wurden.

So setzten die beiden Städte Oldham und Rochdale ein Signal, wie der wachsenden faschistischen efahr, die sich im stischen Gefahr, die sich im ausbreitet, zu begegnen ist: mit dem breiten kämpferischen Zusammenschluß der Antifaschisten.



Der Block der KP Spaniens (M-L) auf der Madrider Demonstration

„Vanguardia Obrera" über den Kampf gegen NATO-Beitritt

Gegen NATO-Mitgliedschaft und Militärbasen in Spanien

Landesweite Massenaktionen

MADRID. — „Vanguardia Obrera" (Arbeitervorhut), das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Spaniens (M-L), berichtet in den letzten Wochen stets ausführlich über die breite Massenbewegung, die sich im ganzen Lande immer mehr entwickelt, die sich gegen die geplante NATO-Mitgliedschaft Spaniens und zunehmend auch gegen die im Land bestehenden amerikanischen Militärbasen richtet.

In zahlreichen Großstädten, aber auch in vielen kleineren Städten waren es die spanischen Kommunisten, die zur Bildung von Anti-NATO-Komitees aufriefen.

An diesen Komitees, die es überall gibt, beteiligen sich nicht nur Kommunisten und Revolutionäre, sondern auch zahlreiche Betriebsräte, Gewerkschaftsorganisationen, Untergliederungen der großen Parteien, viele der in Spanien zahlreichen regionalen oder lokalen Parteien, bekannte republikanische Persönlichkeiten und zahlreiche bekannte Künstler des Landes.

In zahlreichen großen Städten gab es viele Demonstrationen, an denen sich jeweils Zehntausende von Menschen beteiligten, bis hin zu jener gewaltigen Massendemonstration, die Madrids Straßen füllte, an der sich Hunderttausende beteiligten. An all diesen Aktionen beteiligten sich die Organisationen der KP Spaniens (M-L). Die Politik der Partei, unterstreicht „Vanguardia Obrera", die sich gegen den Imperialismus richtet und für nationale Unabhängigkeit eintritt, besteht auch darin klar zu machen, daß ein Nichtbeitritt zur NATO solange keine Auswirkung haben wird, solange die zahlreichen amerikanischen Militärbasen in Spanien bestehen.

Dabei kämpft die Partei dafür, solche Anti-NATO-Komitees in Fabriken und Werkstätten, Schulen und Stadtvierteln zu organisieren, um die volle Kraft der Opposition mobilisieren zu können.

Sie bekämpft dabei in diesen Aktionen auch die Politik der revisionistischen PCE, die für eine angebliche Neutralität eintritt — ohne die bestehenden amerikanischen Militärbasen in irgendeiner Weise in Frage zu stellen.

Bandeira Vermelha über Gewerkschaftswahlen in Portugal

Große Erfolge für Klassengewerkschafter

LISSABONN. — Bandeira Vermelha (Rote Fahne), das Zentralorgan der Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) aus Portugal — PC(r), berichtet in seinen letzten Ausgaben ausführlich über die Vorbereitungen und den Beginn der Wahlen zu den Organen der CGTP, der bei weitem größten, von der revisionistischen KPP beeinflußten, Gewerkschaft. In zahlreichen Betrieben, bzw. Branchen stellen sich den alten, seit dem Sturz des Faschismus wirkenden leitenden Funktionären Listen der Opposition entgegen, die auf der Basis des Verlangens nach einem konsequenten Kampf entstehen.

In ihrer Ausgabe vom 12. November berichtet „Bandeira Vermelha" — neben der ausführlichen Berichterstattung über die Wahlvorbereitungen — auch über zwei bereits vollzogene Wahlen, die große Erfolge für die Listen der Klasseneinheit brachten. Auf diesen Listen kandidierten sowohl Genossen der PC(r), wie Mitglieder der UDP, aber auch Arbeiter, die der KPP oder der Sozialistischen Partei von Soares angehören sie unterscheiden sich vor allem in zwei Punkten von den Listen, die von der revisionistischen Partei unterstützt werden: in ihrem Eintreten für einen konsequenten gewerkschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer und die neuen Arbeitsgesetze der Regierung und in ihrer Verteidigung der gewerkschaftlichen Demokratie für die Mitgliedermassen, die von der bürokratischen revisionistischen Führung immer mehr eingeengt wird.

Mit dieser Linie treten alle diese Listen an, ergänzt durch die entsprechenden konkreten Forderungen des Betriebs oder der Branche.

Die ersten Wahlen in der Großregion Lissabon fanden in einem der größten Elektrobetriebe der Gegend statt, in der CELCAT. Dort standen zwei Listen zur Wahl an: die traditionelle revisionistische Liste, die bisher alles beherrscht hatte und die Liste B, der Opposition der Klassengewerkschafter. Bei dieser Wahl erhielten die Liste A 330 Stimmen, die Liste B 217 Stimmen, also rund 40 Prozent. Dieses Ergebnis erschütterte die bisherigen politischen Verhältnisse im Betrieb entscheidend und zwang die revisionistischen Spitzenfunktionäre dazu, von ihrer bisherigen Taktik der Verleumdungen abzugehen, und der Opposition die Zusammenarbeit im Rahmen der Betriebskommission der Gewerkschaft anzubieten. Wir sind immer für Zusammenarbeit, wenn sie im Interesse der Arbeiter erfolgt, war die Antwort der Listenführung der Liste B. Diese bemüht sich, ein Kampfprogramm für den Betrieb durchzusetzen, das eine Umorientierung der bisherigen Arbeit bedeutet.

Noch spektakulärer war der Sieg der Klassenliste A in den Wahlen der Gewerkschaft der Schneider, Wäscher und Färber des Bezirks Porot. Dort erreichten die Klassengewerkschafter sage und schreibe 4455 Stimmen oder rund 83 Prozent, während die Liste B der revisionistischen Funktionäre nur 861 Stimmen bekam. Ein dermaßen großartiger Sieg war von niemandem erwartet worden und steht bisher ohne Beispiel da, ein regelrechter Erdrutsch, von dem große Auswirkungen auf kommende Wahlen ausgehen können.

Einen großen Erfolg bei den Gewerkschaftswahlen konnten auch die Metallarbeiter von Handy erzielen: Sie wandten sich gegen die von den revisionistischen Bürokraten geforderten Listenwahlen und organisierten die Wahl so, wie es klassenkämpferische Gewerkschafter vorgeschlagen hatten: In jeder Abteilung eine Persönlichkeitswahl durchzuführen.

So wurden zahlreiche klassenkämpferische Gewerkschafter und ehrliche Kollegen gewählt, die den Auftrag erhielten, die Interessen der Belegschaft zu vertreten. Aus diesen Vertretern heraus wurde der Delegierte zum nächsten Gewerkschaftstag der Metallarbeiter gewählt: ein seit langem bekannter Revolutionär, der von den Vertretern einstimmig gewählt wurde, ebenfalls ein bisher beispielloser Vorgang.

In diesen Tagen finden auch die Wahlen in einigen der größten Betriebe Portugals statt, beispielsweise in der Lissabonner Werft Lisnave, in der die Revisionisten die Listenwahl durchsetzten. Aber die Liste B der Klasseneinheit zerstörte die revisionistischen Pläne, die darauf abgezielt hatten, daß eine zahlenmäßig kleine Oppositionsliste von den Arbeitern nicht ernst genommen würde und stellte in kurzer Frist 74 Kandidaten auf.

So werden diese Gewerkschaftswahlen in Portugal immer mehr zu einem Signal für das Erstarken der revolutionären Gewerkschaftsströmung, die zunehmend besser organisiert auftritt. Dafür arbeiten und kämpfen die portugiesischen Kommunisten mit aller Kraft, entsprechend der Politik der PC(r), die darauf beruht, daß mit der immer reaktionärere Politik der Regierung auch die Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit der bisherigen Gewerkschaftsführung wächst.

Polizeieinsatz in Polen

Generalstreik ohne Walesa?

WARSCHAU. — Der Sturm der Polizei auf die streikenden Studenten der Warschauer Feuerwehrhochschule hat schlagartig gezeigt, daß die in den letzten Wochen in Polen registrierte Beruhigung der Lage lediglich Schein war, in dessen Schatten sich neue Auseinandersetzungen abgebahnt haben.

Die politische Differenzierung der Kräfte in Polen hat auf der einen Seite, seit Kanias Rücktritt, weitere Klarheit über die Fronten in Polen geschaffen. Auf der anderen Seite ist die nach wie vor miserable wirtschaftliche Lage der Grund dafür, daß sich die Auseinandersetzungen nicht beruhigen, sondern verschärfen.

Die seit dem Sommer verschärften Rationierungen werden immer weniger gedeckt, in vielen Gegenden gibt es nur die Hälfte dessen, was zu beziehen jeder berechtigt ist. Das verschärft nicht zuletzt die Ernährungslage. Die Hilfstrupps, die von der Armee in den letzten Monaten auf den Dörfern gewesen waren, trugen eine ungeheure Menge an Tatsachen über Korruption und Schwarzmarkt ans Tageslicht, die zeigte, daß die Ernährung auf jeden Fall wesentlich besser sein könnte.

Aber die Regierung unternimmt nichts, um eine bessere Lebensmittelversorgung zu garantieren. Sie hofft, bei einer weiteren Verschlechterung der Lage mit ihrem Argument, die Streiks der Arbeiter seien Schuld an der Entwicklung, allmählich mehr Anklang zu finden. Auf diesem Hintergrund ist die weitere Differenzierung der politischen Kräfte in Polen zu sehen. Zum einen innerhalb der herrschenden revisionistischen Partei.

Dort sind, wie man heute sehen kann, mit dem Rücktritt Kanias die Stellungen der sogenannten Reformer, derjenigen also, die für noch offenere kapitalistische Wirtschaftsmethoden eintreten, wesentlich erschüttert worden. Die Reaktionäre des Kattowicer Forums haben ihre Organisation über zahlreiche Stützpunkte verbreitet und haben wachsenden Einfluß in der Partei. Dieser Einfluß wächst um so mehr, je mehr Arbeiter die Partei verlassen. Wenn zur Zeit von Kanias Rücktritt davon die Rede war, daß eine halbe Million Parteimitglieder ausgetreten sei, so hat sich diese Zahl inzwischen fast verdoppelt, ist die Partei um ein rundes Drittel geschrumpft. Und eingestandenermaßen sind es eben vor allem Arbeiter, die die Partei verlassen. Schließlich sind rund eine Million Parteimitglieder auch Mitglieder von Solidarität gewesen.

Die polnische Revisionistenpartei verliert also zunehmend ihre Arbeiter, ihre Organisationen in den Betrieben lösen sich auf, zerfallen, wechseln über. Das schwächt die Stellung der Partei unter der Arbeiterklasse weiter, das stärkt aber andererseits die Positionen der Reaktionäre innerhalb der Partei. Und diese wiederum, das zeigen sämtliche Änderungen personeller Art, versuchen, die Partei zunehmend mit der Armee zu schützen, sich hinter deren Arm zu verstecken.

Der Einsatz gegen die streikenden Feuerwehrkadetten war die erste offene Machtdemonstration dieser Kräfte seit den Augusttagen des Jahres 1980. Und ihr gegenwärtiges Hauptziel ist es, die Streikbewegung der Arbeiter niederzumachen — Jaruzelski unterstreicht dies mit seinen ständigen Forderungen nach einem Streikverbot.

Hinter diesem Kurs scharen sich zunehmend auch die anderen Schichten der Reaktion, nationalistische und klerikale Fraktionen, ehemalige und neue Reiche und die ganze Schicht der durch Korruption bereicherten Staatsangestellten. Ihre Kritik an der Partei, zu Beginn der Entwicklung noch deutlich geäußert, wird immer leiser. Sie rufen nach Verständigung, nach Ausgleich — jeweils im Sinne einer Beendigung der Streikbewegung.

Auf der anderen Seite schälen sich die verschiedenen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung Polens ebenfalls heraus. Jene Führer und Berater der Gewerkschaft Solidarität, die am deutlichsten prowestlich sind, die einen offenen Kapitalismus fordern, sie versuchen heute zunehmend, sich als politische Formation zu festigen. Währenddessen sind jene, die wie Walesa dem Klerus folgen, immer mehr in eine Position des Abwiegelns, des Streikverzichts gedrängt. Walesas Autorität, schon auf dem Kongreß der Gewerkschaft stärker angeschlagen als allgemein erwartet wurde, hat sich mit wachsender Deutlichkeit gegen neue Streiks ausgesprochen, hat die Generalstreiksankündigung im Falle eines regierungsamtlichen Streikverbots nur sehr zögernd ausgesprochen.

Und es ist klar: die Frage des Streikrechts wird von allen kämpfenden Parteien als die zentrale Frage der Auseinandersetzung angesehen. Gelingt es den herrschenden revisionistischen Kapitalisten, den Arbeitern dieses Recht wieder zu nehmen, dann haben sie den entscheidenden Schritt zum Sieg über diese polnische Arbeiterbewegung gemacht.

So sehen es aber auch die Arbeiter, das haben die ersten Reaktionen aus den Betrieben nach den erneuten Versuchen der Regierung gezeigt. Sie sehen diese Frage offensichtlich anders als Lech Walesa, der ein Vertrauensmann des Erzbischofs ist. Und deshalb wird sein Einfluß weiter sinken.

Für die polnischen Arbeiter handelt es sich doch um die Frage, um die im Kern — jenseits aller Pseudodebatten — so einfache Frage, ob sie mehr oder weniger politische und gewerkschaftliche Rechte haben als vorher, ob sie besser dran sind oder schlechter, ob es mehr oder weniger Demokratie für sie gibt.

Und dafür, für diese Rechte, ist offensichtlich ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse bereit, zu kämpfen, auch gegen die Staatsmacht zu kämpfen. Natürlich kann man dabei, wie auch beispielsweise bei antiimperialistischen Revolutionen in kolonialen Ländern nun darüber spekulieren, was daraus wird, welche Klasse nach einem solchen Prozeß die Herrschaft haben wird. Aber darüber zu vergessen, daß es jetzt um die Lebenslage, um die Rechte der Arbeiterklasse geht, ist eine falsche Haltung.

Und die Grundelemente der Forderungen der Arbeiter bleiben mehr gewerkschaftliche und politische Rechte, auch mehr betriebliche Rchte, und ein besseres Leben mit weniger Privilegien für die Reichen und die Staatsfunktionäre. Das aber sind und bleiben Forderungen im Sinne der Arbeiterklasse und sie stehen der polnischen herrschenden Klasse antagonistisch gegenüber.

Deshalb eben differenziert sich im Lager der Arbeiter, der Gewerkschaftsbewegung das politische Kräfteverhältnis. Und dabei ist es bezeichnend, daß vor allem in jenen Gremien, in denen die Mitgliedschaft, in denen die betrieblichen Aktivisten vertreten sind, daß dort eine Mehrheit für Kampf und gegen Abwiegelei besteht, daß dort die Kritik am Kurs Walesas am schärfsten ist.

Ohne Zweifel ist dieser Prozeß weder abgeschlossen noch schon entschieden, aber es zeichnet sich ab, daß ein möglicher Generalstreik gegen die Versuche der Reaktion, den Arbeitern ihre Rechte zu nehmen, ohne Walesa stattfinden würde, und dies heißt auch ohne jenen Teil des Klerus, den der Erzbischof vertritt.

In den Betrieben jedenfalls ist die Kampfbereitschaft durch die wirtschaftliche Entwicklung gestiegen. In den Betrieben jedenfalls hat sich die organisatorische Position der Gewerkschaft durch den Zerfallsprozeß der revisionistischen Partei und durch die begonnenen betrieblichen Veränderungen weiter verbessert. Und die provokatorische Niederschlagung des Streiks an der Feuerwehrhochschule und die sofort darauf entstandenen Reaktionen zeigen auch eine große Wachsamkeit.

Es bestätigt sich somit, daß sich in Polen eine Situation entwickelt, in der die Arbeiter nicht mehr so leben wollen wie bisher und die Herrschenden nicht mehr so können wie bisher — das, was Lenin eine revolutionäre Situation nannte.

Streikende Bergarbeiter in Kattowice — die Streikbewegung ist ungebrochen

Mexico:

Ehre dem Andenken des Genossen Marco Castaneda!

Am 21. September dieses Jahres wurde der Genosse Marco Castaneda, Mitglied des Exekutivkomitees der KP Mexikos (Marxisten-Leninisten) von Reaktionären auf der Straße erschossen.

Genosse Castaneda, der mit seinen 33 Jahren bereits auf eine über 10jährige revolutionäre Tätigkeit zurückblikken konnte, war in all diesen Jahren bei verschiedenen großen Klassenkämpfen der mexikanischen Arbeiter und der Bauern aktiv gewesen. So wurde er auch einer der ersten, die die große Verwirrung, die die starke revolutionäre Bewegung in Mexiko festkettet, durchbrachen, sich gegen die Theorien des Castrismus und des Maoismus erhob, und an der Schaffung einer wahrhaft kommunistischen Partei beteiligt war.

In den über drei Jahren, in denen die junge mexikanische Kommunistische Partei besteht, war er einer der Kader, die dazu beitrugen, daß die Partei sich festigte, Anfangsschwierigkeiten überwand und eine zunehmend breitere revolutionäre Arbeit entfaltete.

Gerade in dieser Zeit, da die revisionistische Partei in Mexiko den Weg der Selbstauflösung beschritten hat, da die mexikanischen Kommunisten zu einer entsprechenden Offensive ansetzen, will die mexikanische Bourgeoisie sie mit diesem Mord an einem ihrer Führer einschüchtern. Dies wird ihr nicht gelingen, versichert das Exekutivkomitee der KP Mexikos (M-L) in einem zweiseitigen Gedenkartikel an Genossen Castaneda im Zentralorgan der Partei, der „Vanguardia Proletaria".

Die mexikanischen Kommunisten werden diesen Mord so beantworten, wie die mexikanischen Revolutionäre stets die Morde der Reaktion beantwortet haben: mit einer weiteren Steigerung ihrer Tätigkeit, mit dem beharrlichen Kampf um die Verankerung der Partei im Volk, im Gedenken an den ermordeten Genossen.

Amerikanischer Minister in der Türkei

Weinberger Faschistenfreund

ANKARA. — Kurze Zeit, nachdem der Bundesaußenminister mit seinem Besuch in Ankara die faschistische Militärjunta in der Türkei salonfähig gemacht hatte begab sich auch der US-Kriegsminister Weinberger in die türkische Hauptstadt. Und er kam als Oberherr, anders als Genscher, der zunächst einmal Evren dessen demokratische Gesinnung attestierte.

Weinberger brachte vor allem Geld mit — Dollars. Zu den 500 Millionen in diesem Jahr sollen im nächsten Jahr weitere 800 Millionen Dollar, also etwa 1,8 Milliarden Mark an sogenannter Waffenhilfe dazukommen. Rund drei Milliarden Mark für Waffen in zwei Jahren — so sieht das US-Aufrüstungsprogramm für die türkischen Faschisten aus. Und er brachte auch noch seine Bewunderung mit — Bewunderung für die Art und Weise, mit der Evrens Generale in der Türkei für Recht und Ordnung sorgen würden, wie er sich auszudrücken beliebte.

Weinbergers Bewunderung für das Regime der Folterer kommt nicht von ungefähr. Denn die „Unordnung", die Evren in einem Blutbad beseitigen will, sie richtete sich ja nicht zuletzt gegen den Ausverkauf des Landes an den amerikanischen Imperialismus. Den aber will seine Nachschubdrehscheibe und Spionagezentrale Türkei um jeden Preis sicher erhalten und diesen Preis läßt man heute die Völker der Türkei bezahlen.

Und während Genscher und die Bundesregierung aufgrund der immer breiter werdenden Protestbewegung in Westeuropa lavieren und taktieren müssen, kann Weinberger offen sprechen. Seine Bewunderung für den Faschismus hat er ja längst nicht nur in der Türkei bekundet.

Es ist und bleibt eine Tatsache, daß die Bundesregierung die Haupttriebkraft bei der Unterstützung des Faschismus in der Türkei ist. Aber ebenso ist es auch eine Tatsache, und das unterstreicht dieser Besuch Weinbergers in allen seinen Einzelheiten, daß es die USA sind, die vor allem von der faschistischen Militärdiktatur profitieren, daß diese ganzen Aktionen vor allem in ihrem Interesse organisiert werden.

Meldungen

Zimbabwe: Weltbank gegen Bildungspolitik

SALISBURY. — Die Weltbank kritisierte in einem kürzlich veröffentlichten Dokument die Bildungspolitik der seit April 1980 amtierenden Regierung Mugabe als „wirtschaftlich unverantwortlich".

Die an der Weltbank beteiligten kapitalistischen Staaten beziehen sich damit offensichtlich auf den Kern der praktizierten Bildungsreform, den kostenlosen Schulbesuch für alle Schüler.

Seit dem Regierungsantritt hat sich dadurch die Zahl der Schüler von rund 1 Million auf über 1,8 Millionen nahezu verdoppelt. Dies wird als ein großer Erfolg im Kampf gegen kulturelle Rückständigkeit betrachtet. Aber offensichtlich ist die Weltbank nicht damit einverstanden und möchte ihre Kredite lieber zur Schaffung einer solchen Wirtschaftsstruktur verwendet sehen, die den großen Monopolen günstige Kapitalanlagen verschaffen.

Südkorea: Konzentrationslager zugegeben

SEOUL. — Aufgrund japanischer Presseberichte sah sich jetzt das südkoreanische Militärregime gezwungen, in einer Darstellung der Lage im Lande die Existenz von Konzentrationslagern einzugestehen. Allein dieses Eingeständnis bedeutet eine schwere politische Niederlage des amerikanischen Schützlings und Geheimdienstgenerals Chun, der vor rund anderthalb Jahren die Macht erputschte.

15 000 Menschen sollen sich in diesen Lagern nach offiziellen Angaben befinden, ohne Urteil, ohne Prozeß, ohne Rechte. Ein Augenzeuge berichtete, daß von den 44 anderen Häftlingen, mit denen er zusammen eingeliefert worden war, bereits am ersten Tag fünf zu Tode geprügelt wurden. Rund die Hälfte der Insassen dieser Lager sind Beteiligte an dem Volksaufstand von Kwangju, der im Frühjahr 1980 die Macht der Reaktion und ihrer US-amerikanischen Oberherren erschütterte.

Nicaragua: Streikverbot mit Urteilen untermauert

MANAGUA. — Die im Rahmen der sogenannten Notstandsgesetzgebung getroffenen Maßnahmen der sandinistischen Regierung wie Streikverbot und Einfrierung der Löhne stoßen auf den Widerstand in der Arbeiterklasse — jetzt wurden sie mit Urteilen gegen Gewerkschaftsfunktionäre untermauert.

Während zur selben Zeit Urteile gegen Vertreter des Unternehmerverbandes, der sich global gegen die Regierung wendet, sehr milde ausfielen, wurden über 20 Gewerkschaftsfunktionäre, die zum Teil der revisionistischen Partei angehören, wie schon früher die Funktionäre der Frente Obrero, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie zu Streiks aufgerufen hatten.

Die Junta tut offensichtlich alles, um sich bei der Bourgeoisie salonfähig zu machen und spaltet damit die Einheit des Volkes — wovon nur der USA-Imperialismus profitieren kann.

Erlebnisse eines „Spiegel"-Redakteurs im „Musterstaat des Stalinismus"

Es stimmt: Nach dem albanischen Nationalhelden Skanderbeg sind ein Platz in Tirana, eine Fußballmannschaft und ein Weinbrand benannt. Mit dieser Mitteilung aber ist in einem immerhin acht Seiten langen Artikel über Albanien, der letzte Woche im „Spiegel" erschien, das Maß an wahrheitsgemäßer Berichterstattung schon erschöpft. Den Rest füllt eine Gänsehaut erzeugende Horrorstory: Die schrecklichen Erlebnisse eines „Spiegel"-Redakteurs im *„Musterstaat des Stalinismus"*.

Nun hat es sich der Mann wahrhaftig nicht einfach gemacht und allerlei Gefahren auf sich genommen. Eine Sensation allein schon die Tatsache, daß es ihm überhaupt gelungen ist, in den *„am konsequentesten isolierten Staat"* dieser Welt einzudringen. Wo man doch weiß, daß dort nur *„von Albaniens Auslandsvertretungen handverlesene Besucher-Delegationen"* einreisen dürfen.

Nun wird der erfahrene „Spiegel"-Leser hier sicher stutzen und sich über die Schlampigkeit der albanischen Auslands-Stalinisten wundern, denen beim Handverlesen ausgerechnet ein so notorischer Antikommunist wie Frietjof Meyer (Spezialgebiet: Anti-Stalin-Hetze) durch die Finger gerutscht ist. Wir aber wollen uns nicht weiter über diesen sonderbaren Umstand wundern. Denn immerhin hat es unser Mann ja geschafft. Er landete auf dem Flughafen Rinas und mußte sich dort auf der Stelle — erstes Abenteuer — *„rigorosen Prüfungen unterwerfen"*.

Worin die bestanden? Nun, er mußte auf einer ihm vorgelegten Zollerklärung Rechenschaft über die *„Marke des Photoapparats sowie der eventuell mitgeführten Waschmaschine"* ablegen. Doch was ein rechter „Spiegel"-Redakteur ist, der besteht solche Prüfungen mit Glanz und unterzeichnet — ohne mit der Wimper zu zukken — auch die rigoroseste Zollerklärung. Und eine Waschmaschine hatte er schlauerweise gar nicht mitgenommen.

Aber dann, kaum war diese Klippe glücklich genommen, das nächste Abenteuer: die Begegnung mit den Eingeborenen! *„In den versteckten Altstadtvierteln der Hauptstadt Tirana erscheint der Ausländer oft als der erste Fremde seit Jahrzehnten — man betrachtet ihn mit äußerster Neugier, ohne den Kopf zu wenden, kreuzt dann seinen Weg, sieht ihn aber nur aus den Augenwinkeln an. Die Skipetaren erwidern keinen Gruß, entziehen sich bestürzt einem Gespräch, und Kinder, die winken, bekommen von der Mutter eins auf die Finger."*

Dieser gefährlichen Atmosphäre der äußersten Feindseligkeit also hat sich Herr Meyer in Verfolgung seiner journalistischen Aufgabe ausgesetzt — eine Expedition durch Neu-Guinea wäre ein Spaziergang dagegen gewesen. Trotz solcher Gefährdungen aber hatte unser „Spiegel"-Mann noch Mut genug, um gegenüber seinen albanischen Gesprächspartnern auch in die Offensive zu gehen. So brachte er beispielsweise einen Fabrikdirektor *„fast zum Zusammenbruch des Weltbilds"*. Womit? Ganz einfach, durch die mit zwingender Logik vorgetragene Feststellung, daß die im Mittelmeer kreuzende Sechste US-Flotte auch Albanien militärisch schützen würde.

Kein Wunder, daß da manch Weltbild krachen mußte. Hatten die Albaner doch — bis Herr Meyer zu ihnen kam — überhaupt keine Ahnung von den brisanten internationalen Verwicklungen, die sie selbst heraufbeschworen haben. Denn dadurch, daß sie es sich undankbarerweise mit den beiden *„roten Supermächten verdorben"* haben (mit Jugoslawien sowieso) häuften sie höchstpersönlich das Pulver aufeinander, an dem sich *„wieder einmal ein Weltkrieg entzünden könnte."*

Im Garten Eden ein Götze aus Granit

SPIEGEL-Redakteur Fritjof Meyer in Albanien – Traumreich für Grüne und Musterstaat des Stalinismus

Stalin-Denkmal in Tirana
Das einfache Leben

aus eigener Kraft: Markt in der albanischen Provinzstadt Fier

146

Wo käme man denn auch hin, wenn es sich jeder dahergelaufene Volksstamm leisten kann, eine Supermacht vor die Tür zu setzen. So was von Kriegstreiberei muß ja gerade einen „Spiegel"-Redakteur heftig empören! Und muß da nicht wirklich die Sechste US-Flotte mal Ordnung in diese *„Balkan-Querelen"* bringen?

Nach dieser kleinen Abschweifung in die Gefilde der Sicherheitspolitik will der Leser nun aber von unserem „Spiegel"-Mann wissen, wie es denn über das alltägliche Leben in Albanien zu berichten weiß. Und Fritjof Meyer verschweigt nichts! Rücksichtslos enthüllt er die Schrecken des Stalinismus: von der Tatsache, daß die Albaner allesamt in Slums leben bis hin zu den furchtbaren Folgen der sozialistischen Frauenemanzipation: *„So sind die schwere Landarbeit wie auch der Straßenbau nach gutem alten Brauch den Frauen überlassen... am hellichten Vormittag flanieren dafür arbeitsfähige junge Männer in Rudeln über den Corso und bevölkern die Caféhäuser."* Nach solcherlei Enthüllungen wartet der Leser nunmehr gespannt auf den letzten großen Clou: Versorgungskrise, Zerrüttung der Wirtschaft und dergleichen.

Man kennt das ja. Und weil Meyer seine Leser in jedem zweiten Absatz darauf hinstößt, daß er sich in dem letzten Land der Welt bewegt, in dem *„noch eifrig Stalinismus praktiziert"* wird, erwartet man füglich auch dicker Klöpse als man sie in Meldungen über die Katastrophen in Polen, in Rumänien oder in der Sowjetunion serviert bekommt. Also, Herr Meyer, was ist? Große Enttäuschung! *„Käuferschlangen sieht man nicht; beim Fleischer gibt es abgepackte Portionen und Geflügel."*

Wirklich peinlich. Einige Albanerinnen, die man aus dem vorbeifahrenden Auto bei der Feldarbeit sieht, kann man ja ohne weiteres zum Bild einer allgemeinen Frauen-Fronarbeit ausmalen. Ein unverputztes Wohnhaus kann ohne Mühe in einen Slum verwandelt werden. Und wenn ein schwarzer Mercedes den Weg kreuzt? Klarer Fall: Hier erkennen wir die untrüglichen Zeichen einer Bonzendiktatur. Aber was macht man bloß ohne Käuferschlangen, mit wohl gefüllten Auslagen in den Lebensmittelgeschäften?

Fritjof Meyer quetscht sich den Satz ab: *„Doch im Unterschied zu anderen Weltgegenden, wo derartige Experimente wieder aufgegeben wurden, funktioniert, jedenfalls zur Zeit, der Stalinismus hier sehr wohl: ein geordnetes Land, wohlbestellte Äcker, satte Menschen, die ihren zwar bescheidenen, doch nach den Maßstäben junger Aufgeklärter von heute durchaus hinreichenden Lebensstandard ganz aus eigener Kraft produzieren."*

Das darf doch nicht wahr sein! Soll hier noch ein Weltbild zusammenkrachen?! Schließlich weiß doch der regelmäßige „Spiegel"-Leser aus den Artikeln des Herrn Meyer, daß der Stalinismus gerade dann erst funktioniert, wenn er aufgegeben wird. Und um die Verwirrung komplett zu machen, wird diese stalinistische Bastion an der Adria dann auch noch ein „Garten Eden" genannt, an dem unsere Grünen ihre wahre Freude hätten. Hat die „Spiegel"-Redaktion ihren Experten in Sachen Antikommunismus ausgerechnet dafür nach Tirana geschickt, daß er nun klammheimlich und hinten herum Albanien zum Mekka der Alternativbewegung aufbaut?

Diese Sorge ist verfrüht. Meyer bringt den Garten Eden nur darum ins Gespräch, um besonders wirkungsvoll sein großes Aber dagegensetzen zu können. Was nützt den Albanern ihr schönes Paradies — *„jedenfalls übt Hodscha gegen sein Volk die derzeit drakonischste Diktatur Europas aus, deren Kennzeichen — Propaganda plus Polizei — allerorten augenfällig sind."* Dieser Hodscha hat es überhaupt faustdick hinter den Ohren. Er *„gewann als 36jähriger die Gewalt über die Skipetaren."* Einfach so. Später trieb er's dann noch toller. *„Ihr selbsternannter Generaloberst Enver Hodscha ernannte sich auch zum provisorischen Regierungschef."* Die Revolution im Alleingang als Ein-Mann-Unternehmen. Das soll ihm erst mal einer nachmachen.

Aber zurück zur drakonischen Diktatur. Ausgeübt wird sie also mittels Parolen. Eine unbestreitbare Tatsache. Schließlich hat Meyer mit eigenen Augen gesehen, auf Straßen- und Landschildern, ja sogar auf Berghängen. Womit Beweis Nummer eins für die Existenz einer schrecklichen stalinistischen Diktatur im Garten Eden Albanien gesichert wäre. Fehlt noch Beweis Nummer zwei. Was war das noch? Ach ja, die Polizei. *„Staatstreue und Ordnung erzwingt der Büttel an jeder Straßenecke."* Und das ist ja nun wirklich ungeheuerlich. Da stehen doch tatsächlich leibhaftige Polizisten an albanischen Straßenecken herum und erzwingen die Staatstreue.

Leider aber läßt sich Herr Meyer nun überhaupt nicht darüber aus, wie diese Büttel das bewerkstelligen. Und gerade hier wäre doch was Handfestes, Knallhartes zu berichten notwendig gewesen. Schließlich ist auch der „Spiegel"-Leser inzwischen reichlich verwöhnt, was Büttel-Geschichten betrifft. Wir wollen nur an Brokdorf oder Startbahn West erinnern. Und Meyers eigene Abenteuer in Albanien mit den feindlichen Eingeborenen und dem Zollformular haben uns ja denn doch nicht so recht vom Hocker reißen können.

Also was ist mit den Bütteln? Sollten sie etwa, ein furchtbarer Verdacht, einfach nur den Verkehr regeln? Warum kein Wort über ihre stalinistisch-kriegsmäßige Kampfausrüstung — MP im Anschlag und so weiter. Sollten sie etwa am Ende gar unbewaffnet sein? Nicht mal einen Gummiknüppel haben? Und die sollen dann Staatstreue und Ordnung erzwingen? Das sind ja wirklich schlechte Karten für die innere Sicherheit in der drakonischsten Diktatur Europas.

Und welche Schreckensbilder des Stalinismus hat Herr Meyer sonst noch gesehen? Eine Kolonne von Strafgefangenen, einen Wachturm bei Shkodra. Auch nicht gerade überzeugend. Aber dann führt der „Spiegel"-Mann einen ganz dicken Trumpf ins Feld. Es gibt in Albanien nämlich außer diesen so eigenartig harmlosen Bütteln auch ein *„totalitäres Spitzelsystem"*. Woher er das weiß? Emigranten haben es ihm erzählt. Beweise? Es wird offen geworben für dieses System, nämlich mit der Parole „Übt revolutionäre Wachsamkeit!" Bevor aber der Leser noch darüber nachdenken kann, ob denn eine Parole, die sich an die Massen mobilisiert wenden, ausgerechnet die Existenz eines staatlichen Kontrollsystems über diese Massen belegen kann, macht Meyer schnell einen Rückzug: Es sind, so beteuert er, vor allem die Intellektuellen, die *„unter der Repression leiden."*

Also doch noch was Handfestes? Fehlanzeige. Keine Stasi-Methoden gegen die Intelligenz, nicht mal ein kleines Berufsverbot läßt sich melden. Nur eine *„völlige Abschirmung von der übrigen (ausländischen) Geisteswelt."* Na wenigstens etwas. Aber auch das macht der unglückselige Meyer wieder kaputt, indem er wenige Seiten später erzählt, die Fernsehantennen einer Arbeitersiedlung in Durrës seien *„auf Italien, nach Westen"* gerichtet. Da werden nun die Intellektuellen mit viel Mühe von der Außenwelt abgeschirmt, und die Arbeiter sitzen vor dem Kasten und sehen sich das italienische Fernsehprogramm an, ohne daß ihnen der Staat den Empfang vermasselt.

Also wirklich, Herr Meyer, das ist ja nun ein äußerst schlaffer Stalinismus, wo das Volk offenkundig nur mit Parolen an den Hauswänden unterdrückt wird. Mit solchen Berichten kann man wahrhaftig nicht dazu beitragen, das Weltbild seiner Leser zu stabilisieren.

Bleibt uns nur noch eine letzte Frage: Gibt es denn nun auch für dieses Albanien noch eine Chance, daß es sich des Stalinismus, des „Götzen aus Granit", entledigt und endlich Verhältnisse verwirklicht, wie wir sie bei uns so liebgewonnen haben: mit einer anständigen Arbeitslosigkeit und vor allem mit einer strammen, vernünftig bewaffneten Polizei, die auch mal richtig reinknüppeln kann und nicht nur immer an den Ecken herumlungert?

Diese Chance gibt es durchaus. Von unten her wird das System schon unterhöhlt. Meyer hat es mit eigenen Augen gesehen: *„Wenn es Abend wird in den Siedlungen der Adlersöhne, suchen sich die Albaner ihre Freiräume. Verheiratete Frauen gehen... spazieren mit Rouge(!) auf den Lippen und in hochhackigen(!!) Schuhen nicht eben systemkonform."*

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
1. Programm		
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





Sonntag, 13. Dezember
10.30 Uhr ZDF
Die Passagierin. Polnischer Spielfilm aus den frühen sechziger Jahren von Andrzej Munk. Eine KZ-Aufseherin wird durch die Begegnung mit einer Überlebenden von Auschwitz an ihre Vergangenheit erinnert.

***

Sonntag, 13. Dezember
17.45 Uhr ARD
Greenpeace. Bericht über die Umweltschutzorganisation, die immer wieder durch spektakuläre Aktionen Aufsehen erregt hat.

***

Sonntag, 13. Dezember
19.00 Uhr NDR III
Der unvergessene Krieg. „Die Alliierten" — es geht in dieser Folge um die Verbündeten der Sowjetunion im antifaschistischen Krieg, die sich über zwei Jahre hinweg weigerten, in Frankreich eine zweite Front gegen Hitler zu eröffnen und damit die Sowjetunion zu entlasten.

***

Montag, 14. Dezember
21.15 Uhr ARD
Kontraste. Das Magazin will unter anderem einen Bericht über die von Stephan Hermlin initiierte Friedenskonferenz in Ostberlin berichten, zu der Schriftsteller und Wissenschaftler aus beiden Teilen Deutschlands eingeladen sind.

***

Montag, 14. Dezember
21.20 Uhr ZDF
Der Kirschgarten. Live aus dem Schauspielhaus Bochum überträgt das ZDF dieses Schauspiel von Anton Tschechow, das den Niedergang der russischen Feudalklasse gestaltet. Die Regisseure Karge und Langhoff haben das Stück in eine Komödie umfunktioniert.

***

Montag, 14. Dezember
21.30 Uhr WDR III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge „Die Alliierten".

***

Montag, 14. Dezember
20.20 Uhr Südwest III
Der unruhige Tod von Julius und Ethel Rosenberg. Die Rosenbergs wurden auf dem Höhepunkt der vom US-Senator McCarthy betriebenen Kommunistenjagd als angebliche Spione hingerichtet.

***

Dienstag, 14. Dezember
21.45 Uhr WDR III
Matte Wetter. Ein Film über die Erfahrungen von Bergleuten.

***

Mittwoch, 16. Dezember
20.15 Uhr ARD
Schwestern oder Die Balance des Glücks. Film von Margarete von Trotta über die schwierige Beziehung dreier sehr verschiedener Schwestern. Mit Jutta Lampe, Gudrun Gabriel und Jessica Früh.

Büchertips für Weihnachten

Politik & Geschichte

In dieser Ausgabe des „Roten Morgen" wollen wir einige weitere Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt vorstellen, die natürlich nicht nur als Weihnachtsgeschenke, sondern die auch zum Selberlesen geeignet sind.

Drei wichtige Werke, die insgesamt ein vollständiges Bild über die Erfolge und Probleme des sozialistischen Aufbaus in Albanien vermitteln, hat in diesem Herbst der Verlag 8 Nentori aus Tirana vorgelegt:

***

Enver Hoxha, Bericht an den 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens.
316 Seiten, 5,40 DM
Mehmet Shehu, Bericht über den 7. Fünfjahrplan (1981-1985)
212 Seiten, 4,20 DM
Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens (Periode 1966-1980)
354 Seiten, 7,20 DM
Alle zu beziehen über Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.

***

Die beiden ersten Bücher sind Dokumente des 8. Parteitags der PAA. Aus dem Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha hat der „Rote Morgen" in den vergangenen Wochen längere Auszüge veröffentlicht, sodaß sich unsere Leser bereits ein Bild von den darin behandelten Themen machen konnten. Mehmet Shehu gibt in seinem Bericht eine Analyse des abgeschlossenen 6. Fünfjahrplans und entwickelt die Perspektiven des nächsten Plans, des ersten, der gänzlich gestützt auf die eigenen Kräfte des albanischen Volks verwirklicht werden wird.

Wir erleben ja gegenwärtig die bislang tiefste Krise des revisionistischen Systems, die sich vielleicht am drastischsten im Zusammenbruch der Versorgung mit Lebensmitteln in einigen Ländern zeigt. Für die westliche Bourgeoisie, die solche Erscheinungen umlügt in eine angebliche Krise des Sozialismus, ist das ein willkommener Anlaß zur Verstärkung ihrer antikommunistischen Hetze, zur Propagierung ihrer „sozialen Marktwirtschaft" als der immer noch besten aller denkbaren Welten.

Die hier angeführten Dokumente des letzten Parteitags der PAA sind da ein hervorragendes Material, um solcher gezielten Verwirrung hinsichtlich der sozialistischen Alternative entgegenzuarbeiten. Hier wird nicht nur mit Fakten belegt, daß Albanien als der heute einzige sozialistische Staat auf der Welt tatsächlich völlig unberührt geblieben ist von der Krise, die alle kapitalistischen Länder — ob in Ost oder West — erfaßt hat. Es werden auch die grundlegenden Prinzipien entwickelt, die Albanien so vollständig von der übrigen Welt unterscheiden und deren konsequente Verwirklichung die hier dargestellten Erfolge erst möglich gemacht haben.

Eine gründliche Analyse aller Aspekte der sozialistischen Entwicklung Albaniens in den letzten anderthalb Jahrzehnten gibt der Fortsetzungsband der „Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens". Hier sind unter anderem die großen revolutionären Massenbewegungen Ende der 60er Jahre, die Maßnahmen zur Vertiefung der proletarischen Demokratie und natürlich auch die Auseinandersetzungen mit dem chinesischen Revisionismus sowie mit den verschiedenen parteifeindlichen Cliquen innerhalb der PAA behandelt.

Diese drei Bücher sind eine Pflichtlektüre für jeden, der sich ernsthaft mit den Alternativen zum kapitalistischen System auseinandersetzt.



Das ist doch...? Tatsächlich, hier agitiert vor einem Transparent mit der Parole „Atomwaffen? Nein!" ein junger SPD-Politiker namens Helmut Schmidt. Kernsatz seiner Ausführungen: „Der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Waffen gegeneinander zu bewaffnen, wird in der Geschichte einmal als genauso verhängnisvoll angesehen, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war." Genau! Das war im Jahre 1958, als sich der Abgeordnete Schmidt (ein Mann mit Zukunft — jedenfalls damals noch) als Friedensstreiter profilierte. Zitat und Foto sind zu finden in dem Band

***

BIKINI. Die 50er Jahre. Kalter Krieg und Caprisonne.
Elefanten-Press, Westberlin, 29,80 DM (ab 1.1.82 36,— DM)

***

Es handelt sich bei diesem großformatigen Band nicht um eine nostalgische Verklärung der 50er, sondern um die Bestandsaufnahme eines Jahrzehnts, in dem die entscheidenden Weichen für die Entwicklung des Nachkriegsdeutschland gestellt wurden. Die Folgen sind ja bekannt — oder vielmehr werden sie vielen erst heute so recht sichtbar. Umso notwendiger ist gerade jetzt ein Buch wie dieses. In ausgezeichneten Darstellungen werden Themen wie etwa die Restauration des deutschen Imperialismus, die Integration der BRD ins amerikanische Militärsystem oder die Durchsetzung der „Sozialpartnerschaft" in den neu entstandenen Gewerkschaften abgehandelt.

Daneben gibt es eine Fülle von Dokumenten, die man sonst wohl nur schwer finden dürfte. Und jede Menge Bilder — Fotos, Plakate, Grafiken, Karikaturen usw. Vieles von dem Fotomaterial über die Klassenkämpfe in den 50er Jahren (Streiks, Friedensbewegung usw.), die im übrigen auch im Text ausführlich behandelt werden, ist hier zum ersten Mal veröffentlicht. Hinzugefügt werden muß noch, daß sich dieser Band auch ausführlich mit der ersten Jugendopposition in der BRD-Geschichte (der Rock'-n'-Roll-Ära), mit der kulturellen Öde jener Jahre und mit allen Formen des Alltagslebens befaßt. Insgesamt nicht nur eine vorzüglich geschichtliche Darstellung, sondern auch ein Lese- und Bilderbuch, in dem das Herumschmökern richtig Spaß macht.

Ein Drittel aller Erwachsenen in der Bundesrepublik sind regelmäßige Leser der „Bild"-Zeitung. Über die Rolle dieses Springerschen Kampfblatts braucht an dieser Stelle wohl nichts gesagt zu werden. Klar ist aber, daß man sich mit der Existenz dieser Dreckschleuder nicht einfach abfinden kann. Wenn es um den Kampf gegen „Bild" geht, fällt natürlich als erster der Name Wallraff. Der Kölner Schriftsteller hat jetzt sein drittes Buch über das Massenblatt vorgelegt:

***

Günter Wallraff, Das BILD-Handbuch.
Konkret-Literatur Verlag, 238 Seiten, 15,— DM

***

Die Darstellung beginnt mit einem Kronzeugen in Sachen Wallraff gegen Springer, der unter mysteriösen Umständen tot aufgefunden wird. Der Mann, ein abgesprungener „Bild"-Redakteur, war schon vorher „als Warnung" zusammengeschlagen worden. Im Fall des toten Zeugen führen Spuren ebenso zum BND wie bei der Abhöraktion, die von der Kölner „Bild"-Redaktion gegen Wallraff in Gang gesetzt wurde.

Überhaupt: Kriminelle Praktiken des Springer-Konzerns machen auch in diesem Buch wieder einen großen Teil aus. Selbst hartgesottenen Leuten stehen da beim Lesen manchmal die Haare zu Berge. Daneben nimmt Wallraff auch gekonnt solche Figuren wie den „Bild"-Pfarrer Sommerauer oder den Wunderheiler Köhnlechner auseinander. Außerdem bringt das Handbuch Materialien über den Springer-Konzern, Erfahrungsberichte ehemaliger „Bild"-Leser und anderes.

Ein eindeutiges Plus auch in diesem „Bild"-Buch von Wallraff ist die Tatsache, daß es im Gegensatz zu vielen sonstigen Publikationen über das Blatt, völlig auf jede Häme und Überheblichkeit gegenüber den „Bild"-Lesern verzichtet. Zudem ist es äußerst spannend geschrieben, niemals wird mit erhobenem Zeigefinger argumentiert — also ein gutes Geschenk gerade für Leute, die immer noch „Bild" lesen.

Literatur zur Atomrüstung und zur Kriegsgefahr gibt es im Augenblick massenweise. Vieles davon, aus DKP-nahen Verlagen, ist allerdings hauptsächlich zum Ruhm des sowjetischen Militärapparats geschrieben. Andere Bücher bleiben im bloßen Abzählen der Sprengköpfe auf jeder Seite stecken oder verbreiten sich darüber, mit welchen Methoden man denn am besten die dem Menschen angeborene Aggressivität bekämpfen und so den Frieden auf alle Zeit sichern könnte.

Unter den vielen Neuerscheinungen haben wir zwei brauchbare Bücher ausgesucht:

***

Wilhelm Bittorf (hg), Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher.
Spiegel-Buch im Rowohlt Verlag, 224 Seiten, 14,— DM
Wolf Perdelwitz/ Heiner Bremer, Geisel Europa.
Verlag Olle & Wolter, 352 Seiten, 24,— DM

***

Den Hauptteil von Bittorfs Buch macht der Nachdruck seiner eigenen im „Spiegel" erschienen Artikel-Serie aus. Eine saubere journalistische Arbeit, in der die Geschichte des „Nachrüstungs"-Beschlusses und damit der neuen amerikanischen Militärstrategie, die Wirkungsweisen der neuen Waffen und ihre Funktion für einen Kriegsschauplatz Europa dargestellt werden. Anhand von Fakten und vielen Zitaten amerikanischer Militärs zieht Bittorf auch die Linie von einem drohenden Krieg ums Öl zwischen den Supermächten und den Vorbereitungen auf einen Atomkrieg in Europa. Wie nicht anders zu erwarten, bleiben politische Schlußfolgerungen — wie sie sich aus der Darstellung selbst geradezu aufdrängen — zwar ausgespart, aber insgesamt ist Bittorfs Darstellung eine gute Widerlegung der offiziellen Bonner Sicherheitspolitik. Am Anhang unter anderem Hintergrundberichte und Dokumente, darunter besonders erwähnenswert die amerikanische Studie „Der Sieg ist möglich", in der dargelegt wird, daß und warum die USA einen Atomkrieg in Europa gewinnen können.

Ebenso wie Bittorfs Buch hat auch das von Perdelwitz/Bremer den Vorzug, daß es gut geschrieben und nicht nur für Experten verständlich ist. Die beiden Autoren stellen das Thema noch ausführlicher dar, der neueste Stand des Wettrüstens ist ebenso berücksichtigt wie die Entwicklung der europäischen Friedensbewegung. Besondere Kapitel sind unter anderem der Neutronenbombe, dem in der BRD gelagerten Atomwaffenpotential und der militärischen Bedeutung von Kernkraftwerken gewidmet.

Perdelwitz/Bremer gehen in ihrer Darstellung davon aus, daß die beiden deutschen Staaten „zum nuklearen Schlachtfeld werden, falls die beiden Großmächte ihre Rivalität um die Führung in der Welt einmal ausschießen sollten. Denn Europa — und Deutschland in seinem Herzen — ist zur Geisel der Großen geworden." Dennoch empfehlen auch sie als Alternative nur eine „größere Distanz" der BRD zur Supermacht USA durch Fortsetzung sogenannter Entspannungspolitik.

Wer also eines dieser beiden Bücher verschenken will, sollte die von der KPD herausgegebene Broschüre „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden" dazulegen.

Kinder- & Jugendbücher

Seit 1966 arbeitet in Westberlin das Kinder- und Jugendtheater Grips, bis heute sicher noch das beste in seiner Art. Die Grips-Leute haben es sich zur Aufgabe gemacht, ein realistisches Theater zu entwickeln, das die Phantasie der Kinder anregt und gleichermaßen ihr Selbstbewußtsein stärkt.

Der Verlag Elefanten Press hat jetzt einige Grips-Stücke als Nacherzählungen herausgebracht, jeweils mit vielen Zeichnungen.

„Stärker als Supermann" ist Michael in den Augen seiner Freunde, obwohl er behindert ist und sich ständig deswegen mit Vorurteilen auseinandersetzen muß.

„Spaghetti und Ketchup" gibt's bei Axel und Dieter. Ihre Mutter mußte plötzlich ins Krankenhaus, und die beiden Kinder müssen jetzt ohne sie auskommen. Die Tage, in denen sie nun auf sich gestellt sind, werden für beide zum Abenteuer.

„Mensch Mädchen". Ulrike, Sabine und Gaby haben einen geheimen Astronauten-Club gegründet und basteln an einer Rakete. Bruno macht den drei Mädchen klar, daß sie überhaupt keine Ahnung haben — dann wird er allerdings eines Besseren belehrt.

Alle Bücher haben ca. 100 Seiten und kosten 10,80 DM. Für Kinder ab sechs Jahren.

Der Erfolg der Fernsehserie **„Die Kinder aus Nr. 67"** hat den Verlag Sauerländer dazu gebracht, den gleichnamigen Jugendroman von **Lisa Tetzner** wieder aufzulegen. Er erzählt in insgesamt neun Bänden die weitverzweigte Geschichte einer Kindheit im faschistischen Deutschland und der verschiedenen Stationen der Emigration. Bislang sind drei Doppelbände erschienen, jeweils zum Preis von 16,80 DM.

Die revolutionäre Jugend-Schriftstellerin Lisa Tetzner ist vielen sicher noch als Autorin des Buches „Hans Urian" bekannt, das vor Jahren in der Rotfuchs-Reihe erschien (inzwischen leider vergriffen). Weniger bekannt ist wohl die Tatsache, daß sie nach dem Ersten Weltkrieg als Märchenerzählerin durch Deutschland zog. Und es war immerhin Hermann Hesse, der sie „die wohl beste Märchenerzählerin der Welt" nannte.

Ihre große Sammlung **„Die schönsten Märchen der Welt für 365 und einen Tag"** in zwölf Bänden — für jeden Monat einen — wird gegenwärtig in der Sammlung Luchterhand (Band 401 - 412) neu aufgelegt. Die meisten Bände sind schon erschienen, sie kosten zwischen 9,80 DM und 12,80 DM.

Ebenfalls in der Sammlung Luchterhand (Band 345) ist **Max von der Grüns Bericht „Wie war das eigentlich?"** als Taschenbuch herausgekommen. Aus eigenen Erinnerungen und Dokumenten setzt der Dortmunder Autor das Bild einer Kindheit und Jugend im „Dritten Reich" zusammen.

Zum Schluß noch zwei ältere, aber immer noch empfehlenswerte Jugendbücher aus dem Weismann Verlag, München:

Ludwig Renn, Trini. 334 Seiten, 16,80 DM. Dieser Roman des bekannten sozialistischen Schriftstellers erzählt eine Geschichte vom Kampf gegen die Unterdrücker aus den mexikanischen Bauernkriegen.

Arkadi Gaidar, Russische Kindheit. 232 Seiten, 12,80 DM. Gestützt auf seine eigenen Erfahrungen schildert Gaidar in diesem spannenden Buch, wie sich der 13jährige Boris während des Bürgerkriegs in der Sowjetunion der Roten Armee anschließt und mit ihr kämpft.

Kassetten & Bildbände

Nahezu das gesamte erzählerische Werk des großen sozialistischen Schriftstellers Maxim Gorki liegt jetzt dtv in einer Kassette mit Dünndruck-Ausgaben vor:

Maxim Gorki, Romane und Erzählungen in fünf Bänden. 69,— DM. Die Bücher können auch einzeln bezogen werden. Empfehlung: Drei Menschen/ Die Mutter. dtv. Nr. 2017, 12,80 DM.

Heinrich Heine gibt es jetzt zum ersten Mal komplett als Taschenbuch:

Heinrich Heine, Sämtliche Schriften. Zwölf Bände in Kassette, Ullstein Nr. 37093, 120,— DM.

Karl Valentin, der bayrische Volksschauspieler und „Linksdenker", ist als Komiker bis heute unerreicht. Im Piper Verlag gibt es jetzt eine Sammlung seiner Stücke, Couplets und Monologe:

Karl Valentin, Gesammelte Werke. Vier Bände in Kassette. 36,— DM.

Wer aktuelle und gute Satire sucht, der greife zu dem Band

Das Buch Titanic. Kiepenheuer & Witsch, 200 Seiten, 19,80 DM.

Dieses Buch faßt die besten Beiträge zusammen (in Wort und Bild), die in der Zeitschrift „Titanic" erschienen sind. Wer sich dieses Blatt allerdings eh schon jeden Monat kauft, dem sei der jetzt erschienene Bildband eines Titanic-Zeichners empfohlen:

Hans Traxler, Leute von gestern. Es sind Szenen „aus dem Leben großer Geister", von Noah bis Woody Allen, die Traxler hier gezeichnet und mit gereimten Kommentaren versehen hat. Sehr witzig — jede Szene garantiert ein Lacher —, allerdings auch sehr teuer, nämlich 29,— DM.

Zwei bemerkenswerte Kunstbände sind noch zu empfehlen: **Käthe Kollwitz, Druckgraphik — Plakate — Zeichnungen.** Der großformatige Band stellt mit 150 Abbildungen das Schaffen der Kollwitz umfassend dar. Elefanten Press, Westberlin, 29,— DM (Broschur), 39,— DM (Hardcover).

Theophile-Alexandre Steinlen. Ein hervorragend gemachter Ausstellungskatalog (Format 24x32 cm), der auf 400 Seiten das Werk des französischen sozialistischen Malers präsentiert, der hierzulande zumeist nur mit seinen Lithographien aus der Zeit der Pariser Kommune bekannt ist. Büchergilde Gutenberg, 29,90 DM.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 50, 11 Aralık 1981 | Yıl: 15 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Federal Almanya'da işsiz sayısı giderek artmaktadır

30 yıldan bu yana en yüksek işsiz sayısı kaydedildi

NÜRBERG. — Federal Çalışma Dairesi yaptığı bir araştırmaya göre, Batı Almanya ve Batı Berlin'de işsizlerin sayısı, Kasım ayında 124007 artarak 1489976 olduğunu açıkladı. Böylece işsizlik oranı Ekim ayına kıyasla yüzde 5,9'dan yüzde 6,4'e yükselmiş oldu. Açıklanan yeni işsizlik ortalaması ile, Federal Almanya'da işsiz sayısı 30 yıldan bu yana en yüksek sınıra ulaşmış oldu. Fakat işsizlerin sayısı bununla sınırlı kalmayacak, önümüzdeki dönem daha yoğun bir şekilde artacaktır . Nürnberg Federal Çalışma Dairesi Başkanı Stingl'in yaptığı bir açıklamada "işsiz sayısının önümüzdeki kış aylarında 2 milyona varacağını" belirtti.

Geçen yıla oranla işsizlerin sayısı 522400 daha arttı. Bu süre içerisinde özellikle 20 yaşından küçük, işsiz yerli ve yabancı gençlerin sayıları yoğun bir şekilde yükselme gösterdi. İşsiz yerli ve yabancı gençlerin sayısı yüzde 6 oranında yükselme göstererek 139643'e ulaştı.

Artan işsizlikten özellikle etkilenen kesimler yabancı işçilerdir. Yabancı işsizlerin sayısı geçen yıl yüzde 69,2 olurken, şimdi 16200 artarak 209342'ye yükseldi. Bu, Batı Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan 4,5 milyon yabancıdan 9,9'nun işsiz olduğu demektir.

Burada şu gerçeği de gözönünde bulundurmalıyız: Birincisi; burjuva istatistikleri işsizlerin gerçek sayısını dile getirmemekte, ikincisi; bu istatistikleri hazırlayanlar, yüzbinlerce işi olmayan emekçiyi kendi kıstaslarına göre işsiz olarak saymamaktalar. Resmi olarak sayıları açıklanan işsizlere dahil edilmeyen işsiz emekçilerin sayısı ise 800000 civarında tahlin edilmektedir. Eğer Stigl'in yaptığı açıklamaya, bu kara listede olan işsizlerin sayısını da ekler ve öyle hesaplayacak olursak, daha şimdiden işsizlerin sayısı iki milyonu aşmaktadır.

Diğer yandan, patronların çeşitli sanayii dallarında ve Bonn Hükümeti'nin de kamu işletmelerinde rasyonalleşmeye gideceklerini hesaba katmalıyız. Ayrıca bunun yanı sıra Bonn Hükümeti'nin tasarruf programı dahilinde öngördüğü kısıtlamalarla 500000 büro işçisini işten atmak istiyor. Bunlara, önümüzdeki dönemde kapitalizmin buhranının daha da derinleşeceğini ve dolayısıyla bir çok işyerinin iflas edeceğini ve bu nedenle patronların toptan çıkaşlara gideceğini de hesaba katmalıyız. İşte, bu koşullar altında, işsizlerin sayısının azalması yerine her geçen gün daha da artacaktır.

Öte yandan her yıl binlerce gencin de çalışma yaşına varacağını ve iş yeri bulamayacaklarını hesaba katarsak, işsizler ordusu daha da kalabalıklaşacaktır. Ayrıca önümüzdeki yıl içerisinde hükümetin tasarruf programı dahilinde kamu işletmelerinde daha yoğun bir şekilde kısıtlamalara gitmesi, işsiz sayısını daha da hızlı artıracaktır. Eğer bunun önü alınmazsa; bu, emekçi halkın yaşam şartlarının daha da ağırlaştırılması demektir.

İşsizliğin önlenmesi yönünde ne hükümetten, ne de diğer partilerden bir umut beklenebilinir. Bu nedenle işsizliğin daha da yükselmesini önlemenin yolu; işyerlerinin kapatılmamasını sağlamak için patronlara ve Bonn'da tasarruf programları dahilinde kamu işletmelerinde çalışan emekçilerin sayılarını düşürmeyi planlayan Federal Hükümet'e karşı sürdüreceğimiz kararlı mücadeleden, tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftasını gerçekleştirmekten ve hükümetin sosyal hakları kısıtlaması ve çılgınca silahlanma adımlarına karşı sürdüreceğimiz güçlü sendikal direnişten geçer. Ancak bunların tümünü gerçekleştirebilmek için, DGB Merkez Yönetimi'nin şu an izlediği sosyal ortaklık siyaseti terkedilmeli ve sendikalarımız içerisinde sınıf mücadeleci bir siyasetin izlenmesi sağlanmalıdır!

(„Im Winter zwei Millionen Arbeitslose")

Almanya Komünist Partisi (Marksist-Leninist)KPD

Merkez Komitesi

Arnavutluk Emek Partisi Merkez Komitesi'ne, Enver Hoca Yoldaş'a

Dortmund, 24 Kasım 1981

Sevgili Yoldaşlar!

Almanya Komünist Partisi Merkez Komitesi adına: Kurtuluşunuzun ve halk devriminin zaferinin 37 . yıldönümü dolayısıyla, size, Arnavutluk Emek Partisi'ne ve tüm Arnavut halkına kardeşçe mücadele selamlarımı ve tebriklerimi iletirim.

Yakın zamanda yapılan ve bizim de katılma şerefine layık olduğumuz, 8. Parti Kongrenizde geride bıraktığınız beş yıllık dönemin bir bilançosunu yaparak, önünüze yeni görevler koydunuz. Devrimci atılım bugün Arnavutluk'a damgasını vurmaktadır. Bu atılımla; Arnavut işçi sınıfı ve tüm Arnavut halkı, başında Enver Hoca yoldaşın bulunduğu Partinizin önderliğinde sosyalizmin inşaası ve ülkenin bağımsızlığının savunulması için tespit ettiğiniz yeni önemli görevleri gerçekleştirmeye daha bugünden koyuldu. Bu görevleri gerçekleştirmede size büyük başarılar dileriz.

Sizin başarılarınız, aynı zamanda bizim başarılarımız sayılır. Arnavutluk'ta sosyalizmin inşaası, ülkenin bağımsızlığının korunmasının kararlı bir şekilde savunulması ve Marksizm-Leninzmin saflığını korumak için sürdürdüğünüz ilkeli mücadele; bizi sosyalizmin zaferi için burjuvaziye, gericiliğe, emperyalizme ve sosyal emperyalizme, revizyonizme ve oportunizme karşı verdiğimiz mücadelede cesaretlendirmektedir.

Marksizm-Leninizm ve proletarya enternasyonalizmi temelinde partinizle sağlam mücadele birliğimizin olmasından gurur duymakta ve sevinmekteyiz. Bunun, partilerimizin çıkarı doğrultusunda sürekli geliştirilmesini diliyoruz.

Devrimci Selamlarla

Almanya Komünist Partisi Merkez Komitesi Başkanı Ernst Aust

BARIŞ YÜRÜYÜŞÜ: **Geçen hafta Almanya'nın bir çok şehrinde barışın korunması için protesto eylemleri düzenlendi. Hamburg'ta düzenlenen kitlesel gösteriye 30000'i aşkın barışsever insan katıldı. NATO ek silahlanma kararına ve Baden Württemberg'e yerleştirilmesi planlanan Pershing 2 orta menzilli silahlara karşı, eyaletin çeşitli şehirlerinde protesto eylemleri düzenlendi. Bu yönde; Ulm, Heilbronn ve Schwëbisch Gmünd'te düzenlenen eylemlere toplam 13000 barışsever insan katıldı.**

Hükümetin Tasarruf Programı'na karşı mücadele giderek yükselmektedir

PTT sendikası greve gidileceğini açıkladı

KASSEL/BONN. — 7 Aralık Pazartesi günü Kassel'de toplam 5000 emekçi Bonn Hükümeti'nin sosyal hakları kısıtlama kararlarını protesto ettiler. ÖTV ve Demiryolu İşçileri Sendikasından sonra, geçen hafta da Posta Emekçileri Sendikası Bonn Hükümeti'nin kamu işletmelerinde ücretleri düşürmek istemesi adımına karşı greve gideceklerini açıkladılar. Ayrıca Bonn'da yapılan DGB Memurlar Kurultayı'nda da, sendikal örgütlenmede yer alan memurlar, hükümetin bu adımlarına karşı mücadele tedbirleri almaya başvuracaklarını açıkladılar.

Bu hafta başında 5000 işçi Kasselde düzenlenen yürüyüş ve büyük mitinge katılarak Bonn Hükümeti'nin Tasarruf Programını protesto ettiler. DGB Kassel Yönetimi'nin çağrı yaptığı bu yürüyüş, "Bonn Hükümeti'nin sosyal hakları kısıtlama politikasına karşı direneceğiz" şiarı altında düzenlendi.

Matbaa ve Kâğıt Sendikası (IG Druck u. Papier) Yönetim Kurulu üyesi Detlef Hensche'nin "ne ücret artışlarından vazgececeğiz ne de SPD-FDP Hükümet Koalisyonunun saldırılarını affedeceğiz. Ücretlerin düşürülmek istenmesine, sosyal hakların kısıtlanmasına ve işyerlerinin kapatılmasına karşı kararlı sendikal mücadele gerekmektedir. Bu nedenle, sendikalar tüm gücüyle sermaye ve hükümet tarafından sağlanmak istenen ücret ve sosyal haklardaki sıfıra doğru dönüşüme karşı durulmaluıdır" diye yaptığı açıklaması büyük alkış topladı.

Ayrıca Federal Almanya Posta Emekçileri Sendikası Yönetim Kurulu üyesi Gerd Ferdinand geçen hafta sonu. "PTT emekçilerinin mücadeleci bir eyleme hazır olduklarını" açıkladı.

Öte yandan DGB 11. Memurlar Kurultayı'na katılan delegeler ise Bonn Hükümeti'nin Tasarruf Planlarını "uzlaşmaz bir şekilde" reddetti ve memurların buna karşı eylemler düzenleyeceklerini açıkladılar. Ayrıca Offenbach ÖTV Yerel Yönetim Kurulu Başkanı Güntermann yaptığı konuşmada; "mücadelenin gelecekte, şimdiye kadar yaşanandan daha da keskinleşeceğini" belirtti.

(„Auch Postgewerkschaft kündigt Steik an")

Peine'de kitlesel gösteri:

1 500 anti-faşist bir kürt yurtseverinin katledilmesini protesto etti

PEINE. — 5 Aralık Cumartesi günü "Peine'deki faşist katliamı Protesto Komitesi" bir yürüyüş düzenledi. Komite, bu eylemle evvelki hafta MHP'li faşistlerin bir saldırısı sonucu katledilen, Nezir Şeker'in öldürülmesini protesto etti. Bu eyleme 1500'e yakın bir kitle katılarak faşist katilleri lanetledi ve suçluların cezalandırılmasını talep etti.

Yurtdışında uzun zamandan beri Türkiyeli ilerici ve anti-faşistlere karşı saldırılarını sürdüren MHP'li faşistler, iki hafta önce de Peine'de alçakca bir tuzak kurarak iki Kürt yurtseverine saldırmış, birini ağır yaralamış ve diğerini ise katletmiştiler.

Faşist katliam olayının yayılmasının sonucu, katliam haberini alan Türkiyeli anti-faşistler bir araya gelerek bir Komite oluşturdular. Kurulan ''Peine'deki Faşist Katliamı Protesto Komitesi" olayın hemen ardından bir yürüyüş düzenleyerek katliamı protesto etti.

5 Aralık Cumartesi günü Peine, Friedrich-Ebertplatz'ta başlayan yürüyüşe katılmak için 1500'e yakın Alman ve Türkiyeli anti-faşist alana toplandı. Batı Alman polisi, kitleye gözdağı vermek ve eylemin yapılmasını önlemek için yürüyüşün yapılacağı alana toplanan kitleyi tek tek aradı ve yanlarında kimlikleri olmayan bazı arkadaşların da eyleme katılmasını önlemeye çalıştı. Ancak polisin eylemi engelleme çabalarına karşı yürüyüşe katılan anti-faşistler, kararlı bir şekilde harekete geçerek, katliamın gerçekleştirildiği yere doğru yürüdüler. Faşist katliamın gerçekleştirildiği yere gelindiğinde, Komite tarafından yürüyüşe katılan kitle bir dakikalık saygı duruşuna çağrıldı. Daha sonra kitle, miting alanına doğru yürüdü. Miting alanına varıldığında Komite tarafından Türkçe, Kürtçe ve Almanca; katliamı yeren, faşist katillerin cezalandırılmasını ve komando merkezleri "Türk Federasyon"-un yasaklanmasını talep eden birer konuşma yapıldı. Mitingin ardından yürüyüşe katılan kitle, tekrar "faşist katillerin cezalandırılmasını", "faşist bozkurtların yasaklanmasını" dile getiren sloganlar haykırarak yürüyüşün başladığı alana doğru devam etti. Ve alana varıldığında kitle, disiplinli bir şekilde alandan ayrıldı.

Peine'deki faşist katliamı protesto gösterisine partimiz KPD'de de katılarak, katliamı lanetledi.

(„In Peine wurde gegen den faschistschen Mord demonstriert")

NEZİR ŞEKER 1963



FAŞİST CANİLERCE KATLEDİLDİ

HAFTANIN YORUMU

Kapitalistler avazlarının çıktığı kadar işçi ve emekçilere, ücret artışlarından vazgeçmeleri için bağırmaktalar. Onlar, önümüzdeki toplu sözleşme anlaşmalarında, son ücret turlarında yapılan ücret artışı anlaşmasının altında, bir ücret artışı anlaşması yapılması gerektiğini vaazetmekteler. Kapitalistler, bu vaazlarını, buhranın alabildiğine derinleştiği, işsizliğin arttığı, bir çok fabrikanın kapatılarak işçilerin sokağa atıldığı, işçi ve emekçilerin her türlü sosyal haklarında kısıtlamalara gidildiği ve fiyatların yoğun bir şekilde yükseldiği bir dönemde yapmaktalar! Daha şimdiden fiyat artışları yüzde 7'nin üzerindedir.

Bu koşullar altında gerçek ücretlerimizde gene mi bir kayıbı kabul etmemiz lazım? Bu yıl içerisinde yapılan ücret artışı anlaşmalarında, dikkatlice ifade edersek, yaklaşık olarak yüzde 3 civarında gerçek ücretlerde bir kayıbımız oldu. Şimdi ise, kapitalistler önümüzdeki ücret turlarında gerçek ücretlerde daha büyük bir kayıbı göze almamız gerektiğini söylemekteler.

Gerçek ücretlerin güvence altına alınması, ancak kararlı bir grevle sağlanır!

Hem de bize böyle bir şeyi vaazedenler, sermayenin ve rahatlığın içerisinde yüzenlerdir. Gerçek ücretlerde bir kayıbı göze almamızı söyleyenler, bizi iliğimize kadar sömüren ve bu yolla sermayelerine kâr katan Alman tekelci kapitalistleridir.

Tam da bu kesimler, gene bizden kendilerinin sermayelerinin daha artması için ücret artışlarından vaazgeçmemizi istiyorlar. Bu asalaklar daha da ileri giderek, bize ücret artışlarından vaazgeçmenin, işsiz arkadaşlarımızla bir dayanışma olduğunu söylemeye bile yelteniyorlar. Onlar, fiyat artışları ile ücret artışları arasında bir dengenin sağlanmasını talep etmemizle, bizim "bencil" olduğumuzu söylüyorlar! Çünkü böylece yeni işyerlerini açmaları mümkün olmamaktaymış.

Bizi iliğimize kadar sömüren bu asalaklar, bu yolla kârlarına daha fazla kâr katmayı düşünüyorlar. Durun bakalım Beyler! Nereye böyle! Tam da bugün işyerlerini rasyonalleştirerek, yüzlercemizi sokağa atan siz değilmisiniz! Şimdi ise bir de, bizden iki yüzlüce ücret artışlarında vaazgeçmemizi istiyorlar. Onlar bütün firmayı aşırı kârları için kapatarak yüzlercemizi sokağa atmaları yetmiyormuş gibi, şimdi de yeni işyerlerinin açılması adı altında ücret artışı talebinden vazgeçmemizi talep ediyorlar.

Diyelim ki, ücret artışlarından vazgeçeceğiz, bu hangi işyerini garanti altına alacak. Son ücret turlarında resmi fiyat artışlarının altında bir ücret artışı anlaşması yapıldı. Kapitalistler, hangi işyerini sağlama aldılar. Bırakalım işyerlerini sağlama almalarını bir yana, onlarcasını kapattılar ve hala kapatmaktalar.

Kapitalistler, diğer yandan ücret artışından vazgeçmemizin, enflasyon hızını düşürmeye de faydalı olacağını açıklamaktalar. Ancak pratiğe baktığımızda, onların bu iddiaları sahte birer gerekçe olmaktan öteye gitmemektedir. Çünkü, son ücret artışı anlaşması, resmi fiyat artışlarının altında yapıldı.

İşsizlik, enflasyon ve ekonomik buhranlar kapitalizmin yol arkadaşlarıdır. Bunların hepsi, işçi ve emekçileri sömürmek ve bu yolla aşırı kârlar elde etmek isteyen kapitalist sistemin bir ürünüdürler. Öte yandan kapitalizmin tüm buhranlarının yükü ise bizim, yani ücretli emekçilerin üzerine yıkılmaya çalışılmaktadır.

İşte bundan ötürü, kararlı bir şekilde çıkarlarımızı savunmalı, her kuruş için mücadele etmeliyiz. Resmi fiyat artışlarının altında yapılacak bir ücret artışı anlaşması, kapitalistlerin işine yarayacaktır. Çünkü onlar bu yolla, ücret artışlarında "sıfıra doğru dönüşüm" yönünde ileriye doğru bir adım daha atmış olacaklardır. Onlar, bunu gerçekleştirmek için, önümüzdeki yıllarda ücretlerin tamamen dondurulmasını talep etmekteler.

Kapitalistlerin saldırılarına karşı sendikalar mücadele etmelidirler! Gerçek ücretlerin garanti altına alınması, bugün bir slogan olmaktan öte, daha ziyade gerçekleştirilmesi gereken bir hedefi dile getirmektedir.

Gerçek ücretlerin güvence altına alınması sorunu, önümüzdeki ücret turlarında işçi sınıfının gücünü ispatlayacağı bir sorundur. Ve gerçek ücretlerin güvence altına alınması, kararlı bir greve gitmeksizin sağlanamayacağı daha bugünden gün gibi açıktır. Öyleyse, haydi işbaşına!

(„Streik für Reallohnsicherung")

DGB sendika patronları CDU/ CSU partileri ile görüştüler

DGB Merkez Yönetim Kurulu son günlerde oldukça aktif. Ancak onların bu aktivitesi, hükümetin ve patronların ücretleri talan etme planlarını boşa çıkarmak için grev hazırlığı yapmaya yönelik değil, aksine Bonn'daki partilerle zirve görüşmeleri yapma yönündedir.

Grev vb. sendikal eylemlere hazırlanmak için DGB sendika patronlarının şimdilik zamanları yoktur. Onlar daha "önemli" işler peşinde koşmaktalar. Sürekli Bonn'daki partiler ve patronlar ile zirve görüşmeleri yaptıklarından dolayı, onların grev vb. önemli eylemleri hazırlamaya zamanları kalmıyor!

Alman tekelci kapitalistleri ve onların Bonn'daki temsilcileri hep bir ağızdan sendikaların dağıtılması gerektiğinden bahseder ve her türlü sosyal haklarımıza saldırmaya hazırlanırlarken, yapılması gereken bu tür sonuçsuz zirve görüşmeleri değil, bu saldırılara karşı eylemlerin örgütlenmesidir! Bu koşullar altında Vetter, Klunckner, Loderer vb. sendika patronlarının hükümet yetkilileri ve Bonn Hükümeti'nin tasarruf programını yeterli katılıkta görmeyen CDU/CSU yöneticilerinden Helmut Kohl ve bir numaralı sendika düşmanı Strauss gibileri ile, hükümetin saldırılarına karşı mücadeleci eylemler sürdürmek yerine, sonuçsuz görüşmeler yapmaları, kendilerinin safının neresi olduğunu bir kez daha çok açık bir şekilde göstermektedir.

(„Spitzengespräche")

IG Metall Yönetimi yüzde 7,5 ücret artışı talebini tavsiye etti

Yüzde 7,5 ücret artışı, gerçek ücretlerin güvencesi değildir

FRANKFURTA. — IG Metall Sendikası Merkez Yönetim Kurulu'nun geçen hafta yaptığı yüzde 7,5 ücret artışı tavsiyesi, sendika temsilcileri tarafından yoğun bir şekilde protesto edildi. Örneğin, Frankfurt büyük metal işletmelerinden biri olan, Opel Rüsselsheim sendika temsilcileri, sendika yönetiminin bu talebini sert bir şekilde mahkum ettiler. IG Metall sendikasının son kurultayında, delegeler ücretlerin güvence altına alınmasını kararlaştırdılar. Ancak bugün, IG Metall Yönetimi'nin resmi olarak propagandasını sürdürdüğü tavsiye talebi, hiç bir şekilde alınan bu kararın hedefi ile bağdaşmamaktadır.

IG Metall Merkez Yönetiminin ileri sürdüğü yüzde 7,5 ücret artışı tavsiyesi, onun sendika kurultayında üyelerin aldığı bir karara aykırı davrandığını gösteren sayısız örneklerden bir tanesidir. Bu tavsiye talebi, Loderer ve Jansen gibi sendika patronlarının, üyelerin iradelerine karşı düzenledikleri ne ilk ne de son saldırılarıdır. Çünkü, son sendika kurultayında, üyeler IG Metall sendika Yönetimi'nin ücret artışı talebi tespit etmemesi ve resmi olarak bir tavsiye talebinde bulunmaması için bir karar aldılar.

Fakat bu karara rağmen IG Metall sendika patronlarının, bir tavsiye talebinde bulunarak, tespit edilen ücret artışı taleplerine etki yapmaya yönelmeleri bile metall işçilerine karşı alçakca bir saldırıdır.

IG Metall sendika patronlarının hiç bir hakları olmamasına rağmen, bir ücret artışı tavsiyesinde bulunmalarının nedeni açıktır; onlar bu adımları ile, üyelerin çıkarları için sürdürülecek kararlı bir sendikal mücadeleyi her ne pahasına olursa olsun daha başlangıçta engellemek istiyorlar. Bunu daha da somut olarak ifade edersek; onlar, sendika tabanını 1982 ücret turlarında gerçek ücretlerin güvence altına alınması için sürdürülecek mücadeleden alıkoymak istiyorlar.

Diğer yandan şunu da açıkca belirtmeliyiz. IG Metall sendika patronlarının tavsiye talepleri, son ücret turlarında ileri sürdükleri talebinde altındadır. Son ücret turlarında IG Metall sendikası yüzde 8 ücret artışı talebi ileri sürdü. Fakat bugünkü koşullarda, geçen yılki ücret talebinin altında, bir ücret artışı talebinin ileri sürülmesi, IG Metall sendika patronlarının işçilere düzenledikleri alçakca bir saldırıdır. Çünkü, birincisi, bu gün resmi fiyat artışları yüzde 7'nin üzerindedir (bu oran geçen yıl yüzde 5,3 civarındaydı), ikincisi ise, fiyat artışları kesinlikle bu oranla sınırlı kalmayacak, önümüzdeki dönemde daha da yoğun bir şekilde yükselecektir.

Bu şartlar altında ileri sürülen bir ücret artışı talebi geçen yıla oranla daha yüksek olması gerekirken, onun altında bir talep ileri sürülmektedir!

IG Metall sendika patronları, bir taraftan gerçek ücretlerin güvence altına alınmasından dem vururken, öte yandan böylesi bir tavsiye talebinde bulunmaları, onların söz ve eylemlerinin ne kadar birbirine uyum sağlayacağını açıkca göstermektedir.

Sendika patronlarının bu saldırılarına karşı işçi arkadaşlar sessiz kalmadılar. Geçen hafta Hessen Eyaleti'nde en büyük metal işletmesi olan, Opel-Rüsselsheim ve Baden Württemberg'te de Reutlingen Bosch firması sendika temsilcileri IG Metall yönetiminin bu adımını sert bir şekilde protesto ettiler. Protesto eyleminin yanı sıra, Opel firması sendika temsilcileri sendika yönetiminin tavsiyesine alternativ olarak 170 DM, Bosch sendika temsilcileri ise 180 DM (çıraklar için 120 DM) ücret artışı talebini ileri sürdüler.

Baden Württemberg Eyaleti'nde IG Metall Eyalet Başkanı Steinkühler 100 DM herkes için ve beraberinde yüzde 3'te brüt ücret artışı talep etmektedir. Bu talepte gerçek ücretlerin güvencesi değildir. Fakat tamamen gerçekleştirilebilinirse, düşük ücret grupları için belirli bir olumluluğu içermektedir. Bu nedenle, Steinkühler'in ileri sürdüğü talep, şüphesiz IG Metall sendika patronu Loderer'in ileri sürdüğü talep, şüphesiz IG Metall sendika patronu Loderer'in ileri sürdüğü talebe karşılık bir olumluluğu dile getirmektedir.

(„Was bedeutet Reallohnsicherung")



Metal işçileri, son ücret turlarında gerçek ücretlerin güvence altına alınması için uyarı grevleri yaptılar. Bugün gerçek ücretlerin güvence altına alınması, ancak süresiz bir grevle mümkündür.

IG Metall Yönetimi'nin tavsiye talebi, ücret artışlarından vazgeçmeyi dile getirmektedir

Patronların yayın organı IG Metall Yönetimine övgüler diziyor

IG Metall Sendikası Yönetimi yüzde 7,5 ücret artışı tavsiyesinde bulundu. Sendika Yönetimi'nin bu tavsiyesi, bugün ücret artışı taleblerini ileri sürmede en alt sınırı oluşturmalıdır. Sendika Yönetimi'nin tavsiyesine karşılık, IG Metall tabanında, fiyat artışları ile yaklaşık bir dengeyi sağlamak için yüzde 10'nun üzerinde bir talebi ileri süren güçlü bir hareket mevcuttur.

IG Metall sendika yönetiminin metal işçilerine yaptığı ücret artışı tavsiyesi talebi, bugün işçilerin gerçek ücretlerini garanti altına almama anlamını dile getirmektedir. Çünkü, fiyatların korkunç bir şekilde yükseldiği, işçilerin ve emekçilerin her türlü sosyal hakkına karşı savaş açıldığı şu günlerde, böylesi bir talep ancak patronların işine yarayan bir tavsiye talebidir. IG Metall sendikasının bu adımı, onun toplu sözleşme turlarında gerçek ücretlerin güvence altına alınması için ne kadar samimi davranacağını göstermektedir. Sendika Yönetimi'nin ücret artışı tavsiyesine yönelik aşağıda yaptığımız bir alıntıyı, okuyan birisi, ilk hamlede bu sözleri söyleyenin bir ilerici, Devrimci Sendika Muhalefeti'nden birisi olduğunu düşünür.

Ancak bırakalım bir ilericinin, bir RGO'lunun böylesi bir yorumu IG Metall'ın ücret artışı tavsiye talebi üzerine yapmasını bir yana, alttaki sözleri söyleyen Hans Mundorf'tur. O, en büyük ekonomik gazetesi "Handelsblatt"ın baş yazar yardımcısıdır.

Hans Mundorf yaptığı yorumunda, okuyucularına, (kastetmek istediği patronlardır.) IG Metall sendika yönetiminin tavsiyede bulunduğu, "düşük ücret artışı talebi konusunda sevinmeliyiz" demektedir. Çünkü, böylesi bir tavsiye talebini sendika yönetimi ileri sürmekle, 1982 ücret turlarında sorunun gerçek ücretleri güvence altına almama olduğu yönünde bir "sinyal" vermektedir. Sendika Yönetimi bu adımıyla, bu yılki ücret artışı anlaşmalarının da altında "bir ücret artışı anlaşması yapmaya hazır olduğunu" göstermektedir.

Dikkat edelim! Bu sözleri söyleyen bir patron gazetesinin yazarıdır.

Diğer yandan "Handelsblatt" yazarı Hans Mundorf, IG Metall'ın ileri sürdüğü tavsiye talebine ilişkin, patronların adına görüş belirten tek sözcüleri değildir. Onun yanı sıra, kapitalistlerin diğer sözcüleri de IG Metall sendika patronlarının yüzde 7,5 ücret artışı tavsiye talebine büyük övgüler dizdiler.

Baden Württemberg Metal İşverenler Birliği Başkanı Hans-Peter Stihl de "Deutschlandfunk" radyosuna yaptığı bir açıklamada, "yüzde 7,5 ücret artışı talebinin olumlu bir şey olduğunu" ve "gerçek duruma uyduğunu" belirtti. Stihl ve aynı zamanda "Handelsblatt" yazarı Mundorf, IG Metall Yönetimi'nin geçen ücret turlarında, fiyat artışlarının bugüne kıyasla yüzde 5,3 olmasına rağmen, şimdi ileri sürdükleri tavsiye talebinden daha yüksek, yani yüzde 8 ücret artışı talebi ileri sürdüğünü vurgulamaktalar.

IG Metall sendika patronlarının ileri sürdükleri adi ücret artışı talebi üzerine kapitalistlerin duydukları memnuniyeti yazmakla bitmez. Çünkü kapitalistler de, bugün Almanya'da en fazla üye sayısı olan bir sendikanın, gerçek ücretleri güvence altına almayacak bir tavsiye talebine sevinmekteler. Böylece onların son ücret turlarında sıfıra doğru başlatmış oldukları dönüşüm yönünde, IG Metall sendika patronları da adım atmaktalar. Kapitalistlerin sözcülerinin bile IG Metall'in ücret artışı tavsiyesi konusunda yukarıdaki görüşleri dile getirmeleri, sendika patronlarının önümüzdeki ücret turlarında gerçek ücretleri güvence altına almak için ne kadar samimi davrandıklarını göstermektedir.

(„Unternehmerpresse lobt IGM Führung")

Hükümet ve eyalet yönetimleri yabancılara karşı yeni tedbirler aldılar:

İnsanlık dışı bu kararlara karşı ortaklaşa mücadeleyi yükseltmeliyiz

Batı Berlin İçişleri Senatörü Lummer'in yabancılara ilişkin 20 Kasım'da aldığı kararlar, Federal Almanya'nın diğer eyaletlerinde de etkisini gösterdi. Schleswig-Holstein ve Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Hükümetleri de yabancılara yönelik yeni insanlık dışı kararlar aldılar. Fakat yabancılara karşı açılan bu saldırı kampanyaları sadece belirli eyaletlerle de sınırlı kalmadı. Yabancılarla yetkili olan tüm kurul, makam vb. tarafından da yoğun bir kampanya başlatıldı. Yabancı işçi, emekçilere yönelik saldırılar, özellikle de AET üyesi olmayan işçilere ve ailelerine karşı alınan karar ve tavsiyeler Federal Hükümet'e kadar uzanmaktadır.

Batı Berlin CDU azınlık Hükümeti'nin kararlarından sonra, Bonn Hükümeti de harekete geçerek yabancılara yönelik tavsiye kararları aldı. Bonn Hükümeti aldığı tavsiye kararlarının uygulanmasını eyalet yönetimlerine bıraktı. Hükümetin tavsiye kararları Avrupa Ekonomik Topluluğu'na (AET) üye olmayan, Türkiye vb. ülkelerden gelen işçi ve ailelerinin en temel haklarına düzenlenen bir saldırıdır. Çünkü bu kararlar; yabancı işçilerin eş ve ailelerini bölmekte, Federal Almanya'da çalışan on binlere yabancı gencin ülkesinde evlenmesi imkanını olanakdışı bırakmakta, yabancı işçilerin 16 yaşından büyük olan çocuklarını yanlarına getirmelerini yasaklamaktadır.

Alınan bu kararlarla, yabancı işçilerin zaten sınırlı olan en temel hak ve özgürlükleri ortadan kaldırılmak isteniyor. Yabancı işçilere düzenlenen bu saldırıların içerisinde; düne kadar demokrasi şampiyonluğu yapan, yabancı işçilerin Alman toplumuna kazanılmasının gerekliliğinden dem vuran SPD'li politikacılar ve Bonn Hükümeti de yer almaktadır.

Baden Württemberg Eyalet Yönetimi'nin yabancılara yönelik başlattığı saldırı halkasını, ondan daha katı bir şekilde Batı Berlin Hükümeti izledi. Fakat bizlere yönelik bu saldırılar halkası sadece bununla da sınırlı kalmadı. Diğer eyaletler de bu yönde hemen işe koyuldular. Kuzey Ren Westfalye ve Schleswig Holstein Eyalet Yönetimleri de yabancı işçilerin ve ailelerinin haklarını sınırlayan insanlık dışı kararlar aldılar. Bu eyaletlerde alınan kararlarda, geçen sayımızda açıkladığımız Lummer'in Batı Berlin'e ilişkin aldığı kararlarla aynı içeriktedir.

Kuzey Ren Vestfalye Yönetimi, yabancılara karşı aldıkları önlemlere "artan işsizlik yüzünden" baş vurulduğunu açıkladı. Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti'nin gösterdiği bu sahte gerekçeye, Bonn Hükümeti de sosyal hakları kısıtlamak isterken baş vurmadı mı? Bu taktik emekçileri sefaletin içine itmek için başvurulan aynı taktik değil mi?

SPD'ye karşılık, CDU yabancılara karşı saldırılarını ırkçı ve şöven bir temelde sürdürmektedir. Onlar, Alman resmi ve sivil faşistlerinin yıllardan beri yabancılara karşı saldırılarının ana noktalarından birini oluşturan "Almanların yabancılaştığı", "Almanya'nın çok milliyetli bir ülke olma yönünde" ilerlediği noktasından hareket ederek saldırmaktalar. CDU'nun ileri sürdüğü bu tezin ne kadar sahte bir tez olduğunu Federal Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan, toplam 4,63 milyon olan yabancı emekçilerin sayısına bakıldığında daha açık bir şekilde görülmektedir.



Batı Berlin'de 30 000'i aşkın yabancı ve Alman, Lummer'in yabancılara yönelik kararlarını protesto ettiler.

Almanya'nın nüfusu 60 milyonun üzerindedir! Bu oranın 4 milyonunun yabancı olması neyi değiştirir? Hiç bir şeyi! Batı Berlin CDU politikacıları daha da ileri giderek, (şimdiye kadar yabancıların sorunları ile zerre kadar ilgilenmezken) ülkelerine geri dönmek isteyenlerin — Türkiyeliler açısından ele alırsak — çocuklarına Türkçe ders verileceği sahtekârlığına bile başvurmaktadırlar. Ancak CDU tüm bunları da yeterli görmeyerek, yabancı, özellikle de Türkiyeli işçi ve emekçilerin her türlü hak ve özgürlüklerinin tamamen kısıtlanmasını talep etmektedir.

Alman emperyalist burjuvazisinin Bonn'daki temsilcilerinin uyguladıkları taktik çok açık: Çeşitli sahte bilgi ve abartmalarla önce ilticalı emekçilerin sayısının fazla olduğunu ileri sürerek, ardı arkası kesilmeyen bir dizi önlemler aldılar. Ve onlar, gerçek dışı olan Federal Almanya'nın en fazla ilticacıyı kabul ettiği tezini bile ileri sürmeye yeltenerek, çeşitli yayın araç ve gereçler aracılığıyla yoğun bir anti-ilticacı kampanyası başlattılar.

Şimdi ise sıra biz yabancı, özellikle de AET'ye dahil olmayan, Türkiye gibi ülkelerden gelen emekçilerde. Batı Alman emperyalist burjuvazisinin temsilcileri bugüne kadar, ne çocuklarımızın eğitim sorunu, ne konut sorunumuz, ne sağlık ve benzeri sorunlarımıza bir çözüm yolu bulmazken, bugün bu sorunları en kısa yoldan çözmek istiyorlar. "Yabancılar dışarı"- İşte Alman hakim sınıflarının yabancıların sorunlarına ilişkin düşündükleri çözüm budur!

Lummer'in Batı Berlin'de aldığı kararlara karşı düzenleen yürüyüşte taşınan bir pankart yabancıları, "Hiç bir hakkı olmayan iş köleleri" olarak tanımlamaktaydı. İşte Alman hakim sınıflarının ve onların Bonn'daki temsilcilerin istediği de bunu sağlamaktır.

Kapitalizmin buhranı derinleştikçe, Batı Alman hakim sınıfları daha da yoğun bir şekilde Alman halkını buhranın temel kaynağını görmesinden alıkoymak, kendilerine karşı yönelebilecek bir mücadelenin yenik düşmesini sağlamak ve işçi sınıfının mücadele birliğini bölmek için azınlık halklar üzerine yoğun bir baskı kampanyası başlattılar. Onlar yabancı düşmanlığını körükleyerek, yerli ve yabancı işçileri birbirine düşürmek için çaba harcıyorlar. Böylesi bir taktiğe Alman emperyalist burjuvazisi, 1920'lerin sonlarında ve 30'ların başlangıcında da başvurmamış mıydı! Ancak o zaman yahudiler sıradaydı. Şimdi ise, yabancılar, özellikle de biz Türkiyeli işçi ve emekçiler hedeflenmekteyiz.

Yabancılara karşı başlatılan saldırı kampanyası, önümüzdeki dönemde daha da şiddetli bir şekilde sürdürüleceği bugünden bellidir. Bu nedenle bu saldırılara karşı durmalı ve bize yönelen her türlü saldırıyı geri püskürtmeli, mevzilerimizi terketmemeli ve onları genişletmeliyiz. Fakat bu hedefe, yabancıların sadece kendi başlarına, Alman işçi sınıfı ve emekçi halkından bağımsız sürdürecekleri eylemlerle ulaşılamaz, aksine bu tür eylemlerle Alman emperyalist burjuvazisinin başlattığı kampanyaya katkıda bulunmuş oluruz.

Yabancılara yönelik başlatılan saldırılara karşı iş yerlerinde, sendika içerisinde okullarda Alman ilerici örgüt ve kuruluşları ile birlikte mücadeleci eylemler örgütlenmelidir. Bu mücadelede, Türkiyeli işçi ve emekçiler aktiv olarak RGO safında yer alarak DGB sendika patronlarının yerli ve yabancı işçilerin mücadelesini bölmeye yönelik her türlü çabalarını boşa çıkarmalı ve işçilerin birliğini sağlamaya çalışmalıdırlar. Çünkü bugün DGB sendika patronları da yerli ve yabancı işçilerin birliğini bölmeye çalışmaktadır. Aynı şekilde semtlerde de başarılı bir mücadelenin sürdürülmesi için Türkiyeli ilerici işçi ve emekçiler, Faşizme, Gericiliğe ve Savaşa Karşı kurulan Halk Cephesi'nin (Volksfront) safında yer alarak mücadeleyi sürdürmelidirler. Alman ilerici örgüt ve kuruluşları ile ortak mücadeleyi sağlayabildiğimiz oranca, yabancı düşmanlığına karşı sürdürdüğümüz mücadelede başarılı oluruz.

Partimiz KPD (Almanya Komünist Partisi) yabancı düşmanlığına karşı sürdürülen ırkçı ve şöven politikaya karşı daha kuruluşundan kesin tavrını koydu. O, tüzüğünde; Almanya'da oturan ve Parti'nin safında yer alarak ilkeleri doğrultusunda mücadele etmek isteyen (ister yerli, ister yabancı olsun) herkesin Parti'ye üye olabileceğini yazmaktadır. Fakat buna rağmen Partimiz KPD'nin safında yer alarak mücadele eden çok az yabancı yoldaş vardır. KPD, yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyi, sadece kendisinin insancıl bir görevi olarak gördügünen değil, daha ziyade yerli ve yabancı işçilerin birliğini sağlamaksızın buradaki sosyalist devrim mücadelesinin başarıya ulaşamayacağından hareket ederek sürdürmektedir. Çünkü KPD yabancı işçilerin Almanya'daki işçi sınıfının bir parçası olarak görmektedir. İşte, bundan ötürü de Gericiliğe, Faşizme ve ırkçılığa karşı mücadele sürdürmektedir. Bu mücadelenin başarıya ulaşması için, şimdi daha yoğun bir şekilde ortak mücadele sürdürülmelidir.

(„Neue raektionäre Ausländergesetze")

Amerikan Savunma Bakanı Weinberger Türkiye'ye gitti

Weinberger, faşist cuntayı övüyor

ANKARA. — Federal Dışişleri Bakanı Genscher'in Ankara'ya giderek, faşist cuntayı demokrasinin savunucusu olarak göstermesinden sonra, şimdi de Amerikan Savunma Bakanı Weinberger Türkiye'ye gitti. Ankara'da, Weinberger'e gösterilen ilgi, Genscher'in Türkiye'ye gidişinde gösterilen ilgiden çok farklıydı.

Amerikan Savunma Bakanı Weinberger cuntayı ziyaretinde, ona beraberinde özellikle de para getirdi. Weinberger'in faşist cuntaya teslim ettiği 500 milyon Dolar'ın haricinde, bir de Reagan Hükümeti 800 milyon Dolar, yani yaklaşık olarak 1,8 milyar DM askeri yardım adı altında gelecek yıl verecek. ABD'nin Türkiye'deki faşist cuntanın ayakta kalmasını sağlamak için, iki yıl içerisinde Türkiye'ye yapacağı silah yardımı yuvarlak olarak 3 milyar DM'ı bulmaktadır. Bu da, ABD emperyalizminin faşist cuntanın Türk ve Kürt ulusu üzerindeki baskısının devamını sağlamak için nasıl bir silahlanma programı öngördüğünü açık bir şekilde ortaya koymaktadır.

ABD Savunma Bakanı Weinberger, Türkiye ziyaretinde, faşist işkenceci cellatlara olan hayranlığını dile getirmekten ve onlara övgüler dizmekten de geri kalmadı. Çünkü, bugün Türkiye'de, ABD'nin çıkarlarını, omuzları kalabalık faşist generallerden daha iyi bir şekilde başka kimse savunamaz. Weinberger'in cuntaya övgüler dizmesinin diğer bir noktasını da, cuntanın, ülkenin bağımsızlığını korumak için değil, ABD emperyalizminin ve onun yerli uşakları; büyük burjuvazi ve toprak ağalarının iktidarlarını pekiştirmek için başa gelmesi oluşturmaktaydı. ABD emperyalistleri, Türkiye halkının katledilmesi pahasına, Türkiye'yi elden kaybetmemek için göz bebekleri gibi koruyarlar. Çünkü, bugün ABD emperyalizminin İran'da büyük darbeler yemesinden sonra, Onun Orta-Doğu'daki kalelerinden biri olma görevini faşist cunta yüklenmiş durumdadır.

Avrupa'da faşist cuntaya karşı sürdürülen yoğun protestoların sonucu, açıkça yardımda bulunması sorun haline gelen Federal Hükümet, taktiklere başvurarak, Türkiye'ye gidip cuntanın demokratik olduğunu göstermeye çalışırken, Weinberger çok açık bir şekilde davranmaktadır. O, faşizme olan harranlığını sadece Türkiye'deki faşist cuntayı övmekle dile getirmedi. Daha önce de Güney Amerika'da faşist cuntalara övgüler dizdi.

Fakat şu nokta açıkca gözönünde bulundurulmaktadır ki, her ne kadar ABD emperyalizmi faşist cuntaya maddi destekte bulunursa bulunsun, bugün faşist cuntaya en büyük maddi yardımı sağlayan Batı Alman emperyalizmidir. Federal Hükümet, NATO ülkeleri dahilinde cuntaya maddi yardımda bulunmamakta, o aynı zamanda diğer ülkeleri cuntaya yardımda bulunmaya teşvik etmektedir. Ama diğer yandan şu gerçeği de asla göz ardı etmemeliyiz. Bugün faşist cuntanın ayakta kalmasında büyük kârlar elde eden ABD emperyalizmidir. Bu noktayı Weinberger'in Türkiye ziyareti de açık bir şekilde göstermektedir.

(„Weinberger-Faschistenfreund")

Vanguardia Obrera'nın NATO'ya karşı mücadeleye ilişkin görüşü:

İspanya'nın NATO üyeliğine ve Amerikan askeri üslerine karşı mücadele gelişiyor

MADRİD. — İspanya Komünist Partisi (Marksist-Leninist) Merkez Yayın Organı Vanguardia Obrera (İşçi Öncüsü), son sayılarında ülke çapında, İspanya'nın NATO üyeliği konusunda gelişen kitle hareketi üzerine ayrıntılı haber verdi. Ve İspanya'da sürekli gelişmekte olan bu kitle hareketinin, ülkenin NATO'ya girmesini protesto etmesinin yanı sıra, aynı zamanda ülkede mevcut Amerikan askeri üslerine karşıda yöneldiğini yazdı.

İspanya'nın NATO'ya girmesinin planlanması dolayısıyla, bir çok büyük ve küçük şehirde İspanyalı komünistler Anti-NATO Komiteleri'nin kurulmasına çağrı yaptılar.

Bir çok bölgede bu tür komitelerin oluşturulmasına sadece komünistler ve ilericiler katılmadı. Onların yanı sıra, işçi temsilcileri, sendikal örgütler, büyük partilerin yerel yönetimleri, bölgesel ve yerel partiler, tanınmış kişi ve sanatçılar da katıldılar.

İspanya'nın NATO'ya girmesinin planlanması dolayısıyla büyük şehirlerde yapılan yürüyüşlere onbinlerce insan katıldı. Diğer yandan İspanya'nın başkenti Madrid'te yapılan muazzam kitle gösterisine ise yüzbinlerce insan katılarak NATO'ya girişi protesto etti. İspanya'nın NATO'ya girmesine karşı düzenlenen bu gösterilerin hepsine, İspanya Komünist Partisi (Marksist Leninist) de yoğun bir seferberlik yaptı.

Vanguardia Obrera gazetesi; emperyalizme karşı olan ve ülkenin gerçek bağımsızlığını, savunan partinin siyasetinin diğer bir noktası da İspanya'nın NATO'ya girmesine karşı sürdürülen mücadelenin, ülkedeki Amerikan askeri üslerini hedeflemediği sürece pek büyük bir başarı sağlamayacağını açıkça ortaya koymak olduğunu vurgulamaktadır. Bu nedenle Parti, tüm muhalefeti seferber edebilmek için; fabrikalarda, atölyelerde, okullarda ve semtlerde Anti-NATO Komiteleri örgütlemeye çalışmaktadır.

Parti, bu eylemlerde aynı zamanda sözde bir bağımsızlık isteyen ve ülkede mevcut olan Amerikan askeri üslerine karşı dilinin ucu ile dahi bir şey söylemeyen revizyonist PCE'ye (İspanya Komünist Partisi) karşıda mücadele sürdürmektedir.

(„Vanguardia Obrera über den Kampf gegen NATO-Beitritt")